

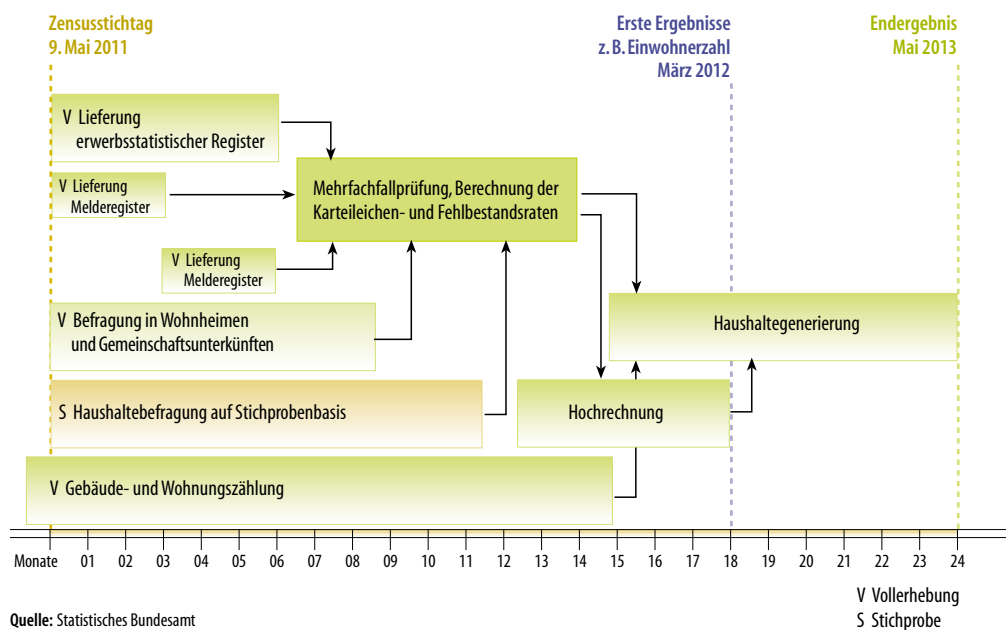
Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

2 2011



Zeitlicher Ablauf des registergestützten Zensus 2011



Start Zensus 2011

1990 – 2010 Berlin und Brandenburg

Schulen

Die Entwicklung von Schülerzahlen und Schulen

Hochschulen

In Berlin und Brandenburg seit 1992

Mikrozensus

Die soziale und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung

Gesundheitswesen

Strukturwandel in der Krankenhauslandschaft

Öffentliche Sozialleistungen

Sozialhilfe, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungs- und dem Pflegeversicherungsgesetz, Wohngeld, Jugendhilfe

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen ergeben

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
5. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356
Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2011
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg ▢ 2

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

Arbeitsmarkt

Einzelhandel

Verarbeitendes Gewerbe

Tourismus

Bevölkerung

Handel

Preise

aus Deutschland ▢ 8

Verdienste

Tourismus

Preise

Verkehr

aus Europa ▢ 11

Preise

Arbeitskosten

Zensus

Start Zensus 2011
– die moderne Volkszählung
mit Stichtag 9. Mai 2011 ▢ 22**Methodik des Zensus** ▢ 25**Mikrozensus**
und Zensus 2011 ▢ 29

Wirtschaft im Überblick

Berlin Dezember 2010 ▢ 12**Brandenburg** Dezember 2010 ▢ 16

Historisches

1. Dezember 1910
Ergebnisse der Volkszählung ▢ 67

Karte

Kiezatlas
Virtueller Stadtplan
▢ 3. Umschlagseite

Musterfragebogen

Zensus 2011
▢ 4. Umschlagseite1990–2010
Berlin und Brandenburg**Schulen**Entwicklung von Schülerzahlen und Schulen
in Berlin ▢ 31**Schulen**Entwicklung von Schülerzahlen und Schulen
in Brandenburg ▢ 36**Hochschulen**

In Berlin und Brandenburg seit 1992 ▢ 41

MikrozensusDie soziale und wirtschaftliche Lage
der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg
von 1991 bis 2009 ▢ 46**Gesundheitswesen**Strukturwandel
in der Krankenhauslandschaft ▢ 50**Öffentliche Sozialleistungen**Sozialhilfe, Leistungen nach
dem Asylbewerberleistungs- und
dem Pflegeversicherungsgesetz,
Wohngeld, Jugendhilfe ▢ 62

Gastbeitrag

Kiezatlas – Virtueller Stadtplan ▢ 68

Kurz gefasst aus Berlin und Brandenburg

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 4. Quartal 2010

Zahl der Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg gestiegen

In Berlin und Brandenburg nahm die Beschäftigungsentwicklung bei einem Anstieg der Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 2010 von jeweils 1 % in beiden Ländern während des Jahres einen unterschiedlichen Verlauf. In Berlin legte die Erwerbstätigenzahl in allen Quartalen kontinuierlich um 1,0 % zu, im 4. Quartal mit 1,1 % sogar leicht darüber. Dagegen schwankte der Beschäftigungsaufbau in Brandenburg im Jahresverlauf. Brandenburg startete im Anfangsquartal 2010 mit einem Plus von 0,7 %, konnte den Beschäftigungsanstieg in den Folgequartalen auf 1,2 % bzw. 1,3 % steigern und kam allerdings gegen Jahresende nicht mehr über ein Plus von 0,7 % hinaus. Mit dieser Entwicklung verlor Brandenburg seinen Spitzenplatz unter den Bundesländern. Die Erwerbstätigenzahl stieg in Brandenburg im 4. Quartal 2010 auf 1 083 900 Personen und lag damit um 7 900 Personen über der Zahl im 4. Quartal 2009. Vergleichsweise waren in Berlin im Schlussquartal 2010 insgesamt 1 710 600 Personen erwerbstätig, 19 000 Personen mehr als im gleichen Vorjahresquartal.

In Deutschland war der Anstieg der Erwerbstätigkeit mit 1,0 % oder 422 000 Personen der höchste seit Anfang 2009. Noch im Anfangsquartal 2010 nahm die Erwerbstätigenzahl leicht ab (−0,2 %), im 2. Quartal wurde ein Zuwachs von 0,5 % und im 3. Quartal von 0,8 % erreicht.

(...) Die alten Bundesländer profitierten mit einem Zuwachs von 1,1 % stärker vom Beschäftigungsaufbau als die neuen Bundesländer mit 0,7 % (jeweils ohne Berlin).

Berlin und Brandenburg konnten beim Beschäftigungsaufbau ihren Platz im Spitzenfeld unter den Bundesländern im 4. Quartal nicht mehr halten. Berlin fand sich noch im Mittelfeld wieder, während Brandenburg zusammen mit Hessen, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern das Ende der Skala bildete. In Mecklenburg-Vorpommern ist als einzigem Bundesland die Erwerbstätigkeit weiter geschrumpft.

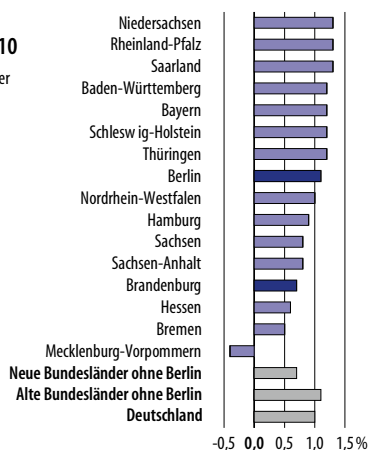
Zum Beschäftigungsanstieg in Berlin im 4. Quartal 2010 um 1,1 % trug im Wesentlichen die weiterhin hohe Zunahme der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer (+2,0 %) bei. Demgegenüber setzte sich die Verringerung der geringfügigen Beschäftigung, insbesondere die Beschäftigung in Arbeitsgelegenheiten, weiter fort. In Brandenburg ging der deutlich abgeschwächte Beschäftigungsaufbau im Schlussquartal 2010 hauptsächlich auf die geringere Zunahme der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer um nur noch 1,6 % (3. Quartal: +1,9 %) sowie auf Verluste bei der geringfügigen Beschäftigung zurück. Auch hier ist die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten stark abgebaut worden.

Zum Beschäftigungsaufbau im 4. Quartal haben in Berlin insbesondere die Betriebe in den Dienstleistungsbereichen beigetragen, wenn auch weniger als in den Vorquartalen 2010. Hier waren 18 300 Personen bzw. 1,2 % mehr als im gleichen Vorjahresquartal erwerbstätig (1. Quartal: +1,4 %; 2. und 3. Quartal: jeweils +1,3 %). Daran waren vor allem die Einrichtungen der öffentlichen und privaten Dienstleister (+8 600 Personen bzw. 1,3 %) und die Betriebe des Handels, Gastgewerbes und Verkehrs (+6 400 Personen bzw. 1,7 %) beteiligt. Das Produzierende Gewerbe erreichte in Berlin im 4. Quartal erstmals seit Anfang 2009 einen geringen Beschäftigungszuwachs von 0,2 %, getragen vor allem durch das Verarbeitende Gewerbe (+0,6 %).

In Brandenburg haben im 4. Quartal die Betriebe und Einrichtungen der Dienstleistungsbereiche ihr Personal nur noch um 0,7 % bzw. 6 000 Personen aufstocken können und damit nur noch halb so viel wie im 2. und 3. Quartal 2010. Daran waren insbesondere die Bereiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen sowie öffentliche und private Dienstleister beteiligt. Das Produzierende Gewerbe hat im 4. Quartal den Beschäftigungsaufbau stabilisiert und lag mit +1,0 % bzw. 2 500 Personen fast so hoch wie im 3. Quartal (+1,1 %). Dazu trugen vor allem die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes bei, die den Beschäftigungsaufbau im 4. Quartal mit einem Zuwachs von 1,8 % bzw. 2 400 Personen weiter beschleunigen konnten (1. Quartal: −1,1 %; 2. Quartal: +0,4 %; 3. Quartal: +1,4 %). (...)

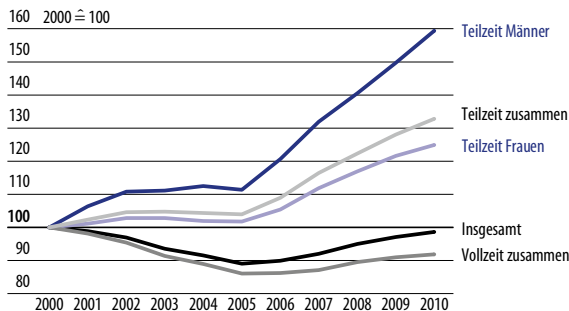
Erwerbstätige im 4. Quartal 2010

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal



Arbeitsmarkt Jahresmitte 2010

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort Berlin 2000 bis 2010 am 30.06.



Weiterhin hoher Anstieg der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in Berlin

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin lag am 30. Juni 2010 um 17 000 Personen bzw. 1,5 % über dem Beschäftigungsniveau des Vorjahresquartals. Insgesamt verfügten damit 1 123 200 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte über einen Arbeitsplatz in Berlin, ungefähr so viele wie noch zum gleichen Zeitpunkt zu Beginn dieses Jahrzehnts beschäftigt waren, ehe die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bis zum Jahr 2005 drastisch abgebaut wurde. Die Beschäftigungsentwicklung 2010 fiel in der Hauptstadt im Vergleich zu Deutschland weiterhin wie auch schon in den Jahren seit 2006 überdurchschnittlich aus. Deutschlandweit lag die Beschäftigung Ende Juni 2010 um 1,2 % über dem Vorjahreswert.¹

(...) Von der Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse profitierten in Berlin per 30. Juni 2010 sowohl die Vollzeit- als auch die Teilzeitbeschäftigten. Dabei nahm die Teilzeitbeschäftigung im Vergleich zum Vorjahresquartal mit 3,8 % wesentlich stärker zu als die Vollzeitbeschäftigung (+0,9 %). Die bevorzugte Entwicklung zu mehr Teilzeitarbeit liegt auch im langfristigen Trend. So konnte die Teilzeitbeschäftigung in den letzten zehn Jahren um 32,8 % zulegen, während die Vollzeitbeschäftigung sogar um 8,2 % zurückgefahren wurde. Infolgedessen stieg der Anteil der Teilzeiter von 16,3 % im Juni 2000 auf 19,0 % im Juni 2005 und 21,9 % im Juni 2010. Zu diesem Zeitpunkt gab es 246 400 Beschäftigte in Teilzeit, 9 000 Personen mehr als im Juni 2009. Demgegenüber hatten nur knapp 8 000 Personen eine neue Vollzeitbeschäftigung aufgenommen.

Die Teilzeitbeschäftigung hat sich langfristig zwischen Frauen und Männern sehr unterschiedlich entwickelt. Bei einer Zunahme der Teilzeit in den letzten zehn Jahren um fast ein Drittel hat die der Männer über die Hälfte zugelegt, während sie bei den Frauen nur um knapp ein Viertel anstieg. Damit stand im Juni 2010 rund jeder achte männliche Beschäftigte in einem Teilzeitverhältnis, zehn Jahre zuvor war es nur jeder 13. Mann. Dennoch blieb die Teilzeitbeschäftigung eine Domäne der Frauen, die noch konsolidiert werden konnte. So arbeitete vor zehn Jahren fast jede vierte Frau in Teilzeit, im Juni 2010 war es jede dritte Frau. Zur Jahresmitte 2010 nahm die Personenzahl in Teilzeit im Vorjahresvergleich um rund 4 000 bei den Männern (+6,5 %) und fast 5 000 bei den Frauen (+2,8 %) zu.

Weiterhin überdurchschnittlicher Anstieg der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in Brandenburg

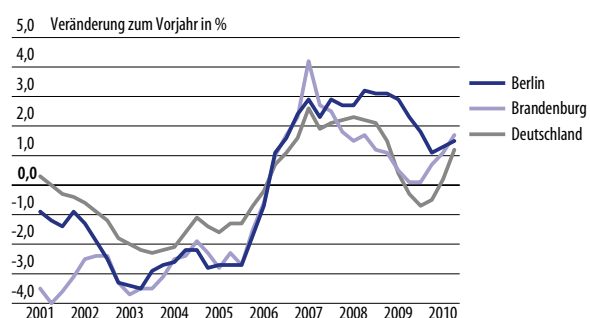
Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg stieg Ende Juni 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12 800 Personen bzw. 1,7 %. Insgesamt waren im Land Brandenburg 751 000 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Damit hat sich der Beschäftigungsaufbau in allen Jahren seit 2006 fortgesetzt. Seit Anfang 2009 fiel die Beschäftigtenentwicklung im Land Brandenburg im Vergleich zu Deutschland sogar überdurchschnittlich aus. Allerdings reichte die positive Entwicklung noch nicht aus, um wieder die Beschäftigtenzahl zu Beginn des Jahrzehnts zu erreichen. Dazu hätten noch 60 000 Arbeitsplätze mehr besetzt werden müssen.¹

(...) Von der Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Brandenburg per 30. Juni 2010 profitierten sowohl die Vollzeit- als auch die Teilzeitbeschäftigten. Dabei nahm die Teilzeitbeschäftigung im Vergleich zum Vorjahresquartal mit 4,9 % wesentlich stärker zu als die Vollzeitbeschäftigung (+1,0 %). Die bevorzugte Entwicklung zu mehr Teilzeitarbeit liegt auch im langfristigen Trend. So konnte die Teilzeitbeschäftigung in den letzten zehn Jahren um 48,9 % zulegen, während die Vollzeitbeschäftigung sogar um 14,9 % zurückgefahren wurde. Infolgedessen stieg der Anteil der Teilzeiter von 11,7 % im Juni 2000 auf 14,7 % im Juni 2005 und 18,8 % im Juni 2010. Zu diesem Zeitpunkt gab es 141 100 Beschäftigte in Teilzeit, 6 600 Personen mehr als im Juni 2009. Demgegenüber hatten nur 6 100 Personen eine neue Vollzeitbeschäftigung aufgenommen.

Die Teilzeitbeschäftigung hat sich langfristig zwischen Frauen und Männern sehr unterschiedlich entwickelt. Bei einer Zunahme der Teilzeit in den letzten zehn Jahren um fast die Hälfte hat die der Männer sich fast verdoppelt, während sie bei den Frauen nur um rund 40 % anstieg. Damit stand im Juni 2010 rund jeder 14. männliche Beschäftigte in einem Teilzeitverhältnis. Zehn Jahre zuvor war es nur jeder 30. Mann. Dennoch blieb die Teilzeitbeschäftigung eine Domäne der Frauen, die noch konsolidiert werden konnte. So arbeitete vor zehn Jahren jede fünfte Frau in Teilzeit, im Juni 2010 war es jede dritte Frau. Zur Jahresmitte 2010 nahm die Personenzahl in Teilzeit im Vorjahresvergleich um rund 2 600 bei den Männern (+10,5 %) und 4 000 bei den Frauen (+3,7 %) zu.

¹ Diese Ergebnisse beruhen auf Auswertungen der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Zu dieser Personengruppe zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort Berlin, Brandenburg und Deutschland 2001 bis 2010



Einzelhandel Januar 2011

Umsatz- und Beschäftigtenanstieg in Berlin

Der Berliner Einzelhandel setzte nach vorläufigen Berechnungen (...) im Januar 2011 nominal 4,0 % mehr um als im Januar des Vorjahres. Unter Ausschaltung der Preisveränderungen stieg der Umsatz um 3,5 % an.

Die Anzahl der Verkaufstage war mit 25 unverändert. Umsatzsteigerungen wurden in nahezu allen Branchen des Einzelhandels verbucht. Einzig der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen konnte das Vorjahresniveau nicht erreichen (–0,6 %).

Die Zahl der Beschäftigten im Berliner Einzelhandel blieb im Januar positiv und lag um 0,8 % über dem Vorjahreswert. Das betraf sowohl die Vollbeschäftigtenzahl (0,1 %) als auch die Zahl der Teilzeitbeschäftigten (1,3 %).

Positives Ergebnis für Einzelhandel Brandenburg

Im Januar 2011 setzte der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im Land Brandenburg nach vorläufigen Berechnungen (...) nominal 3,0 % mehr um als im Vorjahresmonat. Real, d. h. unter Ausschaltung der Preisentwicklung, bedeutet das ein Umsatzplus von 1,6 %. Mit 25 Verkaufstagen hatte der Januar in diesem Jahr ebenso viele Verkaufstage wie der Januar 2010.

Die höchste Zuwachsrate des Einzelhandels im Monat Januar 2011 erreichte der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal +9,5 %).

Die Zahl der Beschäftigten im Brandenburger Einzelhandel stieg im Durchschnitt um 1,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat (Vollbeschäftigte +1,9 %, Teilzeitbeschäftigte +2,0 %).

Umsatz und Beschäftigte des Berliner und Brandenburger Einzelhandels im Januar 2011 – vorläufige Ergebnisse –

Wirtschaftszweig	Januar 2011		
	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %		
Berlin			
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	4,0	3,5	0,8
in Verkaufsräumen			
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	-0,6	-2,7	-3,2
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	8,5	6,9	-3,9
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	10,5	12,7	4,8
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	5,3	4,7	3,1
außerhalb von Verkaufsräumen¹	20,8	16,4	23,3
Brandenburg			
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	3,0	1,6	1,9
in Verkaufsräumen			
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	2,7	0,4	0,7
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	9,5	7,8	6,8
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2,2	3,1	0,2
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	3,8	3,5	4,0
außerhalb von Verkaufsräumen¹	0,8	-9,4	1,2

¹ an Verkaufsständen und auf Märkten, Versand- und Internet-handel, Auktionen über das Internet, Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen Gütern, Haustür-, Automatenverkauf, Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen

Verarbeitendes Gewerbe Januar 2011

Berliner Industrie meldet steigende Umsätze

Wie bereits im Vormonat (...) melden die 325 Berliner Industriebetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten steigende Umsätze. Im Vergleich zum Vorjahresmonat Januar 2010 wuchs der Gesamtumsatz um 7 % auf 1,6 Mrd. EUR. Das Auslandsgeschäft stieg dabei um 9,4 % auf 775 Mill. EUR, das Inlandsgeschäft auf 826 Mill. EUR (+4,8 %). Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2 952 (+4,0 %) auf 79 252 Personen.

Unter den fünf umsatzstärksten Industrien Berlins konnten sowohl der Maschinenbau (+26,7 %) als auch die Hersteller elektrischer Ausrüstungen (+19,0 %) deutliche Zuwächse erzielen. Insbesondere der Maschinenbau profitierte dabei mit einem Umsatzplus von 46,5 % im Vergleich zum Vorjahr von einer gestiegenen Nachfrage aus dem Ausland. Die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln konnten ihre Umsätze um 4,4 % steigern, ähnlich wie die Hersteller elektronischer und optischer Erzeugnisse (+4,2 %). Dagegen gingen die Umsätze in der Pharmaindustrie um 2,0 % im Vergleich zum Vorjahresmonat zurück.

Der größte Anstieg bei der Zahl der Beschäftigten ergab sich im Maschinenbau. 2 648 Personen (+35,1 %) waren im Januar 2011 hier mehr tätig als noch ein Jahr zuvor. Negativ verlief dagegen die Beschäftigtenentwicklung bei den Herstellern elektronischer und optischer Erzeugnisse (–3,5 %) sowie bei der Nahrungs- und Futtermittelindustrie (–1,0 %).

Positive Umsatzentwicklung in Brandenburg hält weiter an

Auch im Januar 2011 konnten die 437 Brandenburger Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten ihre Umsätze im Vergleich zum Vorjahresmonat steigern. (...) Der Gesamtumsatz wuchs um 29,4 % auf 1,7 Mrd. EUR an. Das Inlandsgeschäft erhöhte sich um 21,2 % auf 1,2 Mrd. EUR und das Auslandsgeschäft stieg um 55,7 % auf 482 Mill. EUR. Die Beschäftigung zog ebenfalls an. Mit nunmehr 77 556 Beschäftigten arbeiteten im Januar 5 532 oder 7,7 % mehr Personen in der Brandenburger Industrie als im selben Zeitraum des Jahres 2010.

Unter den fünf umsatzstärksten Industrien Brandenburgs meldeten die Hersteller von Papier und Pappe (+71,9 %), die Metallindustrie (+41,0 %) und die Kraftfahrzeugindustrie (+42,6 %) die größten Umsatzzuwächse im Vergleich zum Vorjahr. In allen Bereichen wuchs das Auslandsgeschäft zum Teil deutlich stärker als das Inlandsgeschäft. Eine Ausnahme bildet hierbei nur die Metallindustrie, in der das Inlandsgeschäft mit 50,6 % stärker anstieg als der Auslandsumsatz (+28,6 %).

Die Zahl der Beschäftigten stieg mit 1 536 Personen (+ 55,9 %) vor allem bei den Herstellern elektronischer und optischer Erzeugnisse deutlich an. Eine positive Beschäftigtenentwicklung gab es mit 927 mehr Beschäftigten (+11,0 %) auch in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie.

Tourismus Januar 2011

Start ins neue Jahr mit ungebremstem Aufwärtstrend in Berlin

Auch für den ersten Monat des neuen Jahres meldeten Berliner Beherbergungsstätten und die Campingplätze für Urlaubscamping wieder mehr Gäste und mehr Übernachtungen. Nach vorläufigen Berechnungen (...) wuchs die Zahl der neu angekommenen Gäste im Vergleich zum Januar des Vorjahres um 6,5 % auf 562 400. Die Zahl ihrer Übernachtungen erhöhte sich um 4,6 % auf mehr als 1,2 Mill.

Weitaus stärker als bei den 378 800 Inlandsgästen (+2 %) fiel der Zuwachs auch in diesem Monat bei den 183 600 ausländischen Besuchern (+17 %) aus. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer blieb mit 2,2 Tagen unverändert.

Am Ende des Monats Januar waren 743 Beherbergungsstätten geöffnet, 2,9 % mehr als vor einem Jahr. Sie boten 112 900 Betten an (+3,5 %). Hinzu kamen 4 Campingplätze für Urlaubscamping.

Die durchschnittliche Auslastung aller Gästebetten betrug 34,9 % und war damit etwas höher als ein Jahr zuvor (34,5 %). In der Gruppe der Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen lag sie mit 35,5 % noch leicht darüber.

Mehr Besucher aus dem In- und Ausland im Land Brandenburg

Für den ersten Monat des neuen Jahres meldeten die Beherbergungsstätten und die Campingplätze für Urlaubscamping im Land Brandenburg deutlich mehr Gäste und Übernachtungen. Nach den vorläufigen Berechnungen (...) wuchs die Zahl der neu angekommenen Gäste im Vergleich zum Januar des Vorjahres um 14,7 % auf 170 900. Die Zahl ihrer Übernachtungen erhöhte sich um 7,3 % auf 462 200.

Aus dem Inland kamen im Monat Januar 154 200 Besucher (+13,8 %) und aus dem Ausland waren es 16 700 (+24,2 %). Die Gäste aus dem In- und Ausland blieben im Durchschnitt 2,7 Tage im Land Brandenburg.

Am Ende des Monats Januar waren 1 258 Beherbergungsstätten geöffnet. Das waren 5,6 % mehr als vor einem Jahr. Sie boten 70 500 Betten an (+2,9 %). Des Weiteren waren 40 Campingplätze für Urlaubscamping geöffnet.

Die durchschnittliche Auslastung aller Gästebetten betrug 21,4 % und fiel damit etwas höher aus als im Vorjahr (20,4 %).

Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben Berlins und des Landes Brandenburg im Januar 2011 nach Herkunft bzw. nach Reisegebiet

Herkunft — Reisegebiet	Januar 2011			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernach- tungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Berlin				
Inland.....	378 800	2,0	751 400	0,2
Ausland.....	183 600	17,0	470 200	12,6
darunter				
Großbritannien	17 900	7,5	43 800	4,4
Italien.....	17 200	5,6	54 000	0,9
Russland.....	14 100	45,4	36 700	44,0
USA.....	12 200	15,1	28 600	6,6
Niederlande.....	11 700	11,6	29 400	7,3
Frankreich.....	10 400	8,9	24 400	6,1
Spanien.....	9 100	3,5	24 800	-6,2
Schweiz.....	8 300	20,3	20 800	14,6
Dänemark.....	6 400	8,7	14 800	9,8
Polen.....	6 000	45,7	11 900	46,2
Insgesamt	562 400	6,5	1 221 600	4,6
Brandenburg				
Prignitz.....	5 400	12,8	11 700	1,9
Ruppiner Land.....	19 100	9,2	54 600	5,9
Uckermark.....	9 300	7,9	24 700	0,9
Barnimer Land.....	7 100	3,6	34 200	4,3
Seenland				
Oder-Spree.....	28 500	x	95 200	x
Dahme-Seengebiet	23 500	66,4	40 400	36,0
Spreewald.....	20 500	10,9	53 500	6,9
Niederlausitz.....	4 800	17,2	10 900	18,9
Elbe-Elster-Land.....	2 300	13,6	13 400	4,9
Fläming.....	21 600	12,5	53 300	9,9
Havelland.....	11 700	8,4	27 700	6,3
Potsdam.....	17 200	5,7	42 300	3,9
Land Brandenburg	170 900	14,7	462 200	7,3

Bevölkerung 31. Dezember 2010

Über 457 000 Ausländer aus 190 Staaten in Berlin gemeldet

Am 31. Dezember 2010 waren (...) 457 806 ausländische Bürger anderer Staaten mit Hauptwohnung in Berlin gemeldet, das sind 2 381 weniger als im Vorjahr. Der Ausländeranteil ging dadurch von 13,7 % im Vorjahr auf 13,5 % zurück.

Im Zuge der Vergabe der einheitlichen Steuer-Identifikationsnummer sind in den Melderegistern besonders viele Ausländer, die nicht mehr an ihrer Meldeadresse anzutreffen waren, von Amts wegen abgemeldet worden. Die Ausländerzahlen der Vorjahre waren insofern überhöht, die aktuellen Werte liegen näher an der Zahl der tatsächlich in Berlin lebenden Ausländer.

Aus den 26 Staaten der Europäischen Union (außer Deutschland) waren 149 726 Bürger mit Hauptwohnung gemeldet, 4 052 (+2,8 %) mehr als vor einem Jahr. Damit kommen 32,7 % der in Berlin gemeldeten Ausländer aus Staaten der Europäischen Union. Gut ein Viertel der Unionsbürger sind Polen (40 988 oder 27,4 %). Zahlenmäßig stark vertreten sind auch Italiener (15 842),

Franzosen (13 262), Briten (10 191), Bulgaren (9 988) und Griechen (9 301). Gegenüber dem Vorjahr hat sich besonders die Zahl der bulgarischen Bürger erhöht (+1 684 oder +20,3 %), gefolgt von Rumänen (+757), Italienern (+645) und Spaniern (+523).

Aus den übrigen europäischen Ländern sind türkische Staatsangehörige mit 104 556 Personen (22,8 % aller Ausländer) am stärksten vertreten, ihre Zahl ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr um 3 444 oder 3,2 % weiter zurückgegangen. Den zweiten Platz nehmen die 19 230 serbischen Staatsbürger ein, unter denen sich jedoch auch Bürger des ehemaligen Serbien und Montenegro befinden, die sich noch bei Bestehen dieses Staates in Berlin angemeldet haben und noch nicht den jeweiligen Nachfolgestaaten zugeordnet sind. Die drittgrößte Gruppe bilden 15 332 Bürger aus der Russischen Föderation.

Die ausländischen Bürger kommen aus insgesamt 190 Staaten. Knapp drei Viertel davon sind Europäer (334 428 oder 73,1 %). Aus asiatischen Staaten stammen 14,5 %, aus Amerika 5,5 %, aus Afrika 3,7 % und vom Fünften Kontinent kommen 0,4 % der ausländischen Bürger.

Handel Jahr 2010

Umsatzeinbußen im Berliner Kraftfahrzeuggewerbe

Nach vorläufigen Berechnungen (...) bilanzierte das Berliner Kraftfahrzeuggewerbe für das Jahr 2010 einen nominalen Umsatzrückgang von 4,9 % gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Unter Ausschaltung der Preissteigerungen, d. h. real, bedeutete dies ein Umsatzminus von 5,3 %. Der Kraftfahrzeughandel verbuchte sogar Umsatzverluste von 7,6 %. Dagegen lagen die Umsätze im Bereich Instandhaltung und Reparatur um 4,0 % über dem Vorjahresniveau.

Im 4. Quartal 2010 meldete das Kraftfahrzeuggewerbe erstmals in diesem Jahr eine nominale Umsatzsteigerung, und zwar von 5,5 %. Gleichmaßen zufriedenstellend stiegen dabei die Umsätze sowohl im Handel mit Kraftfahrzeugen (+4,7 %) als auch im Bereich Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen (+6,8 %).

Die Beschäftigtenzahl im Berliner Kraftfahrzeuggewerbe lag im Jahresdurchschnitt um 0,6 % geringfügig höher als im Jahr 2009. Während die Anzahl der Vollbeschäftigten sank (–0,1 %), erhöhte sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im gleichen Zeitraum um 9,0 %. (...) Dabei stiegen die Inlands- und die Auslandsnachfrage um 13,8 % und um 7,3 %.

Umsatzverluste im Kraftfahrzeuggewerbe im Land Brandenburg

Nach vorläufigen Berechnungen (...) verringerte sich der nominale Umsatz im Kraftfahrzeuggewerbe des Landes Brandenburg 2010 gegenüber 2009 um 4,4 %. Real, d. h. unter Ausschaltung der Preissteigerungen, lagen die Umsatzeinbußen bei 4,7 %. Die Umsätze im Kraftfahrzeughandel blieben deutlich (–7,0 %) hinter denen des Vorjahres zurück. Der Bereich Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen verzeichnete dagegen eine Umsatzsteigerung von 2,6 %, bedingt vor allem durch die positive Umsatzentwicklung (+14,9 %) im 4. Quartal 2010.

Das Kraftfahrzeuggewerbe insgesamt meldete für das 4. Quartal einen Umsatzrückgang von 1,0 %.

Die Beschäftigtenzahl im Brandenburger Kraftfahrzeuggewerbe stieg gegenüber dem Jahr 2009 um 1,0 %. Dabei lag sowohl die Anzahl der Vollbeschäftigten mit 0,9 % als auch die der Teilzeitbeschäftigten mit 2,1 % über dem vergleichbaren Vorjahresniveau. (...)

Umsatz und Beschäftigte des Kraftfahrzeuggewerbes in Berlin und in Brandenburg im Jahr 2010 – vorläufige Ergebnisse –

Wirtschaftszweig	Berlin			Brandenburg		
	Januar bis Dezember 2010			Januar bis Dezember 2010		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.....	– 4,9	– 5,3	0,6	– 4,4	– 4,7	1,0
darunter						
Handel mit Kraftwagen.....	– 7,6	– 7,7	1,8	– 7,0	– 7,1	1,4
Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	4,0	3,9	0,3	2,6	2,5	1,0

Preise Februar 2011

Verbraucherpreise in Berlin um 2,1 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex in Berlin ist von Januar 2011 bis Februar 2011 um 0,6 % auf einen Indexstand von 109,6 (Basis 2005 \pm 100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Februar 2010 betrug +2,1 %.

Der Anstieg der Verbraucherpreise von Januar bis Februar 2011 um 0,6 % ist hauptsächlich auf Preiserhöhungen für Pauschalreisen (+7,3 %), Beherbergungsdienstleistungen (+6,6 %), Bekleidung (+2,9 %) sowie alkoholfreie Getränke (+1,1 %) und Nahrungsmittel (+0,9 %) zurückzuführen. Innerhalb des Lebensmittelsektors wurden insbesondere für Kaffee (+6,9 %), Gemüse (+4,5 %), Obst (+3,7 %), Speisefette und -öle (+3,3 %) sowie Fische und Fischwaren (+1,1 %) überdurchschnittliche Preiserhöhungen im Vergleich zum Vormonat ermittelt. Auch Heizöl (+3,1 %) ist teurer geworden. Günstiger als im Januar 2011 wurden dagegen Kraftstoffe angeboten (−0,8 %).

Das Niveau der jährlichen Veränderung nahm im Februar 2011 mit +2,1 % (Januar 2011: +1,8 %) weiter zu und überschritt erstmalig seit Oktober 2008 wieder die Zwei-Prozent-Marke. Bestimmend für die Gesamtentwicklung waren nach wie vor die Energiepreise (+12,0 %). Unter den Energieprodukten wurden bei den Mineralölzeugnissen weiterhin zweistellige Teuerungsraten ermittelt (+14,2 %; davon Heizöl: +31,3 und Kraftstoffe: +9,8 %). Bei den Kraftstoffpreisen fielen erneut die enorm gestiegenen Dieselpreise (+16,8 %) ins Auge. Auch alle anderen Energieprodukte wie Gas (+13,7 %), Strom (+12,1 %), feste Brennstoffe (+4,7 %) sowie Zentralheizung und Fernwärme (+3,3 %) waren teurer als vor einem Jahr. Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung für Energie hätte die Teuerungsrate im Februar 2011 nur bei +0,9 % gelegen. Weitere überdurchschnittliche Preissteigerungen wurden auch wieder für alkoholfreie Getränke (+4,6 %) und Nahrungsmittel (+2,7 %) festgestellt. So waren vor allem Bohnenkaffee (+11,5 %), Speisefette und -öle (+10,3 %), Obst (+9,9 %), Gemüse (+4,9 %), Mineralwasser, Säfte, Limonaden (+3,9 %) sowie Fische und Fischwaren (+2,1 %) weiterhin deutlich teurer als vor einem Jahr. Ebenso mussten die Verbraucher für Dienstleistungen der Kreditinstitute (+4,0 %) sowie Beiträge zur privaten Kranken- (+4,3 %) und zur Kfz-Versicherung (+3,0 %) tiefer in die Tasche greifen.

Günstiger angeboten als im Februar des Vorjahres wurden nur wenige Gütergruppen. So z. B. Telefon- und Telefaxgeräte (−9,0 %), Schuhe (−3,1 %) und Bekleidung (−0,9 %).

Verbraucherpreise im Land Brandenburg um 1,8 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex ist im Land Brandenburg von Januar 2011 bis Februar 2011 um 0,6 % auf einen Indexstand von 109,1 (Basis 2005 \pm 100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Februar 2010 betrug +1,8 %.

Der Anstieg der Verbraucherpreise von Januar bis Februar 2011 um 0,6 % ist vordergründig auf Preiserhöhungen für Pauschalreisen (+7,3 %), Beherbergungsdienstleistungen (+2,0 %), Bekleidung (+1,1 %), Schuhe (+1,1 %) sowie Nahrungsmittel (+0,9 %) und alkoholfreie Getränke (+1,0 %) zurückzuführen. Innerhalb des Lebensmittelsektors wurden insbesondere bei Kaffee (+5,8 %), Obst (+5,1 %), Speisefetten und -ölen (+3,5 %), Gemüse (+1,9 %) sowie Fischen und Fischwaren (+1,6 %) überdurchschnittliche Preiserhöhungen im Vergleich zum Vormonat ermittelt. Auch Heizöl (+2,6 %) und Strom (+0,9 %) sind teurer geworden. Etwas günstiger wurden dagegen Kraftstoffe angeboten (−0,2 %).

Das Niveau der jährlichen Veränderung nahm im Februar 2011 mit +1,8 % (Januar 2011: +1,5 %) weiter zu und näherte sich der kritischen Zwei-Prozent-Marke. Bestimmend für die Gesamtentwicklung waren nach wie vor die Energiepreise (+8,2 %). Unter den Energieprodukten wurden bei den Mineralölzeugnissen weiterhin zweistellige Teuerungsraten ermittelt (+13,7 %; davon Heizöl: +25,3 und Kraftstoffe: +10,5 %). Bei den Kraftstoffpreisen fallen erneut die enorm gestiegenen Dieselpreise (+19,1 %) ins Auge. Auch alle anderen Energieprodukte wie feste Brennstoffe (+7,2 %), Zentralheizung und Fernwärme (+5,0 %), Gas (+4,8 %) und Strom (+2,9 %) waren teurer als vor einem Jahr. Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung für Energie hätte die Teuerungsrate im Februar 2011 nur bei +0,9 % gelegen. Weitere überdurchschnittliche Preissteigerungen wurden auch wieder für alkoholfreie Getränke (+4,9 %) und Nahrungsmittel (+3,2 %) festgestellt. So waren vor allem Obst (+15,7 %), Bohnenkaffee (+13,6 %), Speisefette und -öle (+13,1 %), Fische und Fischwaren (+5,0 %), Mineralwasser, Säfte, Limonaden (+4,1 %), Gemüse (+3,3 %) sowie Molkereiprodukte und Eier (+3,3 %) weiterhin deutlich teurer als vor einem Jahr.

Günstiger angeboten als im Februar des Vorjahres wurden nur wenige Gütergruppen. So z. B. Telefon- und Telefaxgeräte (−5,0 %), Unterhaltungselektronik und Informationsverarbeitung (−3,8 %), Schuhe (−0,8 %) und Bekleidung (−0,1 %).

Kurz gefasst **aus Deutschland****Verdienste** Jahr 2010

▮ **Verdienstunterschiede von Frauen und Männern bleiben bestehen**

(...) Der unbereinigte Gender Pay Gap, d. h. der prozentuale Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen, lag im Jahr 2010 – wie in den Vorjahren – bei 23 %. Die Bruttostundenverdienste von Arbeitnehmerinnen waren also durchschnittlich 23 % niedriger als die der Arbeitnehmer. (...)

Untersuchungen über die ursächlichen Faktoren des Gender Pay Gap wurden letztmalig auf Basis der Verdienstrukturhebung 2006 durchgeführt. Da diese Faktoren jedoch nur langfristigen Veränderungsprozessen unterliegen, lassen sich – trotz des zeitlichen Abstands – aus der für das Jahr 2006 durchgeführten Untersuchung Anhaltspunkte für das Jahr 2010 ableiten. Demnach ergeben sich die wichtigsten messbaren Ursachen für den unbereinigten Gender Pay Gap aus den Unterschieden in der Berufs- und Branchenwahl sowie aus ungleich verteilten Arbeitsplatzanforderungen hinsichtlich Führung und Qualifikation. So gehen Arbeitnehmerinnen im Vergleich zu Arbeitnehmern eher Tätigkeiten nach, die mit tendenziell geringeren Verdienstmöglichkeiten und Anforderungen verbunden sind. Schließlich trägt auch der höhere Anteil von Frauen in geringfügiger Beschäftigung zum unbereinigten Gender Pay Gap bei. Rund zwei Drittel des Unterschieds in den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten können durch die genannten sowie weitere in den Analysen berücksichtigte Faktoren, wie z. B. Dienstalter und Beschäftigungsumfang, erklärt werden.

Das verbleibende Drittel des Verdienstunterschieds entspricht dem bereinigten Gender Pay Gap. Er lag in Deutschland im Jahr 2006 bei etwa 8 %. Dies bedeutet, dass im Durchschnitt Arbeitnehmerinnen auch unter der Voraussetzung, dass Männer und Frauen eine vergleichbare Tätigkeit ausüben und über eine äquivalente Qualifikation verfügen, im Jahr 2006 pro Stunde 8 % weniger als Männer verdienten.

Wie die bundesweiten Ergebnisse für den unbereinigten Gender Pay Gap zeigen auch die Ergebnisse für Ost- beziehungsweise Westdeutschland keine nennenswerten Veränderungen gegenüber den Vorjahren auf: Im früheren Bundesgebiet lag der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied im Jahr 2010 bei 25 % und in den neuen Ländern bei 6 %.

Die für das Jahr 2006 durchgeführten Analysen zeigen, dass trotz eines großen Ost-West-Unterschieds im unbereinigten Gender Pay Gap der bereinigte Verdienstunterschied in beiden Regionen auf etwa vergleichbarem Niveau liegt (früheres Bundesgebiet: 8 %; neue Länder: 12 %).

Quelle: DESTATIS

Tourismus Januar 2011

▮ **7 % mehr Gästeübernachtungen**

(...) Im Januar 2011 gab es in den Beherbergungsbetrieben in Deutschland 20,3 Mill. Gästeübernachtungen.

(...) Nach vorläufigen Ergebnissen stieg damit die Zahl der Übernachtungen gegenüber Januar 2010 um 7 %.

Mit einem Plus von 14 % auf 3,2 Mill. nahm die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland besonders stark zu. Bei Gästen aus dem Inland stieg die Übernachtungszahl um 5 % auf 17,1 Mill.

Quelle: DESTATIS

Prozentualer Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen in Deutschland für die Jahre 2006 bis 2010

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
	%		
2006	23	24	6
2007	23	24	6
2008	23	25	5
2009	23	25	6
2010	23	25	6

Methodische Hinweise:

Zur Berechnung geschlechtsspezifischer Verdienstunterschiede stehen zwei Indikatoren mit unterschiedlicher Intention zur Verfügung: Der unbereinigte Gender Pay Gap vergleicht den Durchschnittsverdienst aller Arbeitnehmer beziehungsweise Arbeitnehmerinnen in allgemeiner Form miteinander. Auf diese Weise wird auch der Teil des Verdienstunterschieds erfasst, der durch schlechtere Zugangschancen von Frauen hinsichtlich bestimmter Berufe oder Karrierestufen verursacht wird, die möglicherweise ebenfalls das Ergebnis benachteiligender Strukturen sind. Der bereinigte Gender Pay Gap hingegen misst den Verdienstabstand von Männern und Frauen mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiographien.

Preise Februar 2011

Verbraucherpreise +2,1 % gegenüber Februar 2010

(...) Der Verbraucherpreisindex für Deutschland lag im Februar 2011 um 2,1 % höher als im Vorjahresmonat. (...) Damit hat sich der Preisauftrieb im Februar 2011 den vierten Monat in Folge verstärkt (Januar 2011: +2,0 % gegenüber Januar 2010). Eine höhere Inflationsrate wurde zuletzt im Oktober 2008 mit +2,4 % ermittelt. Im Vergleich zum Vormonat Januar 2011 stieg der Verbraucherpreisindex um 0,5 %. Die Schätzung für Februar 2011 gegenüber dem Vorjahr wurde damit von +2,0 % auf +2,1 % leicht nach oben korrigiert.

Die Inflationsrate im Februar 2011 wurde maßgeblich durch starke Preiserhöhungen bei Energie bestimmt (+10,2 % gegenüber Februar 2010). Die Preissteigerung für Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) liegt damit seit März 2010 deutlich über der allgemeinen Teuerung. Haushaltsenergie verteuerte sich insgesamt um 9,4 % gegenüber Februar 2010. Der stärkste Preisanstieg wurde bei leichtem Heizöl (+32,0 %) gemessen. Etwas weniger stark, aber dennoch deutlich, erhöhten sich gegenüber Februar 2010 die Preise für Strom (+7,5 %) und Gas (+3,5 %). Kraftstoffe kosteten 11,8 % mehr als ein Jahr zuvor (Dieselkraftstoff: +20,4 %; Superbenzin: +9,2 %). Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung bei Energie hätte die Inflationsrate im Februar 2011 bei +1,2 % gelegen.

Die Preise für Nahrungsmittel erhöhten sich gegenüber Februar 2010 deutlich, und zwar um 3,4 %. Auch bei Nahrungsmitteln liegen die monatlichen Teuerungsraten seit fast einem Jahr über den Inflationsraten. Die Preisentwicklung bei den einzelnen Nahrungsmittelgruppen war unterschiedlich stark ausgeprägt. Erheblich teurer wurde Obst (+14,7 %; darunter Weintrauben: +42,5 %; Bananen: +15,4 %). Auch für Speisefette und Speiseöle mussten die Verbraucher mehr als vor einem Jahr zahlen (+9,5 %), insbesondere sind hier die Preise für Butter kräftig gestiegen (+16,1 %). Vergleichsweise moderat verlief dagegen die Preisentwicklung bei Fleisch und Fleischwaren (+1,1 %). Ein leichter Preisrückgang wurde bei Süßwaren ermittelt (−0,2 %). Erwähnenswert ist im Februar 2011 der deutliche Preisanstieg bei den alkoholfreien Getränken mit +4,4 % (Fruchtsäfte: +10,2 %; Kaffee: +9,0 %).

Die Preisentwicklung bei langlebigen Gebrauchsgütern blieb im Jahresvergleich insgesamt stabil (±0,0 %). Deutlich günstiger waren unter anderem einige Erzeugnisse der Unterhaltungselektronik (z. B. Fernsehgerät: −17,1 %), der Informationsverarbeitung (Notebook: −12,1 %; Personalcomputer: −5,0 %) sowie für Foto- und Filmausrüstungen (Digitale Kamera: −8,2 %).

Insgesamt erhöhten sich im Vorjahresvergleich die Preise für Waren um 3,1 %. Die Preise für Dienstleistungen erhöhten sich im gleichen Zeitraum lediglich um 1,1 %; hier fließen gegenläufige Preisentwicklungen ein (zum Beispiel Nettokaltmieten: +1,3 %; Nachrichtenübermittlung: −2,5 %). (...)

Der Preisanstieg im Februar 2011 gegenüber dem Vormonat Januar 2011 um 0,5 % war in erster Linie saisonbedingt: Bei den saisonabhängigen Dienstleistungen wurden vor allem Preiserhöhungen bei Pauschalreisen (+7,3 %) gegenüber dem Vormonat beobachtet. Bei den saisonabhängigen Waren erhöhten sich die Preise für

Schnittblumen (+4,7 %), Obst (+3,9 %) sowie leichtes Heizöl (+3,0 %) deutlich. Die Preise für Nahrungsmittel stiegen im Vergleich zum Vormonat um 1,0 % an. Neben Obst wurden insbesondere auch Speisefette und Speiseöle teurer (+3,0 %; darunter Margarine: +3,4 %). Auffällig war im Februar 2011 zusätzlich der Preisanstieg bei alkoholfreien Getränken (+0,8 %), der in erster Linie auf die erneute Preiserhöhung bei Kaffee (+3,7 % gegenüber Januar 2011) zurückzuführen ist.

Der für europäische Zwecke berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVIPI) für Deutschland lag im Februar 2011 um 2,2 % höher als im Februar 2010. Im Vergleich zum Vormonat Januar 2011 stieg der Index um 0,6 %. (...)

Quelle: DESTATIS

Verbraucherpreisindex für Deutschland im Februar 2011

Gesamtindex / Gütergruppen – Gesamtindex / Teilindex	Gewichtung	Index	Veränderung gegenüber dem	
			Vorjahreszeitraum	Vormonat
	%	2005 = 100	%	
Gesamtindex	1 000,00	109,8	2,1	0,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103,55	115,4	3,5	0,9
Nahrungsmittel	89,99	115,8	3,4	1,0
Molkereiprodukte und Eier	14,44	114,0	2,3	0,2
Obst	9,23	123,3	14,7	3,9
Gemüse	10,60	128,0	3,5	1,3
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	38,99	112,7	−0,4	−0,4
Bekleidung und Schuhe	48,88	102,9	0,1	1,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.s.w.	308,00	112,5	3,1	0,4
Nettokaltmiete	203,30	106,7	1,3	0,2
Haushaltsenergie	59,82	133,3	9,4	1,1
Strom	24,61	138,4	7,5	0,5
Gas	12,85	122,1	3,5	0,3
Leichtes Heizöl	9,21	144,1	32,0	3,0
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte u. Ä.	55,87	104,8	0,5	0,2
Gesundheitspflege	40,27	105,3	1,0	0,0
Verkehr	131,90	114,6	3,9	0,1
Kraftstoffe	35,37	123,1	11,8	−0,1
Superbenzin	19,29	120,7	9,2	−1,0
Dieselmotorkraftstoff	8,15	128,5	20,4	2,7
Nachrichtenübermittlung	31,00	86,4	−2,5	−0,2
Freizeit, Unterhaltung u. Ä.	115,68	102,1	0,3	1,8
Pauschalreisen	25,93	110,6	−0,1	7,3
Bildungswesen	7,40	133,0	1,1	0,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	43,99	110,2	1,0	0,6
Andere Waren und Dienstleistungen	74,47	110,0	2,2	0,9
Gesamtindex				
ohne Heizöl und Kraftstoffe ...	955,42	108,9	1,4	0,6
ohne Haushaltsenergie	940,18	108,3	1,6	0,6
ohne Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe)	904,81	107,7	1,2	0,6
Waren insgesamt	493,00	111,6	3,1	0,5
Verbrauchsgüter	305,11	118,5	4,7	0,5
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	95,24	103,4	0,4	0,6
Langlebige Gebrauchsgüter	92,65	97,2	0,0	0,3
Dienstleistungen	507,00	108,0	1,1	0,7

Verkehr Januar 2011

Zahl der Verkehrstoten stark gestiegen

(...) Im Januar 2011 kamen 241 Menschen auf deutschen Straßen ums Leben. (...) Das waren nach vorläufigen Ergebnissen 47 Personen oder 24 % mehr als im Januar 2010. Die Zahl der Verletzten ist um 6,8 % auf rund 22 000 Personen gestiegen.

Insgesamt musste die Polizei rund 177 800 Straßenverkehrsunfälle im Januar 2011 aufnehmen, 8,4 % weniger als ein Jahr zuvor. Während sich die Zahl der Unfälle mit Personenschaden gegenüber Januar 2010 um 7,8 % auf etwa 16 900 erhöht hat, ist die Zahl der Unfälle mit ausschließlich Sachschaden um 9,9 % auf 160 900 gesunken. Ein Grund für diese Unfallentwicklung sind die unterschiedlichen Witterungsbedingungen der beiden Januarmonate. Im kalten und schneereichen Januar 2010 wurden mehr Unfälle, aber weniger Verunglückte und vor allem Getötete gezählt. Der überwiegend zu

warmer Januar 2011 hat nun zu einer gegensätzlichen Entwicklung mit weniger Unfällen und mehr Verunglückten geführt. Dies liegt daran, dass auf schnee- und eisglatten Straßen meist mehr Unfälle passieren, diese aber nicht so folgenschwer sind, da langsamer gefahren wird und weniger Zweiradfahrer unterwegs sind.

Die Zahl der Verkehrstoten stieg im Januar 2011 in insgesamt zwölf Bundesländern gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. Allein in Niedersachsen kamen 17 Personen mehr als im Vorjahr ums Leben (+71 %). In Brandenburg erhöhte sich die Zahl der Verkehrstoten von 4 auf 13 und in Mecklenburg-Vorpommern von 4 auf 10.

Dagegen starben auf den Straßen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen jeweils sieben Personen (-19 %), in Thüringen eine Person weniger als im Vorjahreszeitraum.

Quelle: DESTATIS

Bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückte und Getötete in Deutschland von Januar bis Mai 2010 – vorläufige Ergebnisse –

Land	Verunglückte					
	Ins-gesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	darunter Getötete		Verletzte	
			ins-gesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	zu-sammen	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum
	Anzahl	%	Anzahl		Anzahl	%
Baden-Württemberg	2 592	1,7	29	- 7	2 563	2,0
Bayern	3 713	0,3	31	2	3 682	0,2
Berlin	720	30,0	3	1	717	29,9
Brandenburg.....	523	6,5	13	9	510	4,7
Bremen	191	20,9	3	3	188	19,0
Hamburg	491	7,2	1	-	490	7,2
Hessen	1 784	6,9	17	1	1 767	6,9
Mecklenburg-Vorpommern	315	- 22,0	10	6	305	- 23,8
Niedersachsen	2 190	8,7	41	17	2 149	8,0
Nordrhein-Westfalen	4 338	2,2	29	- 7	4 309	2,4
Rheinland-Pfalz	1 223	5,2	10	1	1 213	5,1
Saarland	394	14,5	3	1	391	14,3
Sachsen	980	5,8	14	5	966	5,3
Sachsen-Anhalt	650	42,5	9	3	641	42,4
Schleswig-Holstein	717	- 6,4	6	3	711	- 6,8
Thüringen	566	- 5,8	11	- 1	555	- 5,8
Deutschland ¹	22 248	6,9	241	47	22 007	6,8

¹ einschließlich derzeit nach Ländern noch nicht aufteilbarer Nachmeldungen

Kurz gefasst **aus Europa****Preise** Februar 2011

▢ **Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 2,4 % gestiegen**

(...) Die jährliche Inflationsrate der EU¹ lag im Februar 2011 bei 2,8 %, unverändert verglichen mit Januar. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,5 % betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,4 % im Februar 2011. Im Februar 2011 wurden die niedrigsten jährlichen Raten in Irland (0,9 %), Schweden (1,2 %) und Frankreich (1,8 %) gemessen und die höchsten in Rumänien (7,6 %), Estland (5,5 %) und Bulgarien (4,6 %). Im Vergleich zu Januar 2011 stieg die jährliche Inflationsrate in fünfzehn Mitgliedstaaten an, blieb in drei unverändert und ging in acht zurück. Die niedrigsten Durchschnittswerte über zwölf Monate bis

schließlich Februar 2011 verzeichneten Irland (-1,1 %), Lettland (0,0 %) und die Niederlande (1,2 %), während die höchsten Werte in Rumänien (6,5 %), Griechenland (5,0 %) und Ungarn (4,4 %) gemeldet wurden.

(...) Die jährliche Inflationsrate im Euroraum² lag im Februar 2011 bei 2,4 %, gegenüber 2,3 % im Januar. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,8 % betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,4 % im Februar 2011. Die Hauptkomponenten mit den höchsten jährlichen Raten im Februar 2011 waren Verkehr (5,7 %), Wohnung (4,9 %) sowie Alkohol und Tabak (3,5 %). Die Hauptkomponenten mit den niedrigsten jährlichen Raten waren Bekleidung und Schuhe (-2,6 %), Nachrichtenübermittlung (-0,4 %) sowie Freizeit und Kultur (0,0 %). Bei den Teilindizes hatten Kraftstoffe für Verkehrsmittel (+0,62 Prozentpunkte), Flüssige Brennstoffe (+0,23), Elektrizität (+0,11) und Gas (+0,10) die stärkste Steigerungswirkung auf die Gesamtinflation, während Bekleidungsartikel (-0,25) und Telekommunikation (-0,09) am stärksten senkend wirkten. Die Hauptkomponenten mit den höchsten monatlichen Raten waren Freizeit und Kultur (0,9 %), Nahrungsmittel, Wohnung, Verkehr und Restaurants und Hotels (je 0,5 %). Diejenigen mit den niedrigsten Raten waren Bekleidung und Schuhe (-0,5 %), Alkohol und Tabak (0,0 %), Gesundheitspflege sowie Erziehung und Unterricht (je 0,1 %). Insbesondere Pauschalreisen (+0,06 Prozentpunkte), Beherbergungsdienstleistungen und Flüssige Brennstoffe (je +0,03) hatten die stärkste Steigerungswirkung, während Bekleidungsartikel (-0,03), Restaurants und Cafés und Schuhe (je -0,02) am stärksten senkend wirkten.

Jährliche Inflationsraten (Prozent) im Februar 2011
– in ansteigender Reihenfolge

Region	jährliche Inflationsrate %
Eurozone (EWR)	
Irland.....	0,9
Frankreich.....	1,8 p
Niederlande.....	2,0 p
Slowenien.....	2,0
Italien.....	2,1
Deutschland.....	2,2
Euroraum	2,4 p
Malta.....	2,7 p
Zypern.....	3,1
Österreich.....	3,1 p
Spanien.....	3,4
Belgien.....	3,5
Portugal.....	3,5
Slowakei.....	3,5
Finnland.....	3,5
Luxemburg.....	3,9
Griechenland.....	4,2
Estland.....	5,5
EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums	
Schweden.....	1,2
Tschech. Republik.....	1,9
Dänemark.....	2,6
EU-Mitgliedstaaten	
.....	2,8 p
Litauen.....	3,0
Polen.....	3,3
Lettland.....	3,8
Vereinigtes Königreich¹	
.....	4,0
Ungarn.....	4,2
Bulgarien.....	4,6
Rumänien.....	7,6

1 für Irland und Vereinigtes Königreich Angaben vom Januar

Quelle: EUROSTAT

Arbeitskosten 4. Quartal 2010

▢ **Arbeitskosten pro Stunde im Euroraum um 1,6 % gestiegen**

(...) Die Arbeitskosten pro Stunde sind im Euroraum² (ER16) im vierten Quartal 2010 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal um 1,6 % gestiegen. Im vorigen Quartal betrug der Anstieg 0,9 %. In der EU27¹ lag die jährliche Steigerungsrate im vierten Quartal 2010 bei 2,0 %, nach einem Anstieg um 1,2 % im vorangegangenen Quartal.

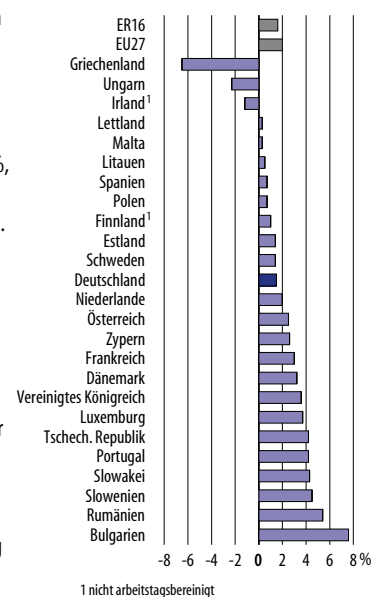
Die beiden Hauptkomponenten der Arbeitskosten sind Löhne und Gehälter sowie Lohnnebenkosten. Im Euroraum stiegen die Löhne und Gehälter pro Stunde im vierten Quartal 2010 mit einer Rate von 1,4 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal, während bei den Lohnnebenkosten ein Anstieg um 1,9 % zu verzeichnen war. Im dritten Quartal 2010 hatten die Steigerungen 0,8 % bzw. 1,3 % betragen. In der EU27 stiegen die Löhne und Gehälter pro Stunde im vierten Quartal 2010 um 2,1 % und die Lohnnebenkosten um 1,5 %. Im Vorquartal war eine Steigerungsrate von 1,2 % bei beiden Komponenten verzeichnet worden.

Bei einer Aufschlüsselung nach Wirtschaftszweigen zeigt sich, dass im Euroraum im vierten Quartal 2010 die Arbeitskosten pro Stunde in der Industrie mit einer jährlichen Rate von 1,7 %, im Baugewerbe von 1,1 % und im Dienstleistungssektor von 1,6 % gestiegen sind. In der EU27 stiegen die Arbeitskosten pro Stunde in der Industrie um 1,9 %, im Baugewerbe um 1,0 % und im Dienstleistungssektor um 2,2 %.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten für das vierte Quartal 2010 vorliegen, verzeichneten Bulgarien (+7,6 %) und Rumänien (+5,4 %) im Jahresvergleich die größten Zuwächse der Arbeitskosten pro Stunde. Rückgänge im Jahresvergleich wurden in Griechenland (-6,5 %), Ungarn (-2,3 %) und Irland (-1,2 %) festgestellt.

Nominale Bruttoarbeitskosten in Europa pro Stunde im 4. Quartal 2010

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal, arbeitsmäßig bereinigt



1 nicht arbeitsmäßig bereinigt

Quelle: EUROSTAT

1 Zur EU27 gehören: Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

2 Zum Euroraum (ER16) gehörten bis zum 31. Dezember 2010 folgende 16 Mitgliedstaaten: Belgien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland. Seit dem 1. Januar 2011 gehört auch Estland zum Euroraum (ER17).

Wirtschaft im Überblick **Dezember 2010****Berlin**

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Dezember 2010 zum Dezember 2009 um 3,8 %, das waren –8 670 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 12,8 %, das sind –0,7 Prozentpunkte zum Vorjahresmonat. Innerhalb des letzten Jahres stieg im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden der Trend des Auftragseingangindex, des Gesamtumsatzes und der Beschäftigtenzahl leicht. Im Bauhauptgewerbe hatte im Monat Dezember der Trend des Auftragseinganges und der Baugenehmigungen eine leicht fallende sowie der der Beschäftigtenzahl eine leicht steigende Richtung, während der Umsatz stark zulegte. Beim Berliner Einzelhandel sind die Entwicklungen der Messzahlen des realen Umsatzes und der Beschäftigten gleichbleibend und die des nominalen Umsatzes leicht steigend. Beim Großhandel stiegen alle drei Kennziffern an, dabei der reale Umsatz und die Beschäftigten leicht und der

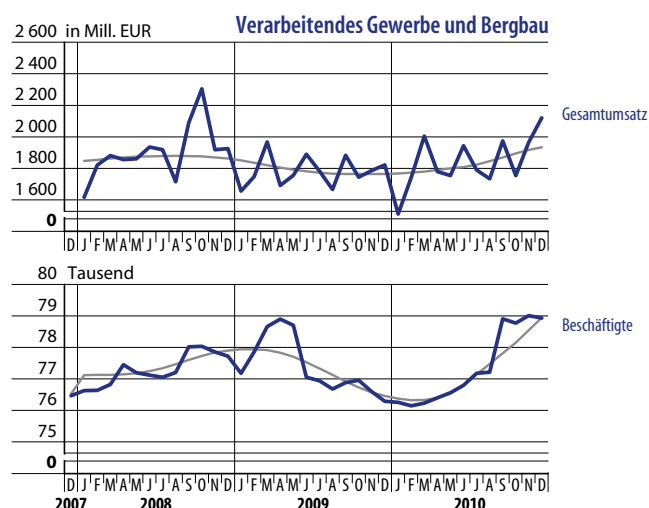
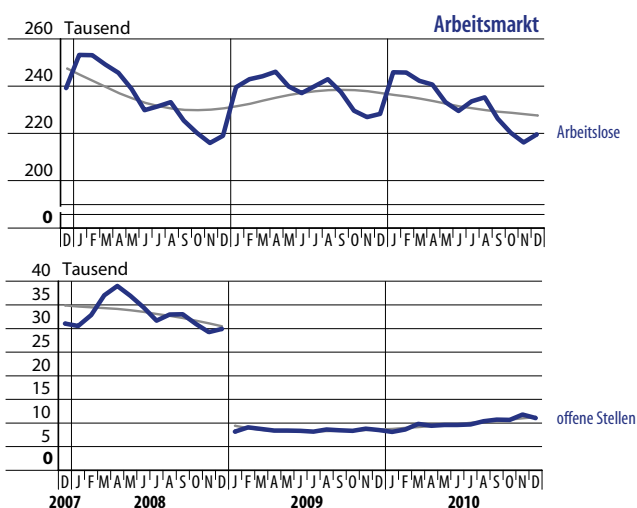
nominale Umsatz stärker. Im Gastgewerbe zog der Trend der nominalen Umsatz-Messzahl leicht an; der der realen Umsatz-Messzahl und der für die Beschäftigten-Messzahl fiel dagegen etwas ab. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen stieg der Trend leicht, bei der Zahl der Gästeankünfte etwas stärker als bei den Übernachtungen. Der Berliner Außenhandel verzeichnete beim gesamten Export, beim Export in die EU-Länder und beim Import eine sehr stark steigende Tendenz. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen stieg weniger stark als die gleiche Komponente aus den Betriebsgründungen und -aufgaben, die außerordentlich stark anstieg. Alle zwei Kennziffern sind allerdings von großen monatlichen Schwankungen – besonders zum Jahresende – geprägt. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen blieben fast konstant. Im Dezember 2010 betrug die Inflationsrate +1,7 % – der jährliche Trend war leicht steigend.

Berliner Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 14,9 % und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 12,8 %. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 0,8 bzw. 0,7 Prozentpunkte weniger. Die Berliner Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen lagen damit 6,9 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,6 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 2,4 Prozentpunkte bzw. 1,6 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Die Veränderung der Berliner Arbeitslosen-zahl im gesamten Jahr 2010 lag im Vergleich zum Vorjahr, dem gesamten Jahr 2009, bei –2,3 %. Die seit Mitte des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit dem Herbst 2008 wieder an, ohne jedoch das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise zu erreichen. Seit dem Herbst 2009 fällt sie wieder ab und ist nun etwa beim Vorkrisen-Niveau des Herbstes 2008 angelangt. Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden ab dem 1. Januar 2009 die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt, das sind

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt wurden Ende Dezember des Jahres 2010 mit 218 697 Arbeitslosen 1,6 % mehr als im November 2010 registriert, das waren +3 404 Personen. Im Vergleich zum Dezember des Jahres 2009

nahm die Zahl der Arbeitslosen um 3,8 % ab, das entsprach einem Minus von 8 670 Personen. Dieser Wert stimmt etwa mit der Einwohnerzahl der brandenburgischen Stadt Mittenwalde am 30. Juni 2010 überein. Die

Tabelle Seite 20



etwa 20 600 Personen weniger als zuvor – ein Vergleich mit vorherigen Veröffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Im Dezember 2010 waren 11 086 offene Stellen gemeldet. Das waren +29,9 % zum Dezember 2009 und +17,7 % im Vergleich des gesamten Jahres 2010 mit 2009. Seit dem Dezember 2007 fällt diese Trend-Konjunktur-Komponente ab und steigt in letzter Zeit wieder an, innerhalb des letzten Jahres sehr stark. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 19,7. Der Trend ist fallend bei einer seit dem Jahr 2005 deutlich verringerten Schwankungsbreite.

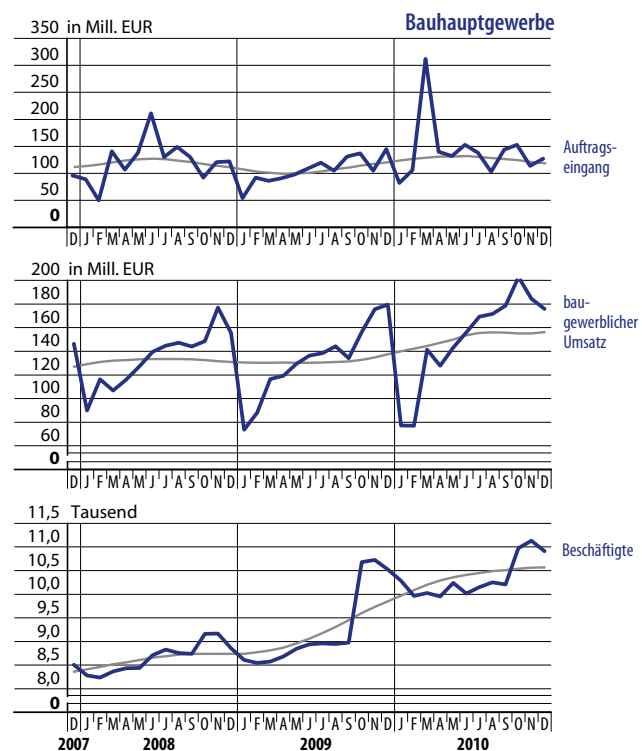
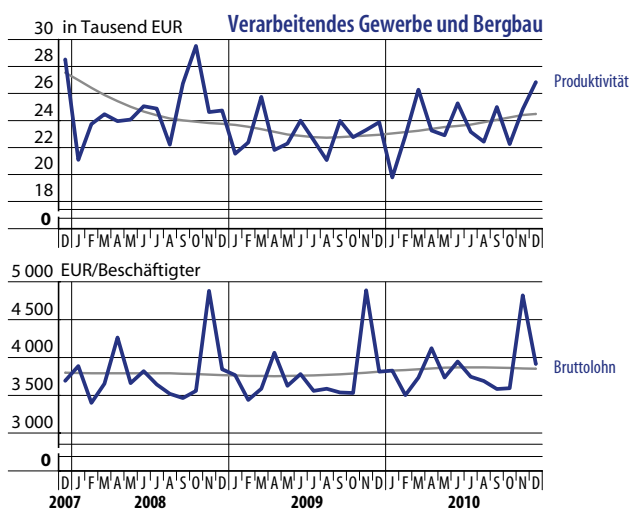
Im Berliner **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftrags-eingangsindeks (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Dezember-Vergleich mit –7,6 % eine negative Veränderung jedoch im Vergleich des gesamten Jahres 2010 zum Jahr 2009 +7,9 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente fiel seit dem Mai 2008, steigt aber seit Mitte des Jahres 2009 wieder an, ohne das ehemalige Niveau erreichen zu können. Die im Monat Dezember dieses Jahres 325 berichtspflichtigen Betriebe – das ist genau die gleiche Anzahl wie im Dezember 2009 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 2 119,0 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 297,3 Mill. EUR oder um 16,3 % überboten. Im laufenden Jahr – von Januar 2010 bis Dezember 2010 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 22,1 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Steigerung des Gesamtumsatzes um 3,2 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Berliner Wirtschaftsabschnitts

war seit der Mitte des Jahres 2008 fallend, seit dem Herbst des Jahres 2009 dann jedoch zunehmend steigend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Dezember 2010 ein Niveau von 963,2 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 45,5 %. Im Zeitraum des gesamten Jahres 2010 wurden Waren im Wert von 10,6 Mrd. EUR aus diesem Berliner Wirtschaftsabschnitt exportiert. Bei der Beschäftigtenzahl war die Trend-Konjunktur-Komponente seit dem Anfang des Jahres 2010 stark steigend. Im Dezember des Jahres 2010 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 78 972 Personen tätig. Gegenüber dem Dezember 2009 gab es mit +3,5 % eine positive Veränderung. Im gesamten Ein-Jahres-Vergleich war mit –0,03 % noch keine Veränderung spürbar. Der jährliche Trend war jedoch leicht steigend. Im Dezember 2010 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 26 832 EUR, das waren +12,4 % gegenüber dem Dezember 2009. Die Brutto-lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten lag bei 3 914 EUR, sie stieg leichter an und lag im gleichen Zeitraum um +2,6 % oder 100 EUR höher als im Dezember 2009.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** erreichte das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – im Dezember 2010 ein

Niveau von 127,2 Mill. EUR. Die Entwicklung dieser Kennziffer zeigte mit –12,4 % zum Vorjahresmonat einen großen Abfall. Im 12-monatigen Vergleichszeitraum ergab sich eine Veränderung von +33,9 %, die durch einen sehr hohen Auftragseingang im März 2010 initiiert war. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit dem Mai 2009 wieder leicht an, fällt jedoch seit dem Mai 2010 ebenso leicht ab. Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat ist der Trend leicht fallend. Die Entwicklung bei der Anzahl der Baugenehmigungen zeigt eine leicht positive Tendenz. Im Dezember 2010 wurden 126 Baugenehmigungen erteilt, das sind +0,8 %, im gesamten Jahr 2010 waren es +6,2 % im Vergleich zum jeweiligen Vorjahreszeitraum. Der Trend im Ein-Jahres-Zeitraum war leicht fallend. Der baugewerbliche Umsatz erreichte im Dezember einen Wert von 175,9 Mill. EUR (Bauhauptgewerbe: 176,7 Mill. EUR) bei –2,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in den längerfristigen Betrachtungszeiträumen der zurückliegenden 12 Monate mit +13,5 % dann im positiven Bereich. Der jährliche Trend lag demzufolge auch stark im Plus. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit Mitte 2009 leicht aber kontinuierlich an. Mit 10 910 Beschäftigten wurde im Dezember 2010 zum Dezember 2009 ein Zuwachs von 3,7 % erreicht. Im Ein-Jahres-Zeitraum war ebenfalls ein Zuwachs aufgetreten, von +11,8 %. Der Trend zum Vorjahresmonat war demzufolge auch steigend.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Im Berliner **Einzelhandel** erfolgte Mitte des Jahres 2010 ein methodischer Wechsel – es wurde ein Drittel der Unternehmen in der Stichprobe ausgetauscht. Eine Rückrechnung ist bis zum Januar 2009 erfolgt. Dadurch ist nur noch eine „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich der letzten 12-Monats-Zeiträume ergab ein Plus von 1,4 %. Beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +1,1 %. Die Zahl der Beschäftigten des Berliner Einzelhandels lag im Jahresdurchschnitt um 1,2 % unter Vorjahresniveau. Die Vollbeschäftigtenzahl reduzierte sich (–2,6 %), während die der Teilzeitbeschäftigten weiterhin anstieg (+0,4 %). Der Trend der Messzahlen des nominalen Umsatzes war innerhalb des letzten Jahres leicht steigend, während der des realen Umsatzes und der Beschäftigten gleich blieb.

Im **Großhandel** des Landes Berlin war die Entwicklung etwas positiver als die des Einzelhandels. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich der letzten 12-Monats-Zeiträume ergab ein Plus von 4,7 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum –1,3 %. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen Zeitraum um 0,8 %. Im letzten Jahr war der Trend des nominalen Umsatzes stark steigend, der des realen Umsatzes und der Beschäftigten steigend.

Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. In diesem, wie im Einzelhandel, saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig traten beim Vergleich des gesamten Jahres 2010 mit 2009 im nominalen Umsatz Veränderungsraten von +1,8 % und im realen Umsatz von –1,4 % auf. Bei der Beschäftigten-Messzahl waren es im gleichen Zeitraum –4,3 %. Von dem Rückgang waren sowohl die Voll- wie auch die Teilzeitbeschäftigten betroffen. Die

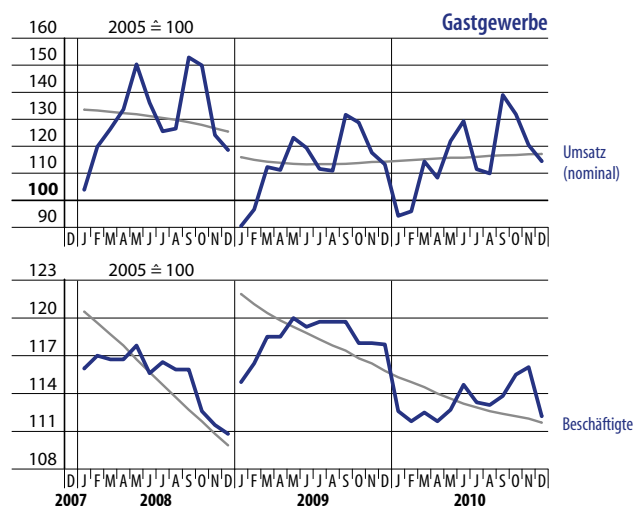
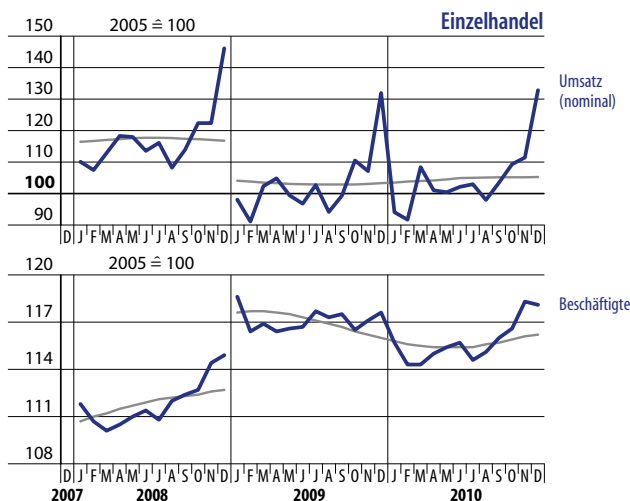
Trend-Konjunktur-Komponente des letzten Jahres stieg für die nominale wie auch die reale Umsatz-Messzahl leicht, für die Beschäftigten fiel sie leicht.

Die Erhebung zum **Berlin-Tourismus** wurde im Januar 2008 auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 umgestellt. Im Dezember 2010 erreichte die Zahl der Gästeankünfte 684,0 Tsd; gegenüber dem Dezember 2009 waren es 2,7 Tsd. Personen oder 0,4 % mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von 9,5 %. Die Zahl der Übernachtungen fiel im Monatsvergleich (Dezember 2010 zu Dezember 2009), und zwar um 2,8 % von 1 427,4 auf 1 387,2. Im Ein-Jahres-Zeitraum setzte sich bei den Übernachtungen mit +10,2 % die positive Entwicklung fort. Insgesamt war bei den beiden Kennziffern eine deutlich steigende Tendenz erkennbar, die bei der Gästezahl stärker als bei den Übernachtungen war. Im Durchschnitt entfielen im Dezember 2010 auf jeden Gast 2,1 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,3 Übernachtungen pro Gast – bei langfristig fast gleichbleibender Tendenz.

Im Berliner **Außenhandel** scheinen die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft betrug im Dezember 964,7 Mill. EUR und lag damit um 6,1 % über dem Ergebnis des Dezember 2009. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 17,6 %. Im Zeitraum eines Jahres – von Januar bis Dezember 2010 – wurden Waren im Wert von 12,3 Mrd. EUR exportiert. In die Staaten der Europäischen Union wurden im Dezember 44,3 % der gesamten Ausfuhr exportiert, mit 427,6 Mill. EUR 6,2 % mehr als im Dezember 2009. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 861,3 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von +23,3 % zum Dezember 2009 führte. Im Ein-Jahres-Zeit-

raum wurden Waren im Wert von 9,7 Mrd. EUR – das sind +16,2 % zu den vorherigen 12 Monaten – nach Berlin importiert. Seit Anfang 2007 fiel die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes zunehmend stärker ab – sie stieg seit Mitte des Jahres 2009 wieder stärker an und hatte dabei Mitte 2010 das alte Vorkrisen-Niveau erreicht. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Importes fiel ebenfalls seit Mitte 2008 und steigt seit Mitte 2009 wieder sehr stark an, wobei bereits Anfang 2010 der Vorkrisenstand überschritten wurde. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Berlin bestimmt sind.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Dezember 2010 wurden 115 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem Dezember 2009 – mit einem Plus von 425 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen – waren das –72,9 %, im Ein-Jahres-Vergleich ergeben sich dann +41,2 %. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Dezember 2010 auf 94 mehr Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit auf +11,9 % gegenüber dem Dezember 2009, der 84 Anmeldungen mehr als Abmeldungen auswies. Beim Vergleichen des Ein-Jahres-Zeitraumes bei den Betrieben ergaben sich +39,0 %. Der Trend innerhalb des letzten Jahres kann bei den Gewerbemeldungen als steigend und bei den Betriebsgründungen als sehr positiv eingeschätzt werden, wenngleich bei den monatlichen Einzelwerten – besonders jedoch zum Jahresende – sehr starke Schwankungen auftreten.

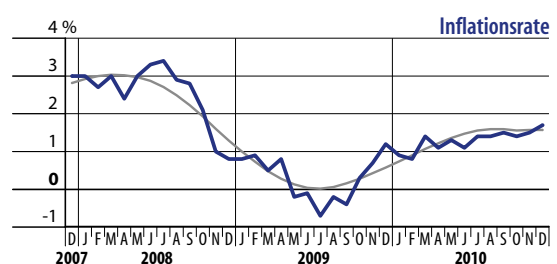
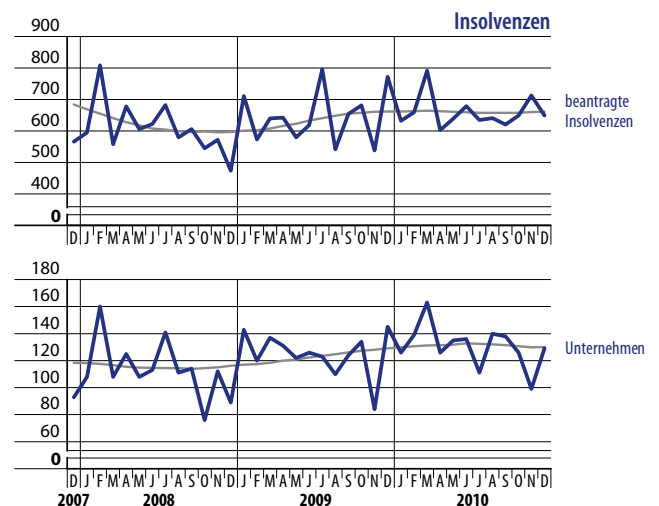
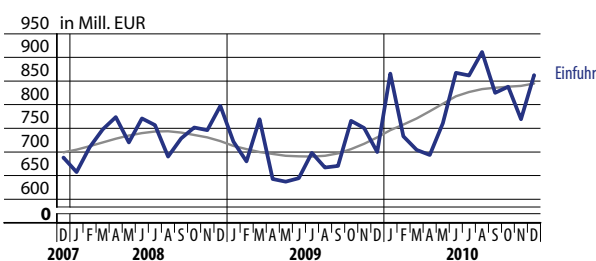
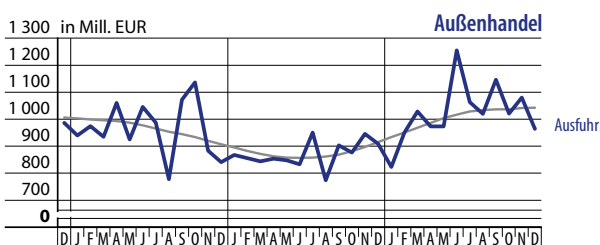
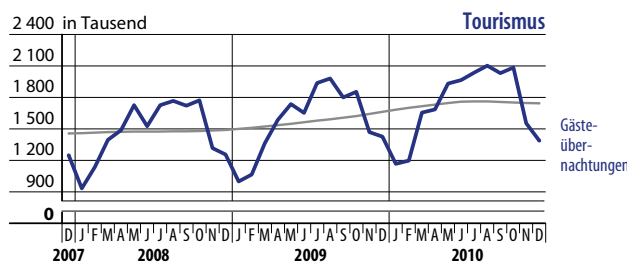
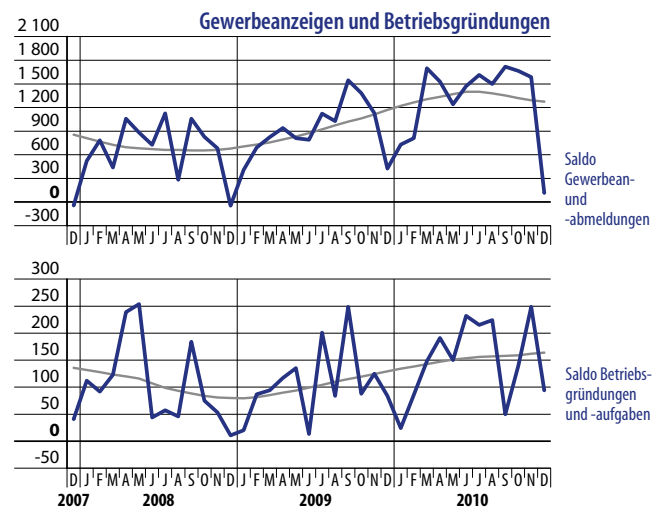


Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen in allen beiden langfristigeren Zeiträumen des Ein-Jahres-Vergleichs durchgängig positive Veränderungsraten – also eine negative Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 649 Verfahren für den Monat Dezember 2010 genannt, das sind gegenüber dem Dezember des Vorjahres 15,9 % weniger. Im Vergleich der letzten 12 Monate beträgt die Veränderung +2,1 %. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich etwa 660 Insolvenzverfahren beantragt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren dabei durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen lagen langfristig und stabil seit Mitte 2005 bei ca. 130 Insolvenzen pro Monat, der Trend war seit Mitte 2008 allerdings wieder steigend und fällt seit Mitte 2010 jedoch etwas. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 129 Fälle, das entspricht –11,0 % zum Dezember 2009. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich +4,6 % Regelinsolvenzen der Unternehmen. Die Tendenz innerhalb eines Jahres war bei den gesamten Insolvenzen und bei den der Unternehmen etwa gleichbleibend.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Dezember 2010 bei 109,4. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Dezember 2010 und dem Dezember 2009, ergab sich damit ein Wert von +1,7 %, im November 2010: +1,5 %. Während sich die Preise für

Energie (Kraftstoffe, Heizöl, Strom und Gas) und Nahrungsmittel überdurchschnittlich verteuerten, ergaben sich bei Schuhen und Bekleidung Preisrückgänge. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit dem März 2008 sehr stark, erreichte Mitte 2009 den Tiefpunkt und verläuft seit Mitte des Jahres 2010 bei etwas +1,6 % seitwärts. Gegenüber dem Dezember 2009 ist der Trend leicht steigend.



Wirtschaft im Überblick **Dezember 2010****Brandenburg**

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Dezember 2010 zum Vorjahresmonat um 6,6 %, das waren –9 936 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 10,6 %. Im Einzelnen zeigten die Werte der Trend-Konjunktur-Komponenten des Dezembers 2010 zum Dezember 2009 folgendes Bild: Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden waren der Gesamtumsatz und der Auftragseingangsbereich (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) stark steigend sowie die Zahl der Beschäftigten leicht steigend. Im Bauhauptgewerbe fielen der Auftragseingang, die Baugenehmigungen und der Umsatz leicht, während die Zahl der Beschäftigten konstant blieb. Beim Brandenburger Einzelhandel blieben die realen, die nominalen Umsatz- und die Beschäftigten-

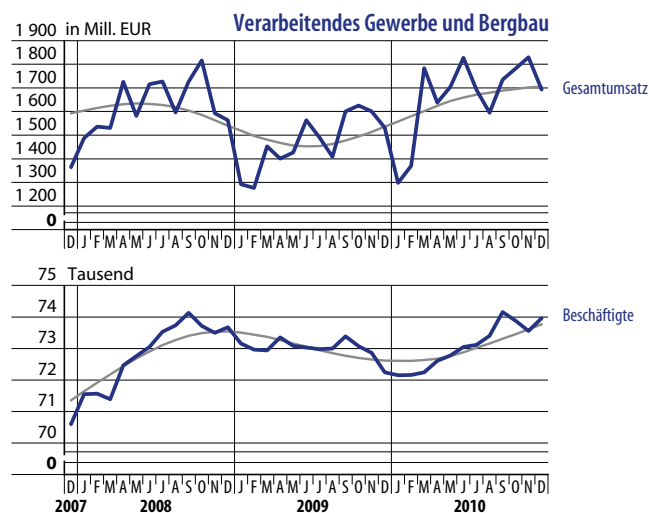
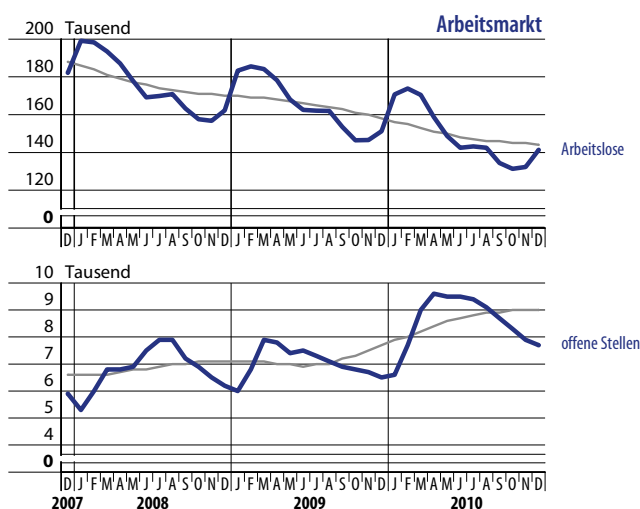
Kennziffern konstant. Im Gastgewerbe waren die Kennziffern des nominalen Umsatzes und der Beschäftigten konstant, die reale Umsatz-Kennziffer dagegen leicht fallend. Beim Großhandel war der Trend beim nominalen Umsatz stark steigend – bei den Beschäftigten leicht steigend und beim realen Umsatz leicht fallend. Im Tourismus stieg sowohl die Zahl der Gäste als auch die Zahl der Übernachtungen leicht an, und das langfristig und kontinuierlich. Der jährliche Trend der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und der Trend der Differenz bei den Betriebsgründungen und -aufgaben fiel stark. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen fiel – die der Unternehmensinsolvenzen stärker. Die Brandenburger Ausfuhren, einschließlich der in die EU, und die Einfuhren legten beachtlich zu. Die wirtschaftliche Krise scheint überwunden. Im Dezember 2010 betrug die Inflationsrate +1,4 % und der jährliche Trend ist zurzeit leicht steigend.

lagen die Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 3,7 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 3,4 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 0,8 Prozentpunkte bzw. 0,6 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fast linear fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten, sie verringerte sich im Mittel der Jahre 2000 zu 2010 – also innerhalb von 10 Jahren – um insgesamt –34,0 % oder –1,4 % jährlich. Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden jetzt die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt. Eine Rückrechnung der gesamten Zeitreihe ist bis zum Jahr 2000 erfolgt – ein Vergleich mit den vorherigen Veröffentlichungen deshalb möglich. Die gemeldeten 7 732 offenen Stellen hatten sich seit dem Dezember des vorigen Jahres um 1 235 Stellen oder um 19,0 % erhöht. Seit dem Anfang des Jahres 2008 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen an, seit dem Herbst des Jahres 2009

Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurde Ende Dezember des Jahres 2010 mit 141 365 Arbeitslosen ein Plus von 6,8 % gegenüber dem Vormonat – dem November 2010 – registriert, das waren 8 995 Personen mehr. Im Vergleich zum Dezember des Jahres 2009 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 6,6 % ab, ein Minus von 9 936 Personen. Diese Zahl

entspricht etwa den Einwohnern der Brandenburger Stadt Wildau zur Mitte des Jahres 2010. Die Brandenburger Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 11,7 % und auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 10,6 %. Es ergaben sich somit gegenüber dem Vorjahresmonat 0,8 bzw. 0,7 Prozentpunkte weniger. Damit

Tabelle Seite 21



dann stärker, um gegen Ende 2010 wieder abzufachen. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 18,3 – die langfristige lineare Tendenz ist nach wie vor fallend, bei einer in letzter Zeit deutlich verminderten saisonalen Schwankung. Im Dezember dieses Jahres waren 8 360 Personen in der beruflichen Weiterbildung (8 352 Personen) und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (8 Personen) erfasst; im Vergleich zum Dezember 2009 ergab das ein Weniger von 188 Personen oder –2,2 %.

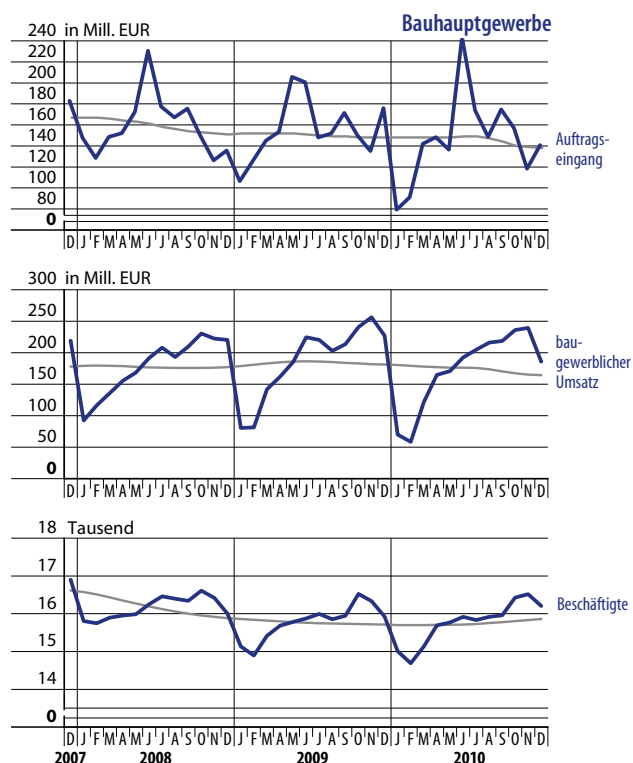
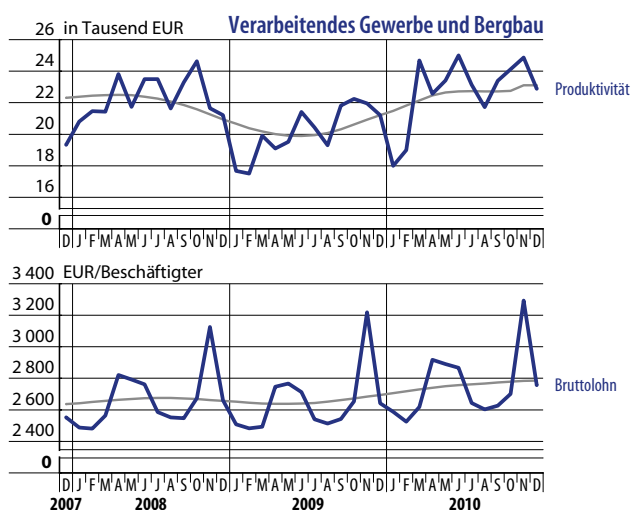
Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Dezember-Vergleich mit +47,9 % eine starke positive Veränderung, bei jedoch deutlichen Schwankungen der Monateinzelwerte. Im Vergleich des gesamten Jahres 2010 zu 2009 waren es +10,9 %. Die starken monatlichen Schwankungen des Auftragseinganges haben ihre Ursache besonders in einzelnen Großaufträgen des Fahrzeugbaus und aus dem Ausland. Die Trend-Konjunktur-Komponente war seit dem Dezember 2008 wieder leicht steigend. Nach einer waagerechten Phase etwa vom Oktober 2009 bis zum Juni 2010 steigt sie jetzt wieder sehr stark an. Die im Monat Dezember dieses Jahres berichtspflichtigen 413 Betriebe – das sind drei Betriebe weniger als im Dezember 2009 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 693,4 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 161,1 Mill. EUR oder 10,5 % überboten. Im gesamten Jahr konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 19,9 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum

ging damit eine Erhöhung des Gesamtumsatzes um 12,9 % einher. Die langfristige Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und „regelmäßigen Einbrüchen“ zu den Jahreswechseln – seit Mitte des Jahres 2009 wieder stark steigend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Dezember ein Niveau von 482,8 Mill. EUR – der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 28,5 %. Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Herbst 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die dann seit Dezember 2008 wieder leicht fiel – ohne jedoch in die Nähe der vergangenen Tiefstände zu gelangen – und die nun seit Januar 2010 wiederum leicht ansteigt. Im Dezember des Jahres 2010 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigten 73 964 Personen tätig, gegenüber dem Vorjahresmonat (Dezember 2009) mit +2,4 % eine Zunahme um 1 717 Personen. Im gesamten Jahresvergleich ergeben sich +0,1 %; die Tendenz war also leicht steigend. Im Dezember 2010 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 22 894,69 EUR, das waren +7,9 % gegenüber dem Dezember 2009. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg ebenso, aber schwächer: Sie lag im gleichen Zeitraum um 4,3 % oder

114,35 EUR je Beschäftigten höher als im Dezember 2009 – insgesamt bei 2 755,57 EUR je Beschäftigten.

Das wertmäßige Volumen der Auftrags-eingänge des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im Dezember 2010 ein Niveau von 139,6 Mill. EUR. Der Auftragseingang zeigte mit –20,2 % zum Vorjahresmonat eine stark negative Entwicklung. Im gesamten Ein-Jahres-Vergleich gab es demgegenüber eine Veränderung „nur“ um –6,2 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente war demzufolge leicht fallend. Die Anzahl der Baugenehmigungen entwickelte sich positiv, +11,7 % im Vergleich zum Vorjahresmonat und beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume +2,5 % – der Trend ist leicht fallend. Beim baugewerblichen Umsatz scheint sich die seit dem Jahr 1995 – dem Beginn der Aufzeichnungen – fallende Tendenz fortzusetzen. Die Trend-Konjunktur-Komponente fällt nach einer Beruhigungsphase von 2005 bis 2009 wieder leicht ab. Der baugewerbliche Umsatz lag um –18,1 % unter dem Wert vom Dezember 2009. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergibt sich ein Wert von –7,0 %. Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend weiter – wenn auch sehr abgeschwächt – fort. Im Dezember 2010 gab es in diesem Wirtschaftszweig 16 204 Beschäftigte, 1,8 %

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



mehr als im Dezember 2009 – der Trend des letzten Jahres war etwa gleich bleibend. Die im Dezember 2010 berichtspflichtigen 326 Betriebe – 11 Betriebe mehr gegenüber dem Dezember 2009 – erreichten einen Gesamtumsatz von 188,6 Mill. EUR (baugewerblicher Umsatz: 186,0 Mill. EUR).

Im Brandenburger **Einzelhandel** erfolgte Mitte des Jahres 2010 ein methodischer Wechsel – es wurde ein Drittel der Unternehmen in der Stichprobe ausgetauscht. Eine Rückrechnung ist bis zum Januar 2009 erfolgt. Dadurch wird eine „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes ergab ein Minus von 1,3 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum –3,1 %. Die Beschäftigungsentwicklung im Dezember 2010 zeigte dagegen eine leicht positive Entwicklung. So stieg im Durchschnitt die Messzahl der Beschäftigten um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat (Vollbeschäftigte: –0,7 %, Teilzeitbeschäftigte +2,5 %). Die Zahl der Beschäftigten lag im Jahr 2010 um 0,8 % niedriger als vor einem Jahr, dabei waren die in Teilzeit Beschäftigten mit einem Rückgang von 1,3 % stärker betroffen als die in Vollbeschäftigung (–0,2 %). Innerhalb des letzten Jahres blieben die Trend-Konjunktur-Komponenten des nominalen und des realen Umsatzes sowie der Beschäftigten fast konstant.

Im **Großhandel** des Landes Brandenburg erfolgte der gleiche methodische Wechsel wie beim Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes ergab ein Plus von 8,8 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +2,6 %, und die Beschäftigten-Kennziffer stieg um 3,6 %. Der Trend aller drei Merkmale im Zeitraum des letzten Jahres war dann ebenfalls steigend, der des nominalen Umsatzes besonders stark.

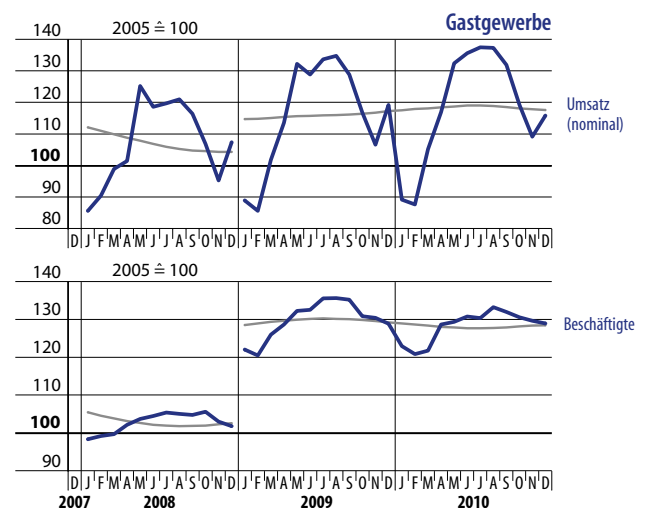
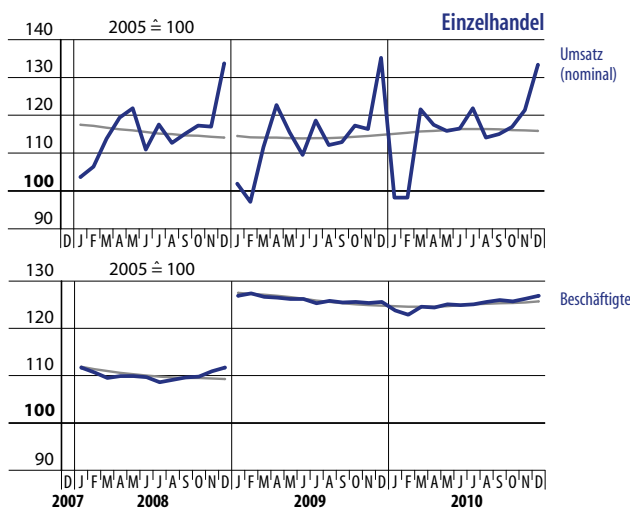
Im **Gastgewerbe** wurde, ebenso wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. Im Vergleich der 12-Monats-Zeiträume nahm die Messzahl des nominalen Umsatzes um 1,9 % zu, die des realen Umsatzes um 0,8 % ab und die der Beschäftigten um 1,2 % ab. Von diesem Rückgang waren beide Beschäftigungsarten (Voll- und Teilzeit) betroffen. Der Trend aller drei Merkmale im Zeitraum des letzten Jahres: nominaler Umsatz – steigend; Beschäftigte – leicht steigend und realer Umsatz – leicht fallend.

Die Erhebung zum Brandenburger **Tourismus** wurde im Januar 2009 auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt, was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse kaum beeinflusste. Im Dezember 2010 erreichte die Zahl der Gästeübernachtungen 528,8 Tsd.; gegenüber dem Dezember 2009 waren es 10,8 Tsd. Übernachtungen oder 2,1 % mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von 4,3 %. Die Zahl der Gästeankünfte stieg im aktuellen Ein-Monatsvergleich zum Vorjahresmonat um 5,8 %. Im laufenden 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Gästeankünften mit +4,8 % die positive Entwicklung ebenfalls fort. Im Durchschnitt entfielen im Dezember 2010 auf jeden Gast 2,6 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,7 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt war bei den Gästeankünften und bei den Übernachtungen eine langfristig leicht steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar.

Im Brandenburger **Außenhandel** wurde im Zeitraum von Mitte des Jahres 2008 bis zur Mitte des Jahres 2009 eine stark negative Entwicklung bewältigt, die beide Merkmale etwa auf das Niveau von 2007 zurückwarf. Seit Mitte des Jahres 2009 stiegen die Import- und Export-Trend-Konjunktur-Komponenten wieder stark an.

Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im Dezember 1 069,6 Mill. EUR und lag damit um 18,1 % über dem Ergebnis des Dezember 2009. Beim Vergleich der letzten Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 13,9 %. In die Staaten der Europäischen Union wurden 69,1 % der gesamten Ausfuhr des Dezember 2010 exportiert, mit 469,9 Mill. EUR 17,1 % mehr als im Dezember 2009, beim Vergleich der letzten Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 21,4 %. Insgesamt wurden im Zeitraum des laufenden Jahres – von Januar bis Dezember 2010 – Waren im Wert von 12,2 Mrd. EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 1 245,0 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate um +23,6 % gegenüber dem Dezember 2009 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum wurden Waren im Wert von 14,5 Mrd. EUR nach Brandenburg importiert, das waren gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres +25,3 %. Der Trend der letzten 12 Monate ist bei der Ein-, der Aus- und der Ausfuhr nach der EU sehr stark steigend. Beim Import und Export wurde das Vor-Krisen-Niveau seit etwa März bzw. Mai 2010 wieder überschritten. Betont sei auch, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Brandenburg bestimmt sind.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Dezember 2010 wurden 409 Gewerbe mehr ab- als angemeldet. Gegenüber dem Dezember 2009 (226 mehr Ab- als Anmeldungen) waren es – bei einer Differenz vom –183 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen +81,0 % und im Ein-Jahres-Vergleich dann



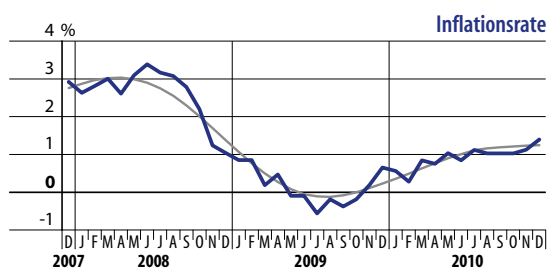
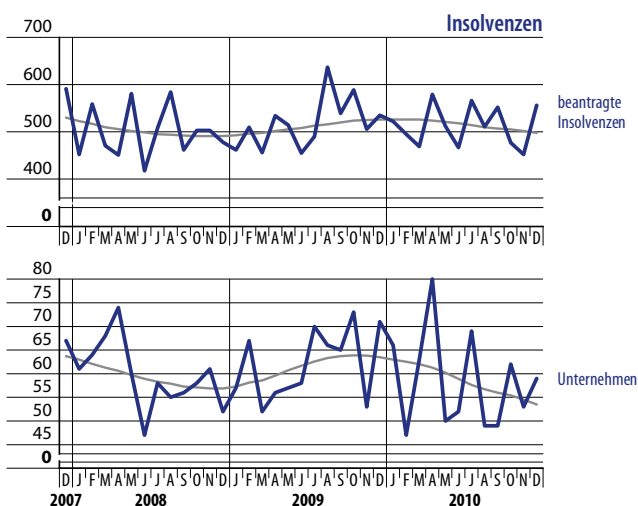
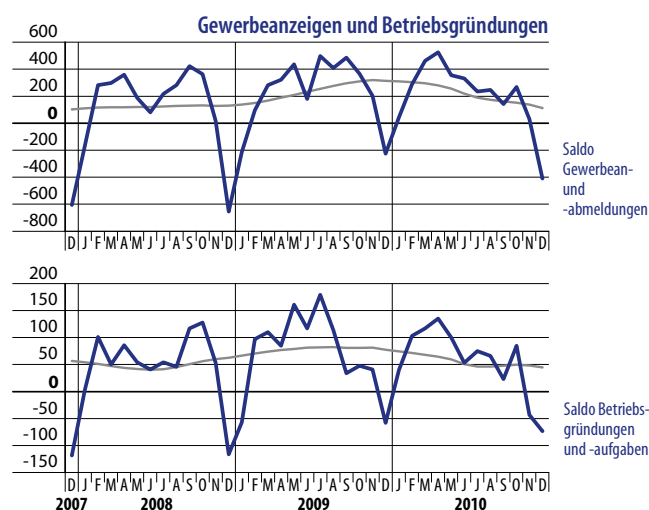
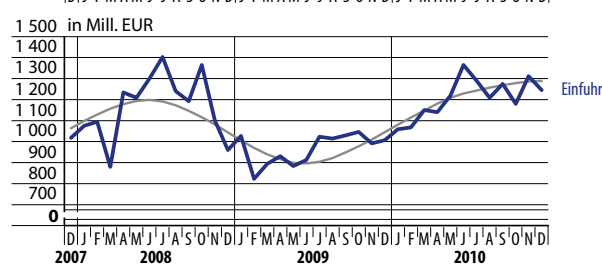
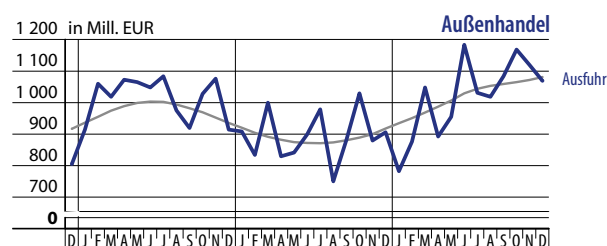
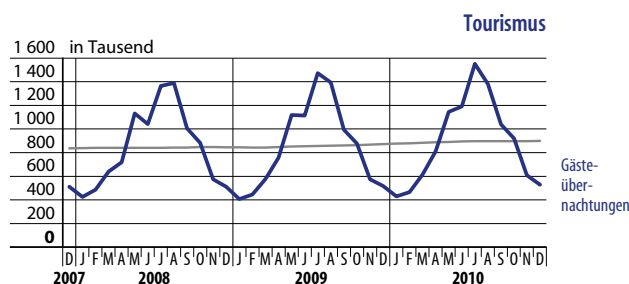
–11,4 %. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Dezember 2010 auf 73 Abmeldungen mehr gegenüber den Anmeldungen und damit zu einem Plus von 25,9 % zum Dezember 2009 (58 Abmeldungen mehr als Anmeldungen). Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich bei den Betrieben –21,8 %. Der Trend innerhalb des letzten Jahres muss bei beiden Kennziffern als sehr stark fallend eingeschätzt werden, es ist allerdings eine ausgeprägte saisonale Abhängigkeit – mit besonders vielen Abmeldungen zum Jahreswechsel – vorhanden.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen – bei insgesamt stark schwankenden monatlichen Werten – eine leicht bzw. stärker fallende Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren wurden insgesamt 556 Verfahren genannt, das sind gegenüber dem Dezember des Vorjahres +3,9 %. Längerfristig wurden im Durchschnitt – allerdings bei einer großen Streuung – monatlich etwas über 500 Verfahren beantragt. Im 12-Monats-Zeitraum (gesamtes Jahr 2010) waren es dann –1,1 % zum vorherigen Vergleichszeitraum (Jahr 2009). Eindeutig werden die beantragten

Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren im Mittel bei etwas unter 60 Insolvenzen pro Monat, von ehemals über 120 (im Jahr 2000 bis 2003), angelangt. Der Trend war nach einem kleinen „Zwischenhoch“ vom September 2009 dann seit dem Januar 2010 wieder fallend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 59 Fälle, das entspricht –16,9 % zum Dezember 2009. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume der Regelinsolvenzen der Unternehmen ergaben sich –6,2 %. Der Trend im letzten Jahr war bei den gesamten Insolvenzen leicht fallend und bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen stärker fallend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft wurden, erfasst, lag im Monat Dezember 2010 bei 109,0. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Dezember 2009 und dem Dezember 2010, ergab sich damit ein Wert von +1,4 %, im November 2010: +1,1 %. Während die Preise für Energie und Nahrungsmittel überdurchschnittlich stiegen, verringerten sie sich bei Bekleidung und Schuhen. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate stieg seit dem September 2009 leicht und fast linear an – seit dem August 2010 verläuft sie fast waagrecht.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick **Dezember 2010****Berlin**

(Basis: Originalwerte, Stand vom 15. März 2011)

Merkmal	Einheit	Dezember 2010		Januar 2010 bis Dezember 2010		Dezember 2010
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
			%		%	
Frühe Indikatoren →						
Verbraucherpreisindex						
Gesamtindex.....	2005 ± 100	109,4	1,7	107,9	1,3	↗
Auftragseingang						
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1 2}	2005 ± 100	108,7	– 7,6	109,2	7,9	↗
Bauhauptgewerbe.....	Mill. EUR	127,2	– 12,4	142,0	33,9	↘
Baugenehmigungen	Anzahl	126	0,8	150,3	6,2	↘
Gegenwärtige Indikatoren ↗						
Umsatz						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	2 119,0	16,3	1 838,8	3,2	↗
Stromerzeugung (brutto)	GWh	1 115,1	3,2	726,6	37,7	→
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³ ..	Mill. EUR	175,9	– 2,0	150,4	13,5	↑
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	132,8	0,7	104,6	1,4	↗
Einzelhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	131,1	– 0,3	103,1	1,1	→
Großhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	133,3	5,3	124,4	4,7	↑
Großhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	123,0	– 1,9	117,4	– 1,3	↗
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	114,5	1,1	115,9	1,8	↗
Gastgewerbe - real ⁴	2005 ± 100	104,2	– 1,7	105,5	– 1,4	↘
Gästeankünfte	1 000	648,0	0,4	754,3	9,5	↗
Gästeübernachtungen	1 000	1 387,2	– 2,8	1 732,9	10,2	↗
Außenhandel						
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. EUR	964,7	6,1	1 024,9	17,6	↑
davon nach EU	Mill. EUR	427,6	6,2	471,0	16,9	↑
Einfuhr (Generalhandel)	Mill. EUR	861,3	23,3	806,6	16,2	↑
Produktion (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹						
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten)	EUR	26 832	12,4	23 743,8	3,5	↗
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer	EUR	3914	2,6	3 851,3	2,3	↗
Späte Indikatoren ↑						
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen						
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen	Anzahl	115	– 72,9	1 306,2	41,2	↗
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben	Anzahl	94	11,9	150,3	39,0	↑
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	649	– 15,9	659,2	2,1	→
davon Unternehmen.....	Anzahl	129	– 11,0	130,7	4,6	→
Beschäftigte						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1 000	79,0	3,5	77,4	– 0,0	↗
Bauhauptgewerbe ³	1 000	10,9	3,7	10,3	11,8	↗
Einzelhandel ⁴	2005 ± 100	118,1	0,4	115,8	– 1,2	→
Großhandel ⁴	2005 ± 100	137,2	5,4	132,6	– 0,8	↗
Gastgewerbe ⁴	2005 ± 100	112,2	– 4,8	113,3	– 4,3	↘
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose	Anzahl	218 697	– 3,8	231 485	– 2,3	↘
Arbeitslosenquote (aller ziviler Erwerbspersonen)	%	12,8	– 5,2	13,6	– 3,4	↘
offene Stellen	Anzahl	11 086	29,9	9 973,1	x	↑

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen
20 und mehr Beschäftigten; monatlicher Berichtskreis

4 vorläufig

Legende Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Brandenburg

(Basis: Originalwerte, Stand vom 10. März 2011)

Merkmal	Einheit	Dezember 2010		Januar 2010 bis Dezember 2010		Dezember 2010					
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat					
			%		%						
Frühe Indikatoren ↗											
Verbraucherpreisindex											
Gesamtindex.....	2005 ± 100	109,0	1,4	107,8	0,9	↗					
Auftragseingang											
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1 2}	2005 ± 100	171,0	47,9	150,3	10,9	↑					
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	139,6	- 20,2	145,1	- 6,2	↘					
Baugenehmigungen.....	Anzahl	495	11,7	583,7	2,5	↘					
Gegenwärtige Indikatoren ↗											
Umsatz											
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹ Mill. EUR							1 693,4	10,5	1 662,2	12,9	↑
Stromerzeugung (brutto)..... GWh							3 387,6	- 2,3	3 035,6	4,9	↓
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³ ... Mill. EUR							186,0	- 18,1	173,2	- 7,0	↘
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴ 2005 ± 100							133,4	- 1,3	115,9	1,4	→
Einzelhandel - Umsatz real ⁴ 2005 ± 100							128,4	- 3,1	111,5	0,5	→
Großhandel - Umsatz nominal ⁴ 2005 ± 100							127,0	7,6	123,5	8,8	↑
Großhandel - Umsatz real ⁴ 2005 ± 100							109,2	- 0,5	108,6	2,6	↘
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴ 2005 ± 100							116,0	- 2,9	118,3	1,9	→
Gastgewerbe - Umsatz real ⁴ 2005 ± 100							105,8	- 5,1	108,1	- 0,8	↘
Gästekünfte..... 1 000							205,9	5,8	323,6	4,8	↗
Gästeübernachtungen..... 1 000							528,8	2,1	890,9	4,3	↗
Außenhandel											
Ausfuhr (Spezialhandel)..... Mill. EUR							1 069,6	18,1	1 019,0	13,9	↑
davon nach EU..... Mill. EUR							469,9	17,1	440,4	21,4	↑
Einfuhr (Generalhandel)..... Mill. EUR							1 245,0	23,6	1 209,3	25,3	↑
Produktion (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹											
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten)..... EUR							22 895	7,9	22 732,3	12,7	↗
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer..... EUR							2 756	4,3	2 752,3	3,8	↗
Späte Indikatoren ↓											
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen											
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen Anzahl							- 409	81,0	209,7	- 11,4	↓
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben..... Anzahl							- 73	25,9	56,8	- 21,8	↓
Insolvenzen gesamt..... Anzahl							556	3,9	513,2	- 1,1	↘
davon Unternehmen..... Anzahl							59	- 16,9	58,3	- 6,2	↓
Beschäftigte											
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹ 1 000							74,0	2,4	73,1	0,1	↗
Bauhauptgewerbe ³ 1 000							16,2	1,8	15,8	- 0,2	→
Einzelhandel ⁴ 2005 ± 100							126,9	1,1	125,1	- 0,8	→
Großhandel ⁴ 2005 ± 100							149,9	15,9	133,5	3,6	↗
Gastgewerbe ⁴ 2005 ± 100							129,1	0,1	128,4	- 1,2	→
Arbeitsmarkt											
Arbeitslose..... Anzahl							141 365	- 6,6	149 186	- 9,8	↘
Arbeitslosenquote (aller ziviler Erwerbspersonen)..... %							10,6	- 6,2	11,2	- 9,7	↘
offene Stellen..... Anzahl							7 732	19,0	8 588,3	21,6	↑

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen
20 und mehr Beschäftigten; Monatsberichts-kreis

4 vorläufig

Legende Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Zensus 2011

Start Zensus 2011 – die moderne Volkszählung mit Stichtag 9. Mai 2011

Im Mai startet in Deutschland eine Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung, der Zensus 2011. Die letzten Zählungen haben im Jahr 1987 in den alten Bundesländern und 1981 in der DDR stattgefunden. Der Zensus hat eine zweifache Zielsetzung: Zum einen wird die amtliche Bevölkerungszahl zum Stichtag 9. Mai 2011 festgestellt, zum anderen werden Daten über die Bevölkerungsstruktur, die Haushaltszusammenhänge sowie der Gebäude- und Wohnungsbestand bundesweit flächendeckend ermittelt.

Der Zensus 2011 wird erstmals registergestützt durchgeführt und kann somit als „moderne Volkszählung“ bezeichnet werden. Anstatt wie früher alle Bürgerinnen und Bürger direkt zu befragen, wird – soweit möglich – auf vorhandene Verwaltungsdaten, insbesondere die Melderegister der Gemeinden, zurückgegriffen. Zur Ermittlung der Daten, für die keine Register in Deutschland existieren, wie z. B. zu Gebäuden und Wohnungen, zum Bildungsstand und zum Erwerbsstatus, aber auch um eine hohe Qualität der amtlichen Einwohnerzahlen sicherzustellen, sind Befragungen bei bundesweit rund 10 % der Bürgerinnen und Bürger notwendig.

Die zwei wesentlichen statistischen Erhebungen im Rahmen des Zensus 2011 sind zum einen die Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) und zum anderen die Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis.

Gebäude- und Wohnungszählung

Im Rahmen der GWZ wurde Ende 2010 eine Vorerhebung zur Klärung der Auskunftspflicht durchgeführt. Sie diente der Überprüfung, Aktualisierung und Bestätigung der Eigentumsverhältnisse, an welche die Auskunftspflicht geknüpft ist. In Berlin wurden ca. 170 000 Eigentümerinnen und Eigentümer angeschrieben, in Brandenburg ca. 660 000. Sie erhielten die Fragebogen auf postalischem Wege und hatten die Möglichkeit, die Auskünfte entweder in Papierform – mittels beigefügter Rücksendeumschläge – oder online zu erteilen. Die Online-Anmeldung erfolgte über die Fragebogennummer und einen Aktivierungscode.

Der Rücklauf belief sich insgesamt auf 70 % für Berlin und auf 76 % für Brandenburg. Das ist für eine Statistik, die zwar mit Auskunftspflicht, aber ohne Erinnerungen oder Mahnungen durchgeführt wurde, relativ viel.

Im Mai 2011 findet die Haupterhebung zur GWZ statt. Erfragt werden Angaben zu Art, Größe und Baujahr des Gebäudes sowie zur Heizungsart. Zu den Wohnungen werden Informationen über die Größe

und Ausstattung sowie zu den Eigentums- und Nutzungsverhältnissen erhoben. Auch hierzu erhalten die Eigentümerinnen und Eigentümer einen Fragebogen, der postalisch oder online beantwortet werden kann. Die Auskünfte müssen innerhalb von 14 Tagen erteilt werden (4. Umschlagseite).

Haushaltebefragung und Beginn der Befragung durch die Erhebungsbeauftragten

Die größte statistische Erhebung bei den Bürgerinnen und Bürgern ist die Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis bei bundesdurchschnittlich knapp 10 % der Bevölkerung. Es werden Fragen zur Person, zur Hauptwohnung, zu einer möglichen Zuwanderung aus dem Ausland, zur Ausbildung und zur Erwerbstätigkeit gestellt (4. Umschlagseite).

Die Stichprobe dient zwei Zwecken. Zum einen werden mit ihr die aus den Einwohnerregistern übernommenen Bevölkerungszahlen korrigiert, so dass eine möglichst genaue amtliche Einwohnerzahl ermittelt werden kann. Zu diesem Zweck muss die Stichprobe für alle mittleren und großen Gemeinden (für die kleinen gelten besondere Regelungen) repräsentativ sein. Stichprobentheoretisch kann die Auswahl umso kleiner sein, je größer die Gemeinde ist.

Zum anderen werden die genannten zusätzlichen Merkmale erhoben, die nicht den Registern entnommen werden können.

Zur Erreichung dieser beiden Ziele ist eine regional sehr differenziert gestaltete Stichprobe erforderlich, die in einem wissenschaftlichen Projekt erarbeitet wurde. Aufgrund der sehr verschiedenen Gegebenheiten in den Ländern Berlin und Brandenburg (eine Großstadt mit zwölf Bezirken einerseits und 400 oft kleine Gemeinden andererseits) ist der Stichprobenanteil für Berlin auf 4 % und für Brandenburg auf 12 % festgesetzt worden.

In Berlin werden damit knapp 130 000 Personen befragt, in Brandenburg werden es etwa 300 000 Personen sein.

Bereits in der ersten Mai-Woche kündigen sich Erhebungsbeauftragte (Interviewer) an den ausgewählten Anschriften mittels Terminankündigungskarte – verbunden mit Informationen über den Zensus 2011 – zu einem konkreten Befragungstermin an. Wenn ein Haushalt keine Befragung durch den Interviewer wünscht, besteht die Möglichkeit, den Fragebogen selbst auszufüllen und an die Erhebungsstelle zu übersenden oder die Fragen mit Hilfe der im Fragebogen vorhandenen Kennung mit einem sicheren

Gesetzgebung

Am 16. Juli 2009 war bundesweit das Gesetz über den registrierten Zensus im Jahr 2011 (BGBl. I S. 1781) in Kraft getreten. Darin sind u. a. die Durchführung der Erhebung, die Auskunftspflicht, die Merkmale, die über den Pflichtkatalog der EU hinaus zu erheben sind, sowie die Details zum Zusammenführen, Speichern und Löschen der Daten geregelt.

Die Stichprobenverordnung Zensusgesetz 2011 (BGBl. I S. 830) ist im Juni 2010 in Kraft getreten. In ihr sind der bundesweite Stichprobenumfang und die Verteilung auf die Bundesländer festgelegt worden. Demnach beträgt der Stichprobenumfang in Berlin 4 % und in Brandenburg 12 %. Der hohe Anteil für Brandenburg ist notwendig, um valide Ergebnisse auch für die vielen kleinen Gemeinden zu erzielen, wohingegen für die zwölf Berliner Bezirke (faktisch für sich jeweils Großstädte) der kleine Anteil hinreichend ist.

Neben den europäischen und bundesweit geltenden Gesetzen liegt dem Zensus 2011 auch eine Landesgesetzgebung zugrunde, denn die für die Durchführung des Zensus 2011 notwendigen Regelungen zur Organisation und zum Verwaltungsverfahren hat der Bund weitgehend den Ländern überlassen.

Die Durchführung des Zensus 2011 im Land Berlin regelt das am 1. Dezember 2010 vom Abgeordnetenhaus von Berlin beschlossene Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 im Land Berlin (GVBl. S. 536). Die Durchführung des Zensus 2011 im Land Brandenburg regelt das am 22. September 2010 vom Landtag Brandenburg beschlossene Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 im Land Brandenburg (GVBl. I/10 Nr. 29, S. 1). Beide Landesgesetze enthalten Vorgaben für die Einrichtung und Aufgaben der örtlichen Erhebungsstellen.

Rückfragen zur Hauptwohnung

Für den Zensus 2011 werden von den Melderegistern an die amtliche Statistik Daten übermittelt, die Inkonsistenzen aufweisen können. Es ist nicht auszuschließen, dass Personen in mehreren Gemeinden gleichzeitig mit Hauptwohnung gemeldet oder ausschließlich mit Nebenwohnung registriert sind. Diese Fälle müssen – ohne Einschaltung der Meldestellen – geklärt werden, um zu einer zuverlässigen Einwohnerzahl zu kommen.

In Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern werden die Fälle mit mehreren Hauptwohnungen maschinell anhand der Einzugsdaten bereinigt. Die nur mit Nebenwohnung gemeldeten Personen werden angeschrieben und um Angabe der Hauptwohnung gebeten. In Gemeinden unter 10 000 Einwohnern werden sowohl die Personen mit mehreren Hauptwohnungen als auch die nur mit Nebenwohnung gemeldeten Personen angeschrieben. In Berlin werden es ca. 10 000 Anschreiben sein, in Brandenburg ca. 18 000 Anschreiben. Der Versand der Fragebogen erfolgt sukzessive in der zweiten Jahreshälfte 2011.

Sollte trotz Erinnerung keine Rückmeldung erfolgen, ist eine Klärung vor Ort durch Nachfrage bei den betroffenen Personen erforderlich. In Berlin rechnet das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mit maximal 1 000 Fällen. In Brandenburg ist mit rund 2 000 Fällen zu rechnen. Diese Nachfragen vor Ort werden Ende 2011 beginnen und in Einzelfällen auch noch Anfang 2012 durchgeführt werden.

Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten

Unstimmigkeiten an Anschriften mit nur einer bewohnten Wohnung (i. d. R. Einfamilienhäuser) in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern müssen durch Befragung geklärt und bereinigt werden. Unstimmigkeiten treten beispielsweise dann auf, wenn Personen anhand ihrer Meldedaten keiner Wohnung zugeordnet werden können oder wenn die Zahl der Personen an der Anschrift nach Angaben der Gebäude- und Wohnungszählung größer ist als in den Meldedaten. Zur Klärung erfolgt eine Befragung aller an den betroffenen Anschriften wohnhaften Personen. Für Brandenburg wird mit etwa 2 600 Befragungen gerechnet.

Wiederholungsbefragung zur Qualitätskontrolle der amtlichen Einwohnerzahl

Die Wiederholungsbefragung dient der Qualitätskontrolle der Haushaltebefragung, und zwar bezüglich der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl. 5 % der Adressen der Haushaltebefragung werden nach Abschluss der Erhebung von einem anderen Erhebungsbeauftragten, der direkt durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg beauftragt wurde, erneut aufgesucht. Die Auswahl der Adressen für die Wiederholungsbefragung erfolgt zufällig. In Berlin sind rund 6 500, in Brandenburg etwa 15 000 Personen betroffen. Die Fragen beschränken sich auf Angaben zur Person und zum Wohnsitz, da die Qualität der amtlichen Einwohnerzahl abgesichert werden soll (4. Umschlagseite).

Die Ergebnisse des Zensus 2011

Nach erfolgreichem Abschluss aller Erhebungen sowie umfangreicher Prüfung und Zusammenführung der an die Statistischen Ämter der Länder für den Zensus 2011 übermittelten Registerdaten, werden im November 2012 die amtlichen Einwohnerzahlen, ausgewählte Stichprobenergebnisse sowie die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung bekannt gegeben.

Sechs Monate später, voraussichtlich im Mai 2013 werden die teilweise auf Hochrechnungen der Haushaltebefragung beruhenden Auswertungen zu den soziodemographischen Merkmalen veröffentlicht. Dabei handelt es sich um Angaben zur Erwerbstätigkeit sowie um vielfältige Kombinationsauswertungen wie beispielsweise der Bildungsstand, untersucht nach dem Migrationshintergrund oder die Wohnsituation, untersucht nach dem Haushaltstyp.

Methodik des Zensus

Bei der modernen Volkszählung – dem Zensus 2011 – wird, anders als 1987 in der Bundesrepublik Deutschland bzw. 1981 in der DDR, eine gemischte Methode angewandt, bei der sowohl mehrere Datenquellen als auch eine Verknüpfung von Vollerhebungen mit Stichproben zum Einsatz kommen.

Der technische Fortschritt ermöglicht heute die Nutzung von Daten, die in Registern der Verwaltung bereits vorhanden sind. Aufgrund der Meldepflicht stehen in allen Kommunen Melderegister zur Verfügung, die vergleichbare Informationen enthalten. Darüber hinaus verfügt die Bundesagentur für Arbeit über Informationen zu allen sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten sowie zu allen arbeitslos oder arbeitssuchend gemeldeten Menschen.

Diese Verwaltungsdaten enthalten jedoch keine Informationen zur Bildung oder zum Migrationshintergrund; auch Angaben zur Erwerbstätigkeit lassen sich für bestimmte Gruppen (z.B. für Selbstständige) nicht in Registern finden. Für Gebäude und Wohnungen gibt es in Deutschland flächendeckend überhaupt keine Verwaltungsregister. Deshalb werden beim Zensus 2011 als gesonderte Erhebungsteile ergänzend die Gebäude- und Wohnungszählung, die Haushaltebefragung und die Befragung in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften durchgeführt. Bei letzteren weisen die Melderegisterdaten zu den dort lebenden Personen oft erhebliche Ungenauigkeiten auf; eine Verbesserung des Erfassungsgrades der Daten über Stichprobenerhebungen ist hier nicht möglich.

Schließlich besteht eine besondere Herausforderung in der Verknüpfung der einzelnen Datenquellen. Für sich genommen kann mit den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung etwa die Frage nach der Zahl der Wohnungen und ihrer Größe beantwortet werden. Aus den Melderegisterdaten lassen sich Aussagen zur Zahl der Kinder im Kindergartenalter treffen. Aber der Zensus 2011 muss auch beantworten können, welche Wohnfläche beispielsweise Familien mit drei und mehr Kindern oder Alleinlebenden im Durchschnitt zur Verfügung steht. Diese Haushaltszusammenhänge müssen in einem gesonderten Verfahren – der sogenannten Haushaltgenerierung – aus den einzelnen Erhebungsteilen gebildet werden.

Im Folgenden sollen die wichtigsten Aspekte der neuen Zensusmethode erläutert werden.

Die im Zensus 2011 angewandte Methode wurde im Zensus test in den Jahren 2001 bis 2003 vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der

Länder zunächst erprobt. Dieser Test hat zum einen nachgewiesen, dass ein registergestützter Zensus in Deutschland möglich ist, zum anderen hat er gezeigt, an welchen Stellen die Ergebnisse durch Befragungen ergänzt werden müssen.

Beim Zensus test stellte sich heraus, dass die Melderegister in Gemeinden unter 10 000 Einwohner relativ genau waren. Da in größeren Städten dagegen die Menschen häufiger umziehen, sowohl innerhalb der Stadt als auch über die Stadtgrenzen hinweg, wurde dort eine größere Ungenauigkeit der Melderegister festgestellt. Deswegen werden nun beim Zensus 2011 in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern die Einwohnerzahlen der Melderegister mit einem Korrekturfaktor versehen, der aus den Ergebnissen der ergänzenden Haushaltebefragung berechnet werden wird.

Ebenfalls konnte mit dem Zensus test gezeigt werden, dass Angaben zu Gebäuden und Wohnungen bei den Eigentümerinnen und Eigentümern effizient abgefragt werden können. Durch die neu gewählte Vorgehensweise, nämlich nur Eigentümerinnen und Eigentümer zu befragen, ergeben sich insgesamt wesentlich weniger Befragte als früher, als noch alle Bewohnerinnen und Bewohner, unabhängig davon, ob sie Eigentümer oder Mieter waren, befragt wurden. Außerdem zeigte der Zensus test, dass aus der Kombination von Melderegisterinformationen und den Angaben der Eigentümer von Wohnraum durch statistische Methoden weitere wichtige Informationen über Wohnhaushalte abgeleitet werden können (Haushaltegenerierung).

Das Anschriften- und Gebäuderegister bildet die Grundlage

Um die einzelnen Erhebungsteile des Zensus 2011 – Auswertungen von Registerdaten, die Haushaltebefragung, die Gebäude- und Wohnungszählung wie auch die Befragung in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften – zu organisieren, benötigt man in einem allerersten Schritt ein Verzeichnis, das als Basis für alle anderen Erhebungsteile dient. Beim Zensus ist dies das Anschriften- und Gebäuderegister (AGR).

Das AGR bietet zum einen Überblick über alle Anschriften, an denen es in Deutschland Wohnraum gibt, und bildet zum anderen die statistische Grundgesamtheit, aus der die Stichprobe für die Haushaltebefragung gezogen werden kann.

Zum Aufbau des Anschriften- und Gebäuderegisters erhalten die Statistischen Ämter seit April 2008

Daten von der Vermessungsverwaltung, den Meldebehörden und von der Bundesagentur für Arbeit in dem im Zensusgesetz für diesen Zweck festgelegten Umfang (Übermittlung von Registerdaten). Allein bei den Auszügen aus den Melderegistern sind dies etwa 88 Millionen Datensätze. Diese Daten werden unter strengster Wahrung von Datenschutz und Datensicherheit im abgeschotteten, gesicherten Bereich des Statistischen Bundesamtes zusammengefasst. Schließlich ermitteln die Statistischen Ämter der Länder seit April 2009 die Namen und Anschriften der Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnraum, damit diese später den Fragebogen der Gebäude- und Wohnungszählung zugeschickt bekommen können. Diese Angaben werden ebenfalls im Anschriften- und Gebäuderegister gespeichert. Aus dem Anschriften- und Gebäuderegister werden ausdrücklich keine Angaben veröffentlicht und es werden auch keinerlei statistische Ergebnisse aus diesem Register erstellt. Es dient ausschließlich als Basisverzeichnis zu innerstatistisch organisatorischen Zwecken. Das gesamte Anschriften- und Gebäuderegister wird spätestens am 9. Mai 2017 aufgelöst.

Register als Basis für die Zensusergebnisse

Da die möglichst exakte Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen eine zentrale Aufgabe des Zensus 2011 ist, kommt den aus den Melderegistern übermittelten Angaben eine wichtige Aufgabe zu. Für die mehr als 11 000 Gemeinden in Deutschland werden etwa 5 200 Melderegister geführt. Insgesamt werden aus ihnen etwa 88 Millionen Datensätze (Haupt- und Nebenwohnsitze) gewonnen.

Die Auszüge der Melderegister werden quasi als Kopien einer Momentaufnahme zunächst an die Statistischen Ämter der Länder und von dort an das Statistische Bundesamt übermittelt, wo sie im abgeschotteten, gesicherten Bereich der Statistik bundesweit zusammengespielt werden. Es erfolgt dann eine Dubletten- und Mehrfachfallprüfung. Im Rahmen dieses Verfahrens prüft das Statistische Bundesamt anhand der von den Meldebehörden übermittelten Daten, ob Personen für mehr als eine alleinige Wohnung oder für mehr als eine Hauptwohnung (Dubletten) oder nur für Nebenwohnungen gemeldet sind. Wichtig an dieser Stelle: Wie alle erhobenen Daten

werden auch die Ergebnisse dieser Prüfungen ausschließlich für den Zensus genutzt! Wie es das Rückspielverbot vorschreibt, werden sie weder an die Melderegister zurück übermittelt noch an andere Behörden weitergeleitet.

Mit dem Zensus 2011 möchte man auch Informationen über die Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben und – bei den Erwerbstätigen – einige Angaben zum ausgeübten Beruf gewinnen. Ein Teil dieses so genannten erwerbsstatistischen Gesamtbildes kann aus vorhandenen Registern entnommen werden. Bei der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg sind sowohl alle etwa 27 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als auch die Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld sowie Arbeitssuchende registriert.

Die Register der Bundesagentur für Arbeit liefern einen großen Teil der Informationen zur Erwerbstätigkeit, aber längst nicht alle. Denn Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten sowie Selbstständige gehören nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Informationen zur Erwerbstätigkeit dieser Berufsgruppen müssen demnach auf andere Art und Weise erhoben werden. Deshalb werden weitere Angaben ergänzend mit der Haushaltebefragung erhoben und zusätzlich für Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern sowie Soldatinnen und Soldaten Angaben der öffentlichen Arbeitgeber in den Zensus 2011 übernommen.

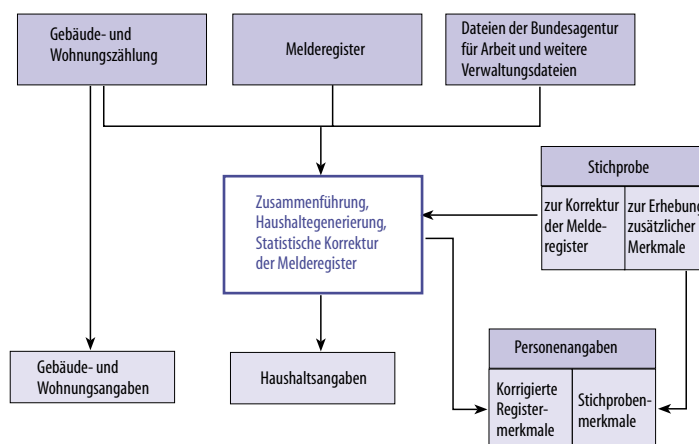
Trotz dieser Registerinformationen sind einige ergänzende Befragungen notwendig, dazu im Folgenden mehr.

Die Gebäude- und Wohnungszählung erfolgt postalisch

Zu Gebäuden mit Wohnraum haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder keine verlässlichen Grunddaten. An einer Vollerhebung führt daher kein Weg vorbei: Bei früheren Zählungen wurden alle Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnungen befragt, unabhängig davon, ob sie Eigentümer der Wohnung oder Mieter waren. Um die Bevölkerung für die Gebäude- und Wohnungszählung beim Zensus 2011 weniger zu belasten, hat man sich in Deutschland dafür entschieden, jetzt die Eigentümerinnen und Eigentümer zu befragen. Hierzu gehören auch Wohnungsunternehmen, die für ihren gesamten Wohnungsbestand Auskunft geben müssen.

Stichtag der Gebäude- und Wohnungszählung ist der 9. Mai 2011. Ab Anfang Mai 2011 werden alle 17,5 Millionen Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnraum angeschrieben. Eine Ausnahme bilden die Wohnungsunternehmen, die sich am Online-Verfahren beteiligen.

Modell des registergestützten Zensus



Die Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis

Etwa jeder zehnte Einwohner Deutschlands wird im Rahmen der Haushaltebefragung interviewt werden. Das Statistische Bundesamt wählt dafür nach einem mathematischen Zufallsverfahren Anschriften aus. Alle an diesen Anschriften lebenden Personen werden in die Haushaltebefragung einbezogen. Ab dem 9. Mai 2011 werden an diesen Anschriften Interviewerinnen und Interviewer bei allen Bewohnerinnen und Bewohnern der ausgewählten Anschriften vorsprechen, um die Befragung durchzuführen. Selbstverständlich wird es auch möglich sein, den Fragebogen selbst auszufüllen und zurückzusenden oder die Fragen online zu beantworten.

Ziel 1:

Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen – statistische Korrektur von Melderegisterabweichungen

Der Zensustest aus den Jahren 2001 bis 2003 hat ergeben, dass es Ungenauigkeiten in den Melderegistern insbesondere in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern gibt, da die dort lebende Bevölkerung öfter umzieht als in kleineren Gemeinden. Daher reichen in größeren Gemeinden die Melderegister als alleinige Datenquelle für die Bestimmung der amtlichen Einwohnerzahlen nicht aus.

Das erste Ziel der Haushaltebefragung ist deshalb, für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern festzustellen, wie viele Menschen dort gemeldet sind, ohne dort zu wohnen (sogenannte Karteileichen) beziehungsweise wie viele Menschen in der Gemeinde wohnen, aber zum Zensusstichtag (noch) nicht gemeldet sind (sogenannte Fehlbestände).

Anhand dieser Erkenntnisse wird dann die zunächst mithilfe der Auszüge aus den Melderegistern „ermittelte Einwohnerzahl“ in der Statistik nach oben oder unten angepasst. Mit der Hochrechnung der Karteileichen- und Fehlbestände, die bei der Haushaltebefragung festgestellt werden, wird die aus den Daten der Melderegister gewonnene Einwohnerzahl der Gemeinde entsprechend nach oben oder unten angepasst. Dabei geht es einzig und allein darum, Ungenauigkeiten statistisch zu korrigieren. Niemals werden die Informationen der Befragten an die Melderegister zurückgeliefert.

Ziel 2:

Informationen zu Bildung und Erwerbstätigkeit

Mit der Haushaltebefragung werden auch Merkmale erhoben, die nicht in den Registern enthalten sind, deren Daten für den Zensus 2011 genutzt werden dürfen. Hierzu gehören zum Beispiel der derzeitige Schulbesuch, der Schulabschluss oder der berufliche Bildungsabschluss. In Bezug auf die Erwerbstätigkeit liefert die Befragung Angaben über Selbstständige sowie zur Beteiligung am Erwerbsleben nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO).

Deutschland hat sich entschieden, im Wesentlichen nur die von der EU als „Pflichtprogramm“ definierten Merkmale zu erfragen. Als Informationsgrundlage für eine verstärkte Integrationspolitik wird

der Migrationshintergrund differenzierter erhoben, als es die EU vorschreibt, und es wird zusätzlich die Religionszugehörigkeit abgefragt. Die Angaben über das Bekenntnis zu einer Glaubensrichtung oder Weltanschauung sind freiwillig.

Bei der Haushaltebefragung werden immer ganze Anschriften nach einem Zufallsverfahren gezogen und dann alle dort wohnenden Einwohnerinnen und Einwohner befragt. Dabei haben nicht alle Anschriften des AGR die gleiche Wahrscheinlichkeit, in die Stichprobe zu kommen.

Überwiegend wird die Haushaltebefragung in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern durchgeführt. Außerdem haben größere Gebäude mit sehr vielen Wohnungen eine höhere Auswahlwahrscheinlichkeit. Denn der Zensustest hat gezeigt, dass die Melderegister auch hier eine schlechtere Qualität aufweisen.

Den ganz Deutschland umfassenden Stichprobenplan legt das Statistische Bundesamt fest, es zieht die Stichprobe und dokumentiert das Auswahlverfahren sowie die einbezogenen Anschriften. Die genauen Vorgaben regelt die Stichprobenverordnung.

Die Befragung in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften (Sonderbereiche)

Um die amtlichen Einwohnerzahlen genau feststellen zu können, reichen Melderegisterauszüge und die Haushaltebefragung allein nicht aus. Diese Daten werden durch eine Erhebung an allen Anschriften mit Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften (sog. Sonderbereiche) ergänzt.

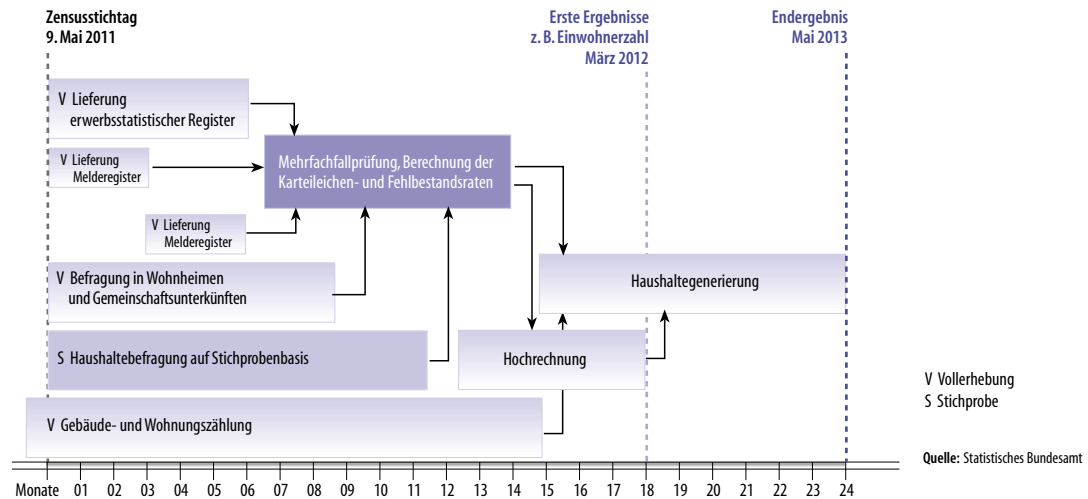
Diese umfassende Befragung ist notwendig, weil nach den Erfahrungen aus dem Zensustest die melderechtlichen Angaben für die Bewohnerinnen und Bewohner von Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften sehr ungenau sind. Diese Menschen sind überdurchschnittlich oft noch anderswo gemeldet – und das häufig sogar zu recht. Für die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl ist jedoch der tatsächliche Lebensschwerpunkt ausschlaggebend, die lässt sich nur mit einer direkten Erhebung feststellen.

Die Wohnheime und Gemeinschaftsunterkünfte werden unterteilt in nicht-sensible und in sensible Sonderbereiche. Beiden Bereichen ist gemeinsam, dass alle Personen zur Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl erhoben werden müssen, da die Angaben aus den Auszügen der Melderegister häufig unzutreffend sind. In nicht-sensiblen Wohnheimen befragen Interviewerinnen und Interviewer anhand eines Fragebogens, der elf Fragen enthält. In Justizvollzugsanstalten (sensibler Bereich) erfolgt die Befragung über die Leitung der Einrichtung mittels eines Listenformulars.

Wie Daten über Haushalte gewonnen werden: die Haushaltegenerierung

Die Gewinnung statistischer Daten zu Zahl und Struktur von Haushalten und deren Wohnsituation sind Kernbestandteil aller Volkszählungen. Die Europäische Union fordert von ihren Mitgliedstaaten, wie es international üblich ist, die Gewinnung von Daten über Wohnhaushalte. Im Zensus wird ein „Wohnhaushalt“ dadurch definiert, dass alle Personen, die

Zeitlicher Ablauf des registergestützten Zensus 2011



in einer Wohnung zusammenleben, einen Haushalt bilden.

Da Informationen über Haushaltszusammenhänge in den Melderegistern nicht unmittelbar vorhanden sind, haben die Statistischen Ämter von Bund und Ländern ein Verfahren entwickelt, bei dem anhand statistisch auswertbarer Merkmale aus dem Melderegister und aus der Gebäude- und Wohnungszählung Haushaltszusammenhänge er-

mittelt werden können. Die gewonnenen Informationen werden so kombiniert, dass auch Ergebnisse für Haushalte regional tief gegliedert veröffentlicht werden können. Dieses Verfahren nennt man Haushaltsgenerierung.

Die Haushaltsgenerierung stellt den Abschluss der Ermittlung der Zensusergebnisse dar. Sie ist ein rein statistisches Verfahren, eine flächendeckende Befragung speziell hierzu ist nicht notwendig.

Mikrozensus und Zensus 2011

Obwohl es 2011 in Deutschland einen Zensus gibt, wird wie jedes Jahr auch die Haushaltebefragung „Mikrozensus“ fortgesetzt. Was ist der Mikrozensus, wie wird er durchgeführt und welche Zusammenhänge bestehen zum Zensus? Der folgende Beitrag stützt sich auf Informationen, die das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg in einem entsprechenden Faltblatt zusammengestellt hat.

Was ist der Mikrozensus?

Während der Zensus eine vollständige Volkszählung darstellt, die ermittelt, wie viele Menschen in Deutschland, einem Bundesland oder einer Gemeinde leben, wie sie wohnen und was sie arbeiten, handelt es sich bei dem Mikrozensus um eine Erhebung auf Stichprobenbasis, die regelmäßig statistische Informationen in tieferer fachlicher, aber eingeschränkter regionaler Gliederung zur Bevölkerung und zum Arbeitsmarkt in Deutschland liefert.

Wie der Zensus, ist auch der Mikrozensus eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung¹. Er wird in der Bundesrepublik seit 1957 jedes Jahr bei 1 % der Haushalte durchgeführt. Entsprechend werden beim Mikrozensus jedes Jahr etwa 390 000 Haushalte in Deutschland mit rund 830 000 Personen befragt. Damit ist der Mikrozensus die größte jährliche Haushaltebefragung in Europa. Die Hochrechnung der Befragungsergebnisse bei 1 % der Bevölkerung auf die Gesamtbevölkerung erfolgt mittels der amtlichen Einwohnerzahlen. Diese amtlichen Einwohnerzahlen werden über die amtliche Bevölkerungsfortschreibung auf der Basis der letzten Volkszählung ermittelt. Die Durchführung des Zensus 2011 und die damit verbundene aktuelle Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen für jede Gemeinde wird auch für den Mikrozensus qualitätsverbessernde Wirkung haben.

Warum gibt es den Mikrozensus?

Das Ziel des Mikrozensus ist nicht – wie beim Zensus – die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl. Der Mikrozensus liefert alljährlich Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung in Deutschland. Hierzu gehören u.a. Informationen zu Haushalts- und Familienstrukturen, zu Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit, zu Ausbildung und Weiterbildung, zur Einkommenssituation und vielen weiteren The-

men. Im Gegensatz zum Zensus, der im Jahr 2011 erstmalig registergestützt durchgeführt wird, ermöglicht der Mikrozensus sehr viel detailliertere Informationen über wichtige Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. In kurzen Zeitabständen können mit dem Mikrozensus Eck- und Strukturdaten sowie deren Veränderungen ermittelt und dadurch die Datenlücken zwischen den großen Volkszählungen gefüllt werden.

Wie wird der Mikrozensus durchgeführt?

Der Mikrozensus wird nicht wie der Zensus an einem konkreten Stichtag durchgeführt, vielmehr wird seit dem Jahr 2005 das gesamte Erhebungsvolumen gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt. Auf diese Weise können den Nutzern der Mikrozensusergebnisse nicht nur Jahresdurchschnittswerte, sondern auch vierteljährliche Ergebnisse und damit ein deutlich größeres und vor allem aktuelleres Informationsangebot zur Verfügung gestellt werden.

In den Jahren davor galt beim Mikrozensus das Prinzip der festen Berichtswoche, d.h. die meisten Fragen bezogen sich auf die Gegebenheiten einer einzelnen Berichtswoche im Jahr, i.d.R. die letzte feiertagsfreie Woche im April. Bis zum Jahr 2004 lieferten die Mikrozensusergebnisse somit lediglich eine Momentaufnahme für das Frühjahr.

Der Mikrozensus ist eine Zufallsstichprobe, bei der alle Haushalte die gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit haben. Hierzu wurde das Bundesgebiet in so genannte Auswahlbezirke unterteilt. Durch ein mathematisches Zufallsverfahren werden Gebäude- und Gebäudeteile ausgewählt. Alle Personen, die in den ausgewählten Wohnungen wohnen, werden befragt. Ein Viertel der in der Stichprobe enthaltenen Wohnungen wird jährlich durch eine andere Zufallsstichprobe ersetzt, sodass jede Wohnung und die betroffenen Haushalte vier Jahre in der Stichprobe verbleiben (Verfahren der partiellen Rotation). Dieses Rotationsverfahren gewährleistet eine hohe Ergebnissenauigkeit bei den jährlichen Veränderungen.

Neben dem Grundprogramm mit jährlich wiederkehrenden Tatbeständen existiert eine Reihe von Merkmalen, die in einem vierjährigen Rhythmus erhoben werden, die so genannten Zusatzprogramme wie beispielsweise Fragen zur Gesundheit und zur Wohnsituation. Im Jahr 2005 hat es einige inhaltliche Neuerungen im Erhebungsprogramm gegeben. So ist mit den Fragen zum Migrationshintergrund ein weiterer Themenkomplex hinzugekommen. Im Bereich Bildung werden seitdem die Fachrichtung

¹ Rechtsgrundlage ist u. a. das Mikrozensusgesetz 2005 (MZG 2005) vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1350, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Juli 2009 (BGBl. I S. 1781).

des höchsten beruflichen Abschlusses und die Art des beruflichen Abschlusses neben dem Hochschulabschluss erfragt. Im Gegenzug wurden einige Merkmale wie z.B. das Eheschließungsjahr, die Pflegebedürftigkeit oder der Betriebswechsel aus dem Fragenprogramm des Mikrozensus gestrichen.

Beim Mikrozensus kommen verschiedene Erhebungsinstrumente zum Einsatz. Die Daten werden hauptsächlich persönlich durch die Interviewer der Statistischen Landesämter erhoben. Die Haushaltsmitglieder haben darüber hinaus die Möglichkeit, ihre Auskünfte schriftlich oder telefonisch zu erteilen.

Sind die Bürgerinnen und Bürger für den Mikrozensus zur Auskunft verpflichtet?

Auch beim Mikrozensus besteht wie im Falle des Zensus für die Mehrzahl der gestellten Fragen Auskunftspflicht (§7 MZG 2005). Sie dient der Sicherstellung der Datenqualität, da durch Antwortausfälle die Verlässlichkeit der Ergebnisse beeinträchtigt wäre. Daneben werden auf freiwilliger Basis zusätzliche Angaben wie u.a. zur Gesundheit, Krankenversicherung und Altersvorsorge erhoben.

Welche Ergebnisse liefert der Mikrozensus?

Während die Ergebnisse des Zensus in erster Linie die Basis u.a. für die Einteilung von Wahlkreisen, den Länderfinanzausgleich oder die Beantragung von EU-Fördermitteln bilden, sind die Ergebnisse des Mikrozensus vor allem Grundlage für Regierungsberichte, beispielsweise den Armuts- und Reichtumsbericht oder den Integrationsbericht der Bundesregierung.

Worin unterscheiden sich Zensus und Mikrozensus?

Im Mikrozensus werden mehr und detailliertere Fragen als im Zensus gestellt. Aufgrund des breiten Spektrums an Erhebungsmerkmalen eignet sich der Mikrozensus für die Analyse kleinerer Subpopulationen wie z.B. einzelner Migranten- oder Berufsgruppen. Darüber hinaus ermöglicht die zeitliche Kontinuität des Mikrozensus Untersuchungen im Zeitverlauf, mit denen sich historische Entwicklungen aufzeigen lassen. Dabei kann der Mikrozensus, der als rotierendes Panel angelegt ist, ebenfalls für Längsschnittanalysen genutzt werden. Auch eignet sich der Mikrozensus für Vergleiche im internationalen Kontext, da für verschiedene Themenbereiche internationale Standards existieren. Darüber hinaus stellt der Mikrozensus für eine Vielzahl an Erhebungen der empirischen Sozial- und Meinungsforschung sowie der amtlichen Statistik ein wichtiges Hochrechnungs-, Adjustierungs- und Kontrollinstrument dar.

Die Ergebnisse können allerdings ausschließlich für Deutschland, die Bundesländer, große Städte und Kreise bzw. Regionen ausgewiesen werden, da – wie bereits erwähnt – nur 1 % der Haushalte befragt wird.

Beim Zensus hingegen werden alle Gebäude- und Wohnungseigentümer Deutschlands und zusätzlich zu den Angaben aus Registern 10 % der Haushalte sowie die Bewohner von Gemeinschaftseinrichtungen befragt. Dadurch sind für alle Städte und Gemeinden Ergebnisse verfügbar.

Warum werden im Jahr 2011 sowohl der Zensus als auch der Mikrozensus durchgeführt?

Beide Befragungen verfolgen unterschiedliche Ziele: Der Mikrozensus liefert wichtige Informationen zu den jährlichen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, auf die man auch im Zensusjahr 2011 nicht verzichten kann, zumal er mit der EU-Arbeitskräftestichprobe verbunden ist, deren Ergebnisse unabhängig vom Mikrozensus jährlich erstellt werden müssen. Der Zensus liefert hingegen Informationen zum aktuellen Gesamtbestand der Bevölkerung und der Gebäude in Deutschland in tiefer regionaler Gliederung. Diese Aufgabe kann der Mikrozensus nicht erfüllen.

Die vorstehenden Beiträge sind von der Redaktion Zensus unter Verwendung von Materialien des Statistischen Bundesamtes und der Statistikämter der Länder zusammengestellt worden.

1990–2010 **Berlin und Brandenburg****Schulen**

Entwicklung von Schülerzahlen und Schulen in Berlin

Schulische und berufliche Bildung im Wandel

Für die Entwicklung der Schüler- und Auszubildendenzahlen sind mehrere Faktoren ausschlaggebend. Während für die Schülerzahlen – insbesondere in den Jahrgangsstufen eins bis zehn, also der Phase der Schulpflicht – vor allem der demografische Wandel entscheidend ist, kommt bei der Analyse der Anzahl der jungen Menschen in der Berufsausbildung auch der Marktsituation eine Schlüsselrolle zu.

Nach der Wiedervereinigung brach die Geburtenrate in Ostdeutschland und in Berlin (Ost) von 1,52 Kindern je Frau (1990) rapide um die Hälfte ein (1991: 0,98; 1994: 0,77). Während die Geburtenrate im Westen auf niedrigem Niveau bei etwa 1,4 Kindern je Frau stabil blieb, erholte sich die Geburtenrate im Osten sehr langsam und erreichte erst 2008 wieder das Westniveau. Diese Entwicklung macht sich auch bei der Betrachtung der Kinderzahlen für Gesamtberlin bemerkbar (1990: 1,34; 1995: 1,06; 2000: 1,19; 2008: 1,29) und führt zu einem deutlich erkennbaren „Knick“, der sich in den letzten 20 Jahren durch die verschiedenen Schularten und -jahrgänge hindurchzieht und der seine Spuren in der Berliner Schullandschaft hinterlassen hat.

Entwicklung der Schülerzahlen

Die Schülerzahlen (Tabelle 1; Abbildung 1) bewegten sich 1991, zu Beginn des Berichtszeitraums, auf einem hohen Niveau und stiegen zunächst weiter an – ein Effekt, der auf die stetig anwachsende Geburtenrate in den 80er Jahren zurückzuführen ist, die in Ostdeutschland nicht zuletzt mittelbar durch politische Fördermaßnahmen verursacht war. Für die Schulplanung hieß dies, durch den Ausbau der vorhandenen

Schulen und das Einrichten neuer Schulen Kapazitäten für die nachströmenden Schüler zu schaffen – wohlgeachtet mit dem Wissen um den bald bevorstehenden dramatischen Einbruch der Schülerzahlen. Dieser Eingriff musste zunächst für die Primarstufe (Klassenjahrgänge ab 1997), wenige Jahre später für die Sekundarstufe I (Klassenjahrgänge ab 2003) und schließlich – in deutlich abgeschwächter Form – für die Sekundarstufe II (Klassenjahrgänge ab 2008) vorgenommen werden. Seit 2007 machen sich die Auswirkungen der geburtenschwachen Jahrgänge auch auf dem Berufsausbildungsmarkt bemerkbar. Auffällig ist, dass sich die durch den Geburtenrückgang gerissene Lücke nach und nach verkleinert hat – ein Grund dafür sind Zuwanderungen junger Familien in die Hauptstadt.

Tab. 1 **Schüler an allgemeinbildenden Schulen¹ in Berlin 1991/92 bis 2009/10 nach Bildungsbereich**

Merkmal	1991/92	1997/98	2003/04	2009/10
Insgesamt ²	374 610	410 820	348 148	320 870
darunter Ausländer	45 950	56 121	56 071	46 949
Grundstufe				
(Jahrgangsstufen 1-6)	221 749	220 492	162 818	171 508
darunter Ausländer	26 693	34 917	33 030	23 707
Mittelstufe				
(Jahrgangsstufen 7-10)	126 101	148 017	140 497	107 526
darunter Ausländer	16 711	18 322	19 455	18 518
Oberstufe				
(Jahrgangsstufen 11-13)	25 065	40 305	42 540	39 399
darunter Ausländer	2 261	2 457	3 126	4 224

1 ohne Zweiten Bildungsweg

2 einschl. Schüler der Klassen für geistig Behinderte, die keiner Jahrgangsstufe zuzuordnen sind

Abb. 1 **Schülerzahlen an der Primarstufe sowie Sekundarstufe I und II in Berlin 1991/92 bis 2009/10**

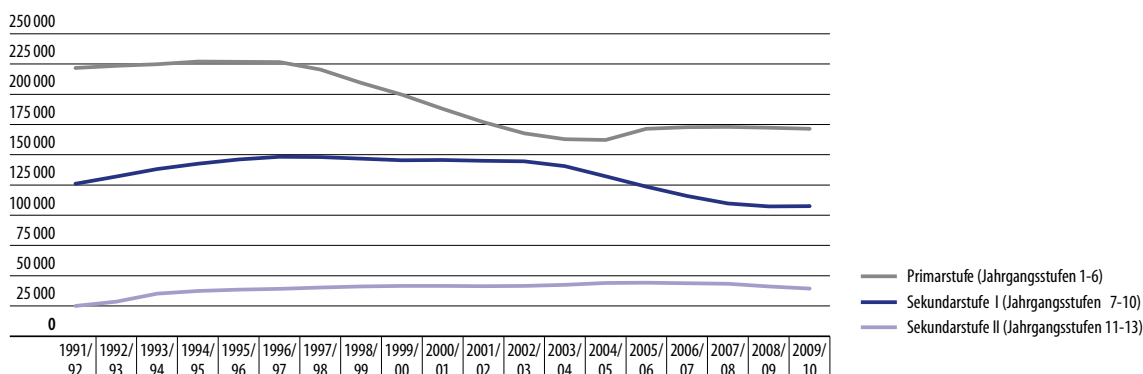


Abb. 2 **Bildungsbeteiligung an der gymnasialen Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen in Berlin 1991/92 bis 2009/10**

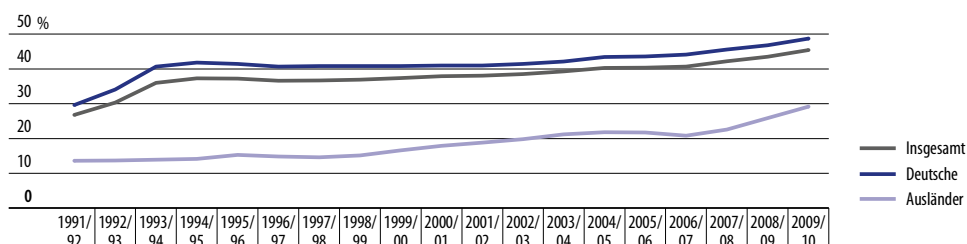
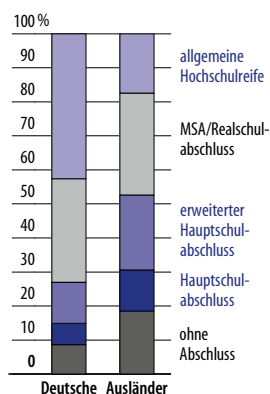


Abb. 3 **Deutsche und ausländische Schulentlassene der allgemeinbildenden Schulen in Berlin 2008/09 nach Abschluss¹**



1 in % der Bevölkerung entsprechenden Alters

Tab. 2 **Schulentlassene der allgemeinbildenden Schulen^{1, 2} in Berlin 1991/92 bis 2008/09 nach Abschluss**

Merkmal	1991/92	1997/98	2003/04	2008/09
Deutsche				
ohne Abschluss.....	1 868	2 860	2 835	2 118
mit Hauptschulabschluss.....	1 284	1 963	1 682	1 599
mit erweitertem Hauptschulabschluss	2 547	4 071	4 435	2 894
mit mittleren Schulabschluss ¹	8 363	11 519	10 747	6 375
mit allgemeiner Hochschulreife.....	6 820	10 112	10 934	11 628
Schulentlassene insgesamt	20 882	30 525	30 633	24 614
Ausländer				
ohne Abschluss.....	1 247	1 511	1 184	659
mit Hauptschulabschluss.....	428	487	414	449
mit erweitertem Hauptschulabschluss	943	941	1 135	839
mit mittleren Schulabschluss ³	1 123	1 316	1 294	908
mit allgemeiner Hochschulreife.....	467	519	688	698
Schulentlassene insgesamt	4 208	4 774	4 715	3 553

1 BB10-bereinigt, d. h. ohne Übergänge zu Lehrgängen an beruflichen Schulen, die im 10. Jahr der allgemeinen Schulpflicht besucht werden (BB10- und BV10-Lehrgänge), einschließlich der Abgänge aus diesen Lehrgängen (ohne oder mit Abschluss)

2 ohne Zweiten Bildungsweg

3 bis Schuljahr 2004/05 Realschulabschluss

Bildungsbeteiligung entwickelt sich positiv

Es wäre zu erwarten gewesen, dass der Geburtenknick auf dem Sektor der gymnasialen Oberstufe zu einem ähnlich starken Effekt führt wie bei der Grund- und Mittelstufe. Dies ist jedoch aus mehreren Gründen nicht der Fall. Neben der schon angesprochen positiven Zuzugsbilanz ist der wohl wichtigste die auf inzwischen 45 % gestiegene Bildungsbeteiligung an der gymnasialen Oberstufe: Es besuchen anteilig deutlich mehr Jugendliche eines Altersjahrgangs die Oberstufe, als es noch vor einigen Jahren der Fall war (Abbildung 2; Tabelle 1).

Die Bildungsbeteiligung der deutschen Jugendlichen an der Oberstufe ist traditionell deutlich höher als die der Jugendlichen ausländischer Staatsbürgerschaft. Binnen der letzten 20 Jahre hat sich die Bildungsbeteiligung beider Gruppen erhöht, seit 2006/07 steigt die der Ausländer dabei sogar annähernd doppelt so stark an wie die der Deutschen. Die Bildungsbeteiligung der ausländischen Staatsbürger hat 2009/10 mit 29 % in etwa den Wert der Deutschen im Jahr 1991/92 erreicht.

Deutsche und ausländische Schüler: Anteile und Schulerfolg

Der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen Berlins lag 1991/92 bei 12,3 % und erreichte 2005/06 mit

16,5 % seinen bisherigen Höchststand (Tabelle 1). Seitdem nimmt der Ausländeranteil insgesamt und insbesondere an den Grundschulen deutlich ab. Das ist weniger auf einen tatsächlichen quantitativen Rückgang der Schüler mit Migrationshintergrund zurückzuführen als vielmehr auf das seit 2000 geltende Geburtsortsprinzip: Ein in Deutschland geborenes Kind kommt unter bestimmten Voraussetzungen automatisch in den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, wenn die Eltern in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer sind.

In Berlin ist eine starke Korrelation zwischen der Nationalität von Jugendlichen und deren schulischem Erfolg festzustellen: Die Ausländer stellen 2008/09 einen Anteil von 12,6 % der Schulentlassenen insgesamt (Abbildung 3; Tabelle 2). Unter den Schulabgängern ohne allgemeinbildenden Schulabschluss (23,7 %) und denen mit einem Hauptschulabschluss (44,4 %) finden sich anteilig besonders viele Ausländer. Ab dem Real-/mittleren Schulabschluss (MSA) mit 12,5 % kehrt sich das Verhältnis um, bei der allgemeinen Hochschulreife kommen mit einem Ausländeranteil von nur 5,7 % auf einen Ausländer sogar 17 Deutsche. Vor 20 Jahren war die Situation noch dramatischer: 1991/92 stellten die Ausländer noch 16,8 % der Schulentlassenen, aber sogar 40 % derjenigen, die dabei keinen Schulabschluss erreichten.

Abb. 4 **Schulentlassene der allgemeinbildenden Schulen¹ in Berlin 1992 bis 2009 nach Abschluss**

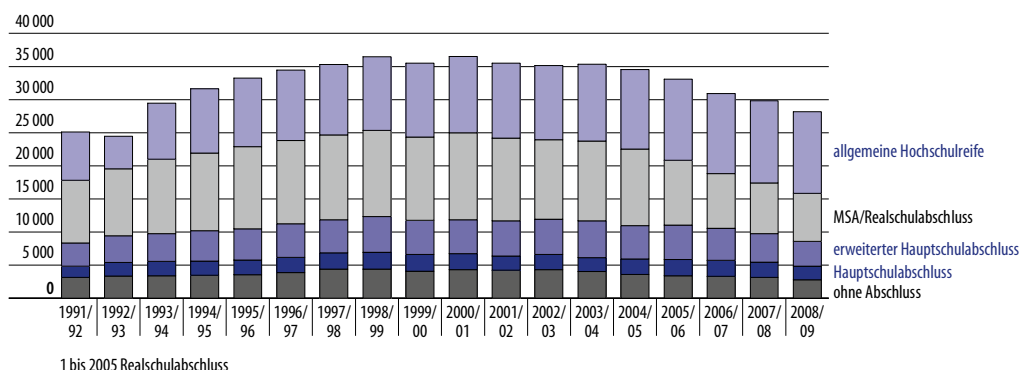
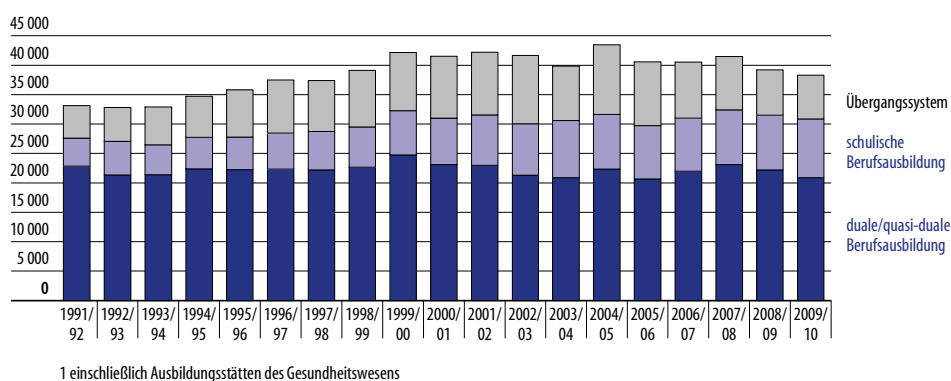


Abb. 5 **Schüler der beruflichen Schulen¹ im 1. Ausbildungsjahr in Berlin 1991 bis 2009 nach Art des Bildungsgangs**



Berufsausbildung: Starke Nachfrage und nicht ausreichende Kapazitäten

Betrachtet man die Entwicklung der erreichten Schulabschlüsse der letzten 20 Jahre unabhängig von der Staatsbürgerschaft der Schulabgänger, lassen sich verschiedene Entwicklungen erkennen: Der Anteil der Schulentlassenen mit allgemeiner Hochschulreife ist kontinuierlich auf inzwischen beinahe 45 % gestiegen (Abbildung 4; Tabelle 2; siehe auch Abbildung 2) und hat seit 2005 die Absolventen mit Real-/mittlerem Schulabschluss als stärkste Fraktion abgelöst. Diese Zunahme ging beinahe vollständig auf Kosten des Real-/mittleren Schulabschlusses, dessen Anteil unter den erreichten Schulabschlüssen gegenüber 2005 stark auf inzwischen unter 30 % gefallen ist. Der Anteil der Absolventen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss sowie derer mit einem Hauptschulabschluss oder erweitertem Hauptschulabschluss ist über den betrachteten Zeitraum relativ konstant geblieben und liegt zusammengekommen bei etwa einem Drittel.

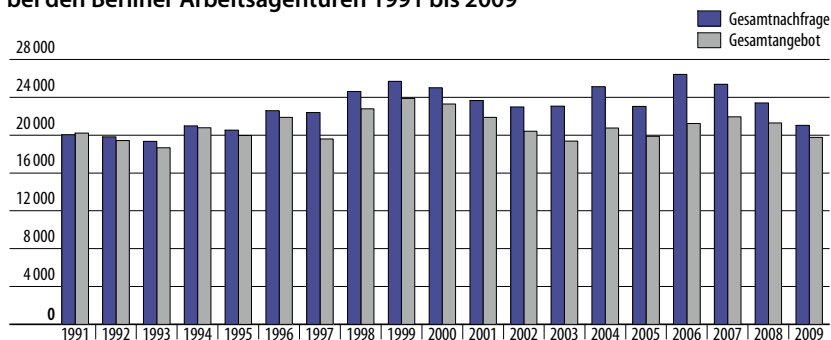
Nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule setzen die meisten Jugendlichen ihre Ausbildung fort – entweder an einer Universität oder Fachhochschule oder aber auf dem Weg einer nichtakademischen Berufsausbildung. Die sich verändernden Anteile der erreichten Schulabschlüsse, insbesondere der größere Anteil an Schulabgängern mit allgemeiner Hochschulreife, haben deutlich erkennbare Auswirkungen auf den Bereich der nichtakademischen Berufsausbildung.

Die Wirtschaft unterliegt massiveren Schwankungen als die Größe der Bevölkerung; hinzu kommt, dass sich wirtschaftliche Fluktuationen auf dem Ausbildungsmarkt sehr schnell bemerkbar machen. Entsprechend ist bei der Betrachtung der Situation in der Berufsausbildung neben den demografischen Faktoren, die sich auf der Nachfrageseite niederschlagen, auch die wirtschaftliche Situation zu berücksichtigen, die der auf Angebotsseite wichtigste Einflussfaktor ist.

Bei der beruflichen Ausbildung werden drei Sektoren unterschieden: Das duale Berufsausbildungssystem und das Schulberufssystem, in denen Berufsabschlüsse erworben werden können, und das Übergangssystem, das diejenigen Jugendlichen aufnimmt und weiterqualifizieren soll, die mit ihren Bewerbungen auf Plätze in den ersten beiden Sektoren nicht erfolgreich waren.

Das berufliche Schulsystem Berlins hat einen vergleichsweise komplexen Aufbau, der hier nur skizziert werden soll. Unterschieden werden müssen Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen, berufliche Gymnasien, Fachschulen sowie Schulen des Gesundheitswesens. Die Berufsschulen sind für den schulischen Teil der dualen Berufsausbildung verantwortlich. An den Berufsfachschulen, den Fachschulen sowie den Schulen des Gesundheitswesens finden die Lehrgänge des Schulberufssystems statt. Die Lehrgänge für das

Abb. 6 **Ausbildungsplatzbewerber und gemeldete Berufsausbildungsstellen bei den Berliner Arbeitsagenturen 1991 bis 2009**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September und Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik

Übergangssystem finden ebenfalls an den Berufs- und den Berufsfachschulen statt. An den beruflichen Gymnasien, den Fachoberschulen sowie den Berufsoberschulen findet keine berufliche Ausbildung im engeren Sinne statt; dort können verschiedene Arten von Hochschulzugangsberechtigungen erworben werden.

Im Verlauf der letzten 20 Jahre haben sich die absoluten und die relativen Anteile der Schüler der beruflichen Schulen in Bezug auf die von ihnen eingeschlagenen Bildungsgänge deutlich verändert (Abbildung 5; Tabelle 3): Der Anteil der dualen Ausbildung ist mit 60 000 bis 68 000 Schülern im ersten Ausbildungsjahr in den letzten 20 Jahren (mit seiner stärksten Zeit um 2000/01) relativ konstant geblieben; die schulische Berufsausbildung hat demgegenüber konstant an Bedeutung gewonnen und sich binnen der letzten 20 Jahre vom Umfang her mehr als verdoppelt. Der Bereich Berufsvorbereitung/berufliche Grundbildung, das Übergangssystem, hat nach einem kontinuierlichen Anstieg von Beginn des dargestellten Zeitraums an seit 2003 einen Rückgang der Schüler zu verzeichnen. Da das Übergangssystem vor allen Dingen die nicht erfolgreichen Bewerber der ersten beiden Sektoren aufnimmt und es somit einen »Kaskadeneffekt« von den ersten beiden Sektoren in den dritten Sektor gibt, zeigt sich der demografische Wandel hier am stärksten.

Duale Berufsausbildung

Das duale Berufsausbildungssystem mit seiner kombinierten betrieblichen und schulischen Ausbildung ist in gewisser Hinsicht der »Klassiker« des deutschen Berufsbildungssystems. Kennzeichnend für diesen

Teilbereich ist, dass die Ausbildung parallel in einem Ausbildungsbetrieb und einer Berufsschule absolviert wird, wobei der Ausbildungsbetrieb den praktischen und die Berufsschule den theoretischen Teil der Ausbildung übernimmt. Je nach Ausbildungsberuf beträgt die Ausbildungsdauer dabei eineinhalb bis dreieinhalb Jahre.

Dieser erste Sektor der beruflichen Bildung ist sehr stark von Angebot und Nachfrage geprägt: Die ausbildungswilligen Jugendlichen bewerben sich auf von der Wirtschaft angebotene Ausbildungsplätze (Abbildung 6). Während das Verhältnis von Angebot und Nachfrage 1991 mit jeweils rund 20 000 angebotenen und nachgefragten Ausbildungsplätzen scheinbar noch relativ ausgewogen war¹, hat sich die Situation bis 2006 der Tendenz nach immer weiter verschärft – dort kamen dann 26 400 Ausbildungsplatzsuchende auf nur 21 200 gemeldete freie Ausbildungsplätze. Seither kann eine leichte Verbesserung der Situation auf dem dualen Ausbildungsmarkt verzeichnet werden, wobei der Zustand im Jahr 2009 mit 21 000 Bewerbern auf 19 800 Ausbildungsplätze jedoch nach wie vor nur als »desolat« bezeichnet werden kann.

Ein großer Teil, der – wie einleitend erwähnt – anteilig immer zahlreicheren Jugendlichen mit allgemeiner Hochschulreife, die das allgemeinbildende Schulsystem verlassen, orientiert sich auf dem Bereich der nichtakademischen Berufsausbildung. Dies führt dazu, dass die Erfolgsaussichten für ausbildungswillige Jugendliche mit niedrigeren Schulabschlüssen auf dem Ausbildungsmarkt zunehmend schwieriger werden. Insbesondere auf dem stark nachgefragten Sektor der dualen Berufsausbildung

Tab. 3 **Schüler der beruflichen Schulen (einschl. Ausbildungsstätten des Gesundheitswesens) im 1. Ausbildungsjahr 1991/92 bis 2009/10 nach Art des Bildungsgangs**

Schuljahr	Lehrgänge im 10. Schuljahr	Erwerb Studienberechtigungen	Duale/quasi-duale Berufsausbildung	Schulische Berufsausbildung	Übergangssystem
1991/92	1 395	3 575	22 842	4 745	5 571
1997/98	1 482	4 230	22 230	6 495	8 656
2003/04	1 344	6 561	20 872	9 740	9 242
2009/10	0	6 279	20 907	9 960	7 464

¹ Ein »ausgewogenes Verhältnis« im Sinne von einem Ausbildungsplatzangebot pro Ausbildungswilligem stellt allerdings immer noch ein eklatantes Minderangebot dar: Der Gesetzgeber hat im Rahmen des Ausbildungsförderungsgesetzes von 1976 ein 12,5 %iges Überangebot von Ausbildungsplätzen als angestrebtes Ziel ausgewiesen, um den ausbildungswilligen Jugendlichen hinsichtlich der fachlichen Richtung des Ausbildungsplatzes und der eigentlichen Ausbildungsstelle zumindest eine minimale Auswahl anzubieten.

haben Jugendliche mit allgemeiner Hochschulreife zulasten der schulisch weniger gut qualifizierten Jugendlichen sehr gute Chancen, einen Ausbildungsplatz in dem von ihnen gewünschten Bereich zu bekommen. Das Nachsehen haben insbesondere Jugendliche ohne allgemeinbildenden Schulabschluss, die sich verstärkt im Übergangssystem wiederfinden.

Schulberufssystem

Die Berufsausbildung im Schulberufssystem (vollschulische Ausbildung) findet vollständig an einer Berufsfachschule, Fachschule oder an den Schulen des Gesundheitswesens statt – allerdings ergänzt durch zum Teil recht umfangreiche Praktika. Ursprünglich wurden fast ausschließlich Ausbildungen zu bestimmten Berufsfeldern aus dem medizinischen, erzieherischen und sozialen Sektor im Rahmen des Schulberufssystems angeboten. Nicht zuletzt wegen der problematischen Lage auf dem dualen Ausbildungsmarkt wurden Umfang und Spektrum dieses weitgehend marktunabhängigen Sektors in den letzten Jahren jedoch stark erweitert, so dass das Schulberufssystem im Volumen deutlich zugenommen hat und hinsichtlich der angebotenen Ausbildungsberufe teilweise in Konkurrenz zum dualen System getreten ist. Die Ausbildungsdauer im Schulberufssystem beträgt im Regelfall zwei oder drei Jahre.

Die vollschulische Berufsausbildung nahm im Laufe der letzten 20 Jahre stark an Bedeutung zu. Auch aufgrund der mehr als schwierigen Situation auf dem Sektor der dualen Berufsausbildung konnte nahezu ohne Ausnahme ein jährlicher Anstieg der Neuankömmlinge in der vollschulischen Berufsausbildung registriert werden; deren Zahl hat sich in diesem Zeitraum von etwa 9 800 auf 22 200 mehr als verdoppelt.

Das Übergangssystem

Eine Berufsausbildung wie in den ersten beiden Sektoren findet im Übergangssystem nicht statt. Die Angebote des Übergangssystems richten sich vorrangig an ausbildungswillige Jugendliche, die in keinem der ersten beiden Sektoren untergekommen sind; ihnen soll hier die Möglichkeit geboten werden, Kompetenzen und Qualifikationen zu erwerben, die ihre Chancen auf dem Ausbildungsmarkt erhöhen sollen.²

Das oftmals kritisch als „Warteschleife“ bezeichnete Übergangssystem spielte 1992 mit etwa 6 600 Jugendlichen im ersten hier betrachteten Jahr der Maßnahme noch eine nur untergeordnete Rolle, erreichte in den Jahren 2002 und 2004 mit jeweils etwa 11 700 Jugendlichen seinen höchsten Stand und

nahm seither der Tendenz nach stetig ab auf noch rund 7 700 Jugendliche im Jahr 2009. Der Ausländeranteil der sich im Übergangssystem befindlichen Jugendlichen lag zwischen etwa 18 % im Jahr 2002 und etwa 29 % im Jahr 1991; im Jahr 2009 lag die Quote bei rund 22 % (bei einem Anteil an den Schulentlassenen insgesamt dieses Jahres von 12,6 %). Die Korrelation mit dem im Durchschnitt geringeren Qualifikationsniveau dieser Personengruppe – insbesondere der überdurchschnittlich hohen Anzahl Jugendlicher ohne allgemeinbildenden Schulabschluss – ist hier auffällig.

Schwierige Ausgangslage für Ausländer in der Berufsausbildung

Während im betrachteten Zeitraum durchschnittlich 13,7 % der Schulentlassenen aus den allgemeinbildenden Schulen Ausländer sind, so beträgt der Ausländeranteil 1994³ bei den Ausbildungsanfängern an den beruflichen Schulen 10 % und 2009 nur noch knapp unter 8 % – die Ausländer sind also in der Berufsschulausbildung (wie übrigens auch an den Universitäten und mehr noch an den Fachhochschulen) unterrepräsentiert. Ein überdurchschnittlich großer Anteil von ihnen kommt nur im Übergangssystem unter.

Berufsabschlüsse

Die Ausbildungsabsolventenquote spiegelt den Anteil der Jugendlichen mit einem nichtakademischen Berufsabschluss an der alterstypischen Bevölkerung wider. Nicht unproblematisch sind dabei das Bild verfälschende Faktoren wie Schwankungen auf dem Ausbildungsmarkt und auch der immer spätere Einstieg in die Berufsausbildung, der dazu führt, dass sich heute viele junge Menschen auch im Alter von 21 Jahren noch in der Berufsausbildung befinden. Für Berlin ist ein weiterer relevanter Faktor die große Zahl der meist studiumsbedingten Zuwanderungen von Jugendlichen dieser Altersgruppe, der die Berliner Ausbildungsabsolventenquote weiter verringert.

Bezogen auf den Anteil der alterstypischen Bevölkerung⁴ lassen sich über die letzten 20 Jahre Absolventenquoten zwischen 51 % und 60 % berechnen. Dabei ist die Tendenz auszumachen, dass der Anteil der Absolventen der dualen Berufsausbildung seit etwa sieben Jahren zugunsten der Absolventen der vollschulischen Berufsausbildung leicht zurückgeht, was mit der oben berichteten Anzahl der Absolventenzahlen der beiden Bereiche korreliert.

*Autoren: Holger Leerhoff,
Andreas May-Wachowius*

² Schulabgänger mit und ohne Abschluss, die keinen Ausbildungsplatz gefunden und ihre Pflichtschulzeit noch nicht absolviert haben, sind sogar verpflichtet, eines der einjährigen Bildungsangebote im Rahmen des Übergangssystems wahrzunehmen. Bis vor einigen Jahren wurden zu diesem Zweck an den beruflichen Schulen die „Lehrgänge im 10. Schuljahr“ angeboten.

³ Für den Zeitraum vor 1994 liegen keine verlässlichen Angaben vor.

⁴ In früheren Jahren wurden meist die 19-Jährigen als Vergleichsgruppe herangezogen, in den letzten Jahren meist die 21-Jährigen. Wegen der Länge der hier betrachteten Zeitspanne wurde ein Mittelweg gewählt; die 20-Jährigen wurden als Vergleichsgruppe herangezogen.

1990–2010 **Berlin und Brandenburg****Schulen**

Die Entwicklung von Schülerzahlen und Schulen in Brandenburg

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands ging auch in den Neuen Bundesländern die Schulpolitik in die Zuständigkeit der Länder über. Seitdem hat sich im Land Brandenburg ein eigenes Schulsystem entwickelt, das ständig an die landesspezifischen Besonderheiten angepasst wird. Die Schulstatistik wird als koordinierte Länderstatistik durchgeführt. Als Rechtsgrundlagen sind die Vereinbarung der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Sicherung eines einheitlichen Aufkommens schulstatistischer Daten für überregionale und internationale Zwecke – Beschluss der KMK vom 28. Januar 2000, das Brandenburgische Schulgesetz (BbgSchulG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2002 (GVBl. I S. 78), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 7. Juli 2009 (GVBl. I S. 262) sowie der Auftrag des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AFS) zur Durchführung der Erhebungen zu nennen.

Da für die Schulstatistik erst ab dem Schuljahr 1992/93 verlässliche Daten vorliegen, wird im Folgenden dieses Schuljahr als Basisjahr zugrunde gelegt.

Im Land Brandenburg gilt die zehnjährige allgemeine Schulpflicht. Als Primarstufe werden die Jahrgangsstufen 1 bis 6 bezeichnet. Die Jahrgangsstufe 7 bis 10 bilden die Sekundarstufe I (Sek I). Als Sekundarstufe II (Sek II) werden die Jahrgangsstufen bezeichnet, die der Jahrgangsstufe 10 folgen. An den allgemeinbildenden Schulen ist dies die Gymnasiale Oberstufe (gOst).

Rückläufige Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen

Die Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen sind eng an die Bevölkerungsentwicklung gekoppelt. Neben dem Geburtenrückgang wirkt sich hierbei auch die Wanderung der Bevölkerung zwischen den Bundesländern aus.

Im betrachteten Zeitraum stieg die Gesamtschülerzahl zunächst noch an und erreichte 1995/96 mit rund 406 000 Schülern ihren höchsten Wert. Seither ist ein stetiger Schülerrückgang auf 218 000 Schüler im Schuljahr 2009/10 zu verzeichnen. Im Vergleich zu 1992 bedeutet das einen Schülerrückgang von 43 %.

Die niedrigen Geburtenraten ab dem Jahr 1990 prägten den Schülerrückgang in den Schuljahren 1997 bis 2003 in der Primarstufe. Ab 2004 erreichten diese Schüler die Sek I, die sie im Jahr 2008 verlassen haben (Abbildung 1).

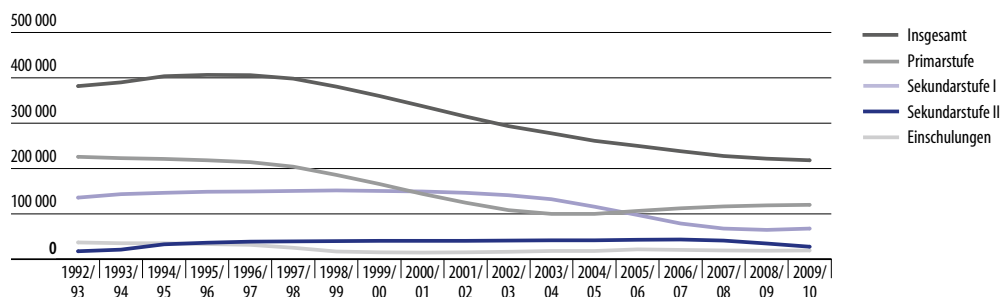
Stabilisierung der Schülerzahlen wahrscheinlich

Im Schuljahr 2005/06 wurde der Einschulungstag vom 30. Juni auf den 30. September verlegt. Das heißt, es wurden die Kinder von einem Viertel eines Geburtenjahrganges zusätzlich schulpflichtig. Diese Maßnahme führte gleichzeitig zu einer erhöhten Zahl der Zurückstellungen von Kindern, die erst im darauffolgenden Schuljahr 2006/07 eingeschult wurden. Damit ist die relativ hohe Zahl der Erstklässler in diesen beiden Schuljahren erklärbar. In den letzten drei Jahren wurden jeweils zwischen 19 000 und 20 000 Kinder eingeschult.

Die Geburtenentwicklung im Land lässt erwarten, dass sich die Zahl der Abc-Schützen in Brandenburg in den nächsten Jahren stabilisiert.

Ein weiterer Aspekt, der sich auf die Gesamtschülerzahlen auswirkt, ist die Tatsache, dass immer mehr Jugendliche in Bildungsgängen der Sekundarstufe II lernen und damit länger im allgemeinbildenden Schulsystem verweilen. Im Schuljahr 1994/95 war die Einführung der Jahrgangsstufe 13 im Bildungsgang zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife im Land Brandenburg erstmals vollständig umgesetzt. In diesem Jahr lernten mehr als 33 000 junge

Abb. 1 **Anzahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen von 1992/93 bis 2009/10 nach Schulstufen**



Menschen in der Sekundarstufe II. Ungeachtet der sinkenden Gesamtschülerzahlen stieg die Anzahl der Jugendlichen, die das Abitur anstreben, fast ohne Unterbrechung an und erreichte im Schuljahr 2006/07 mit knapp 44 000 Schülerinnen und Schülern ihren Höchststand. In den letzten drei Schuljahren verzeichnet die Statistik in der Sekundarstufe II wieder rückläufige Schülerzahlen. 2009/10 waren es ca. 28 000 Jugendliche. Das entspricht einer Steigerung von 55 % gegenüber dem Schuljahr 1992/93. Im Schuljahr 2009/10 besuchten 13 % aller Schüler an allgemeinbildenden Schulen einen Bildungsgang zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife, 1992/93 waren es nur 5 %.

Wenn sich die Rahmenbedingungen nicht grundlegend ändern, so wird sich voraussichtlich die Anzahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Land Brandenburg auf dem jetzigen Niveau einpegeln. Die Schülerprognosen der KMK¹ weisen bis 2020 sogar einen leichten Anstieg aus.

Das volle Bildungsangebot wird im gesamten Land gewährleistet

Bedingt durch den starken Schülerrückgang werden weniger Klassen eingerichtet und weniger Lehrer benötigt. Auch Schulschließungen ließen sich im betrachteten Zeitraum nicht vermeiden. Gab es im Basisjahr noch 1 229 selbstständige allgemeinbildende Schulen im Land mit rund 382 000 Schülern, so lernten im Schuljahr 2009/10 insgesamt mehr als 218 500 Kinder und Jugendliche an 869 Schulen (Abbildung 2).

Schulschließungen sind immer problembehaftet, besonders in einem Flächenland wie Brandenburg mit teilweise geringer Bevölkerungsdichte. Ein wichtiges Ziel der Bildungspolitik im Land Brandenburg ist es, allen Kindern und Jugendlichen den Besuch des gewählten Bildungsganges in zumutbarer Entfernung vom Wohnort zu ermöglichen. Für jüngere Kinder muss ein engeres Schulnetz mit dem Bildungsgang der Grundschule vorgehalten werden als für Schüler der Sekundarstufe I oder II, da für diese Altersgruppe auch etwas weitere Wege durchaus realisierbar sind.

Im betrachteten Zeitraum hat sich die Zahl der Grundschulen um 87 Schulen reduziert. Während die Zahl der Grundschulen in öffentlicher Trägerschaft sank, erhöhte sich diese um 57 Grundschulen in freier Trägerschaft (Abbildung 3).

Insgesamt lernten im Schuljahr 2009/10 an den 475 Grundschulen des Landes 107 000 Kinder². Die Abbildung 4 zeigt die flächendeckende Verteilung der Grundschulen im Land.

Auch an anderen Schulformen ist der Bildungsgang der Grundschule eingerichtet. Im Schuljahr 2009/10 lernten an 70 Schulen (Gesamtschulen, Oberschulen und Gymnasien³) insgesamt weitere 10 000 Schüler in den Jahrgangsstufen 1 bis 6. Damit wird das Angebot für Schüler in der Primarstufe abgerundet (Tabelle 1).

Eine wichtige Maßnahme für den Sekundarbereich I war die Einführung der Oberschulen als Schulform mit mehreren Bildungsgängen im Schuljahr 2005/06. Alle Realschulen sowie die Gesamtschulen

Abb. 2 Anzahl der selbstständigen allgemeinbildenden Schulen in Brandenburg 1992/93 bis 2009/10 nach Trägerschaft

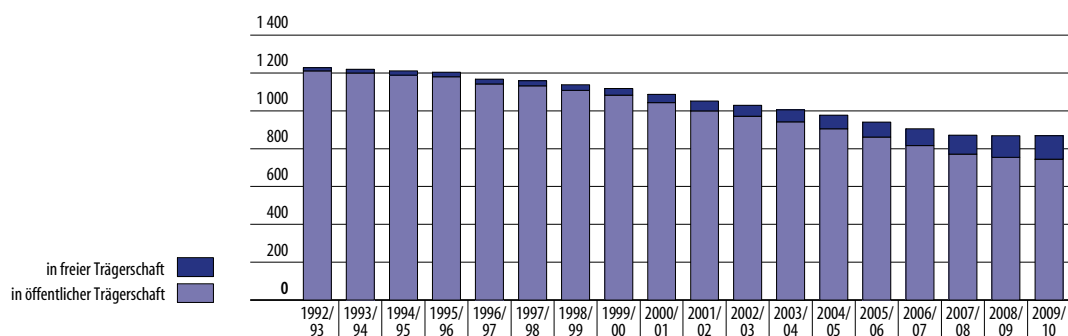
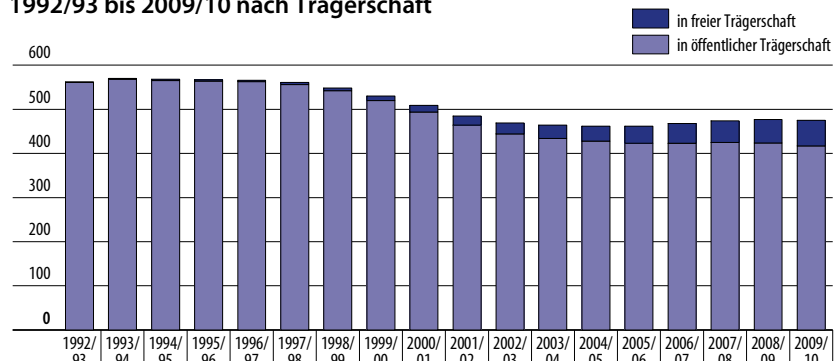


Abb. 3 Anzahl der selbstständigen Grundschulen in Brandenburg 1992/93 bis 2009/10 nach Trägerschaft



¹ Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Nr. 182 – Mai 2007

² ohne Schüler in Förderschulklassen

³ Schüler in Leistungs- und Begabungsklassen in den Jahrgangsstufen 5 und 6

Tab. 1 **Selbstständige Schulen und Schüler¹ der Primarstufe nach Schulformen in Brandenburg der Schuljahre 2002/03 bis 2009/10**

Schuljahr	Insgesamt		Grundschule		Gesamtschule		Oberschule		Gymnasium	
	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler
2002/03 ...	583	103 537	469	90 532	70	11 020	–	–	44	1 985
2003/04 ...	566	95 676	464	84 397	62	9 423	–	–	40	1 856
2004/05 ...	554	96 192	462	85 856	53	8 682	–	–	39	1 654
2005/06 ...	543	102 469	462	92 518	5	820	43	7 649	33	1 482
2006/07 ...	541	108 252	468	99 147	5	876	34	6 618	34	1 611
2007/08 ...	548	112 524	474	103 667	6	1 326	27	5 767	41	1 764
2008/09 ...	542	115 163	477	106 444	5	970	26	5 952	34	1 797
2009/10 ...	545	116 281	475	106 694	6	1 250	30	6 507	34	1 830

¹ ohne Schüler in Förderschulklassen

Abb. 4 **Gemeinden mit Grundschulen in Brandenburg im Schuljahr 2009/10**

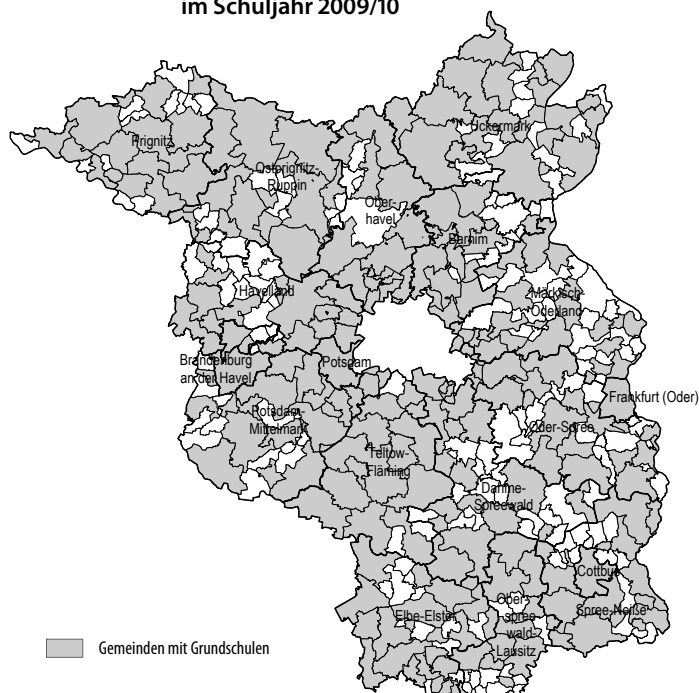
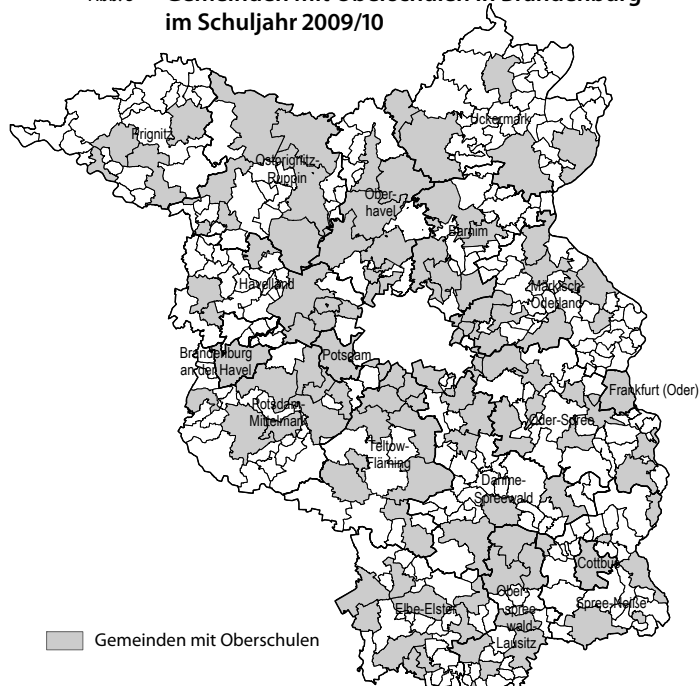


Abb. 5 **Gemeinden mit Oberschulen in Brandenburg im Schuljahr 2009/10**



ohne gOst wurden in Oberschulen umgewandelt. An der Oberschule können die Jugendlichen den Bildungsgang zum Erwerb des erweiterten Hauptschulabschlusses/der erweiterten Berufsbildungsreife und den Bildungsgang zum Erwerb des Realschulabschlusses/der Fachoberschulreife besuchen. Durch eine individuelle Gestaltung der Schullaufbahn in der Sek I wird den Jugendlichen eine Fortsetzung ihrer Ausbildung in der Sek II ermöglicht. Damit können an der Oberschule alle Abschlüsse der Sekundarstufe I erworben werden. Das Netz der Oberschulen im Land ist zwar nicht so dicht wie das der Grundschulen, jedoch kann man auch hier von einer nahezu flächendeckenden Verteilung sprechen (Abbildung 5).

Die noch bestehenden Gesamtschulen und die Gymnasien runden das Bildungsangebot in der Sekundarstufe I ab.

Immer mehr Jugendliche erreichen die Hochschulreife

Im Regelfall verlassen die Schülerinnen und Schüler das allgemeinbildende Schulsystem frühestens nach Erfüllung der zehnjährigen Vollzeitschulpflicht. Jugendliche, die das Schulsystem am Schuljahresende ohne Abschlusszeugnis verlassen, werden als Abgänger bezeichnet.

An den allgemeinbildenden Schulen des Landes werden folgende Abschlüsse und Berechtigungen vergeben:

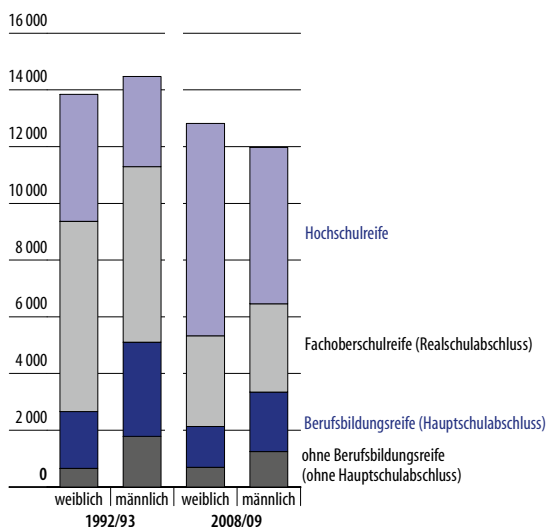
- Hauptschulabschluss/Berufsbildungsreife,
- erweiterter Hauptschulabschluss/erweiterte Berufsbildungsreife,
- Realschulabschluss/Fachoberschulreife,
- Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe,
- Fachhochschulreife,
- allgemeine Hochschulreife/Abitur.

Förderschulen können eigene Abschlüsse vergeben.

Legt man die Ergebnisse des Jahres 1993 (Ende des Schuljahres 1992/93) zugrunde, so sind im Zeitraum bis 2009 bei den erreichten Schulabschlüssen, mit denen die Jugendlichen die allgemeinbildende Schule verlassen, Verschiebungen zu beobachten (Abbildung 6).

Von den 28 000 Absolventen/Abgängern im Jahr 1993 hatten mehr als 2 000 keinen Schulabschluss erreicht. Nur 27 % dieser Abgänger waren weiblich. Die einfache oder erweiterte Berufsbildungsreife erreichten 5 000 Jugendliche, während 13 000 die Fachoberschulreife bzw. die Berechtigung zum Besuch

Abb. 6 **Absolventen/Abgänger in Brandenburg 1992/93 und 2008/09 nach Bildungsabschlüssen und Geschlecht**



der gOst erwarben. Fast 8 000 Absolventen verließen die Allgemeinbildende Schule mit dem Abitur in der Tasche. Darunter waren 59 % Mädchen.

Unter den 25 000 Absolventen/Abgängern am Ende des Schuljahres 2008/09 hatten knapp 2 000 die Berufsbildungsreife nicht erreicht. Der Anteil der weiblichen Abgänger erreichte mit 36 % den bisher höchsten Wert. Mit dem Zeugnis einer Berufsbildungsreife verließen weniger als 4 000, mit der Fachoberschulreife bzw. der Berechtigung zum Besuch der gOst ca. 6 000 Jugendliche die Allgemeinbildende Schule. Die Hochschulreife erwarben 13 000 Absolventen. Das sind 5 000 Jugendliche mehr als im Basisjahr. Die Frauenquote bei diesen Absolventen schwankte in den ganzen Jahren nur geringfügig zwischen 58 % und 60 % (2009: 58 %). Auch bei den Absolventen mit Fachoberschulreife betrug der Anteil der Mädchen immer knapp über 50 %. Dagegen bewegte sich der Mädchenanteil an den Schulabgängern zwischen 25 % und 33 %. Erst in den letzten beiden Schuljahren wurde die Ein-Drittelgrenze überschritten.

Schüler an beruflichen Schulen

Gemäß § 39 des Brandenburgischen Schulgesetzes beginnt nach der Erfüllung der Vollzeitschulpflicht die Berufsschulpflicht. Für Jugendliche ohne Berufsausbildungsverhältnis dauert die Berufsschulpflicht bis zum Ablauf des Schuljahres, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden. Wer vor Vollendung des 21. Lebensjahres ein Berufsausbildungsverhältnis beginnt, ist bis zum Ende des Ausbildungsverhältnisses berufsschulpflichtig.

Das Oberstufenzentrum (OSZ) als berufliche Schule in öffentlicher Trägerschaft vereint im Land Brandenburg die Berufsschule, die Berufsfachschule, die Fachoberschule sowie die Fachschule unter einem Dach. Die Ausbildungskompetenz wird an den Oberstufenzentren lokal konzentriert. Dabei ist zu beachten, dass einige OSZ an mehreren Standorten Abteilungen betreiben.

Das berufliche Gymnasium wird an zwei Drittel der OSZ und seit den letzten zwei Schuljahren auch an einer beruflichen Schule in freier Trägerschaft angeboten. Schüler, die diesen Bildungsgang besuchen, wurden in dieser Analyse statistisch zu den allgemeinbildenden Schulen gerechnet und werden im Folgenden nicht mehr betrachtet.

Im Schuljahr 2009/10 lernten insgesamt 61 000 Jugendliche an den 68 beruflichen Schulen des Landes. Allein an den 27 Oberstufenzentren wurden insgesamt 53 000 Schüler unterrichtet. Demgegenüber stehen 55 000 Schüler, die im Schuljahr 1992/93 an 51 beruflichen Schulen ausgebildet wurden. Damals gab es nur 8 Schulen in freier Trägerschaft.

Die überwiegende Mehrheit aller Berufsschüler erlernt einen Ausbildungsberuf im Dualen System (95 % im Schuljahr 2009/10). So wird der Bildungsgang zur Vermittlung des schulischen Teils einer Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) bezeichnet. Hierbei erfüllen Berufsschule und Ausbildungsstätte einen gemeinsamen Bildungsauftrag.

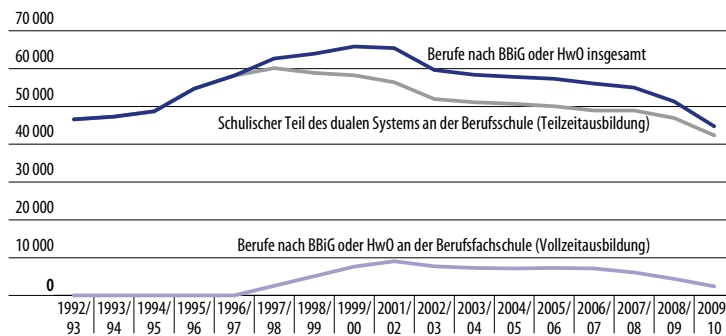
Daneben wird der Bildungsgang zur Vertiefung der Allgemeinbildung und Berufsorientierung, Berufsvorbereitung oder Berufsausbildungsvorbereitung angeboten. Das Angebot richtet sich in erster Linie an Jugendliche, die bisher keinen Ausbildungsvertrag abschließen konnten und ihre Chancen auf dem Lehrstellenmarkt verbessern möchten.

Der Anteil der Schüler, die an einer Berufsschule lernten, gemessen an der Gesamtschülerzahl, reduzierte sich im Betrachtungszeitraum um mehr als 15 %. Im vergangenen Schuljahr besuchten drei von vier Schülern die Berufsschule.

An allen anderen Schulformen wurden – sowohl anteilig als auch absolut – mehr Schüler registriert. Den größten Zuwachs konnten die Berufsfachschulen verbuchen. Mit 7 000 Schülern wurden im Jahr 2009/10 ca. elfmal soviel Jugendliche wie im Schuljahr 1992/93 registriert. Diese Verschiebungen wurden wesentlich durch die Neustrukturierung der Bildungsgänge an beruflichen Schulen im Schuljahr 1997/98 geprägt. An den Berufsfachschulen wurde beispielsweise der Bildungsgang „Berufsausbildung in einem Sozialberuf nach Landesrecht“ etabliert. Zeitgleich entfiel die Ausbildung für soziale Berufe an den Berufsschulen. Als wichtigste Veränderung ist die Einführung des Bildungsganges zum Erwerb von Berufsabschlüssen nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung in schulischer Form – das sogenannte Kooperative Modell – zu nennen. Das Ausbildungsangebot im kooperativen Modell richtet sich an berufsschulpflichtige Jugendliche, die bei einer der Brandenburger Agenturen für Arbeit, optierenden Kommunen oder ARGE als Bewerber/-innen um einen Ausbildungsplatz gemeldet sind und zu Beginn des Ausbildungsjahres noch nicht vermittelt werden konnten.

Die Ausbildung wird im Rahmen der Ausbildungsplatzprogramme Ost aus Mitteln des Bundes und des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Die schulische Ausbildung erfolgt an der Berufsfachschule eines Oberstufenzentrums. Die fachpraktische Ausbildung, die mit einem betrieblichen Praktikum verbunden ist, wird von einem Bildungsträger übernommen (Abbildung 7).

Abb. 7 **Ausbildung in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung an Berufsschulen und Berufsfachschulen in Brandenburg 1992/93 bis 2009/10**



In allen Bildungsgängen der Berufsschule und der Berufsfachschule können die Schülerinnen und Schüler unter bestimmten Voraussetzungen neben dem Berufsabschluss ihren allgemeinbildenden Abschluss verbessern.

Die Ausbildung an der Fachoberschule hat den Erwerb der Fachhochschulreife zum Ziel. Im Land Brandenburg gibt es Bildungsgänge in den Fachrichtungen Technik, Wirtschaft und Verwaltung, Sozialwesen, Ernährung, Gestaltung sowie Agrarwirtschaft.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Fachoberschulen erhöhte sich seit 1992/93 kontinuierlich und erreichte im Schuljahr 2005/06 mit mehr als 4 000 Jugendlichen ihren bisherigen Höchststand. Im Schuljahr 2009/10 lernten an den Fachoberschulen des Landes mehr als 3 000 junge Menschen. Das waren viermal soviel wie im Basisjahr.

An den Fachschulen waren die Schülerzahlen zunächst rückläufig und steigen seit dem Schuljahr 2000/01 wieder leicht an. Seit drei Jahren lernen wieder mehr Jugendliche an den Fachschulen des Landes als im Basisjahr 1992/93. Die Ausbildung an der Fachschule Technik und Wirtschaft schließt mit dem Abschluss „Staatlich geprüfter Techniker“ bzw. „Staatlich geprüfter Betriebswirt“ ab. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Fachschule für Sozialwesen kann die staatliche Anerkennung gemäß Sozialberufsgesetz des Landes Brandenburg beantragt werden. Neben dem beruflichen Abschluss ist der Erwerb der Fachhochschulreife bzw. der Erwerb von Teilqualifikationen möglich.

Autorin: Ilona Hubrich

1990–2010 **Berlin und Brandenburg**1990–2010 **Berlin und Brandenburg**

Hochschulen

In Berlin und Brandenburg seit 1992

Seit Wintersemester 1992/1993 werden von allen staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen jährlich Daten zu Studierenden, zu den Abschlussprüfungen und zum Hochschulpersonal und zusätzlich in den Sommersemestern Daten zu den Studienanfängern nach einem bundeseinheitlichen Erhebungsprogramm geliefert. Daher gibt es vollständige und vergleichbare Daten zu den Hochschulen der Länder Berlin und Brandenburg erst seit diesem Zeitpunkt. Das Wintersemester 1992/1993 dient daher als Basisjahr für die folgenden Ausführungen. Rechtsgrundlage für alle Hochschulstatistiken ist das Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz – HStatG) vom 2. November 1990 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2005 (BGBl. I S. 1860) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246) und dem Gesetz über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz – BerIHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Februar 2003 (GVBl. S. 82), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. März 2009 (GVBl. S. 70) bzw. dem Gesetz zur Neuordnung des Hochschulrechts des Landes Brandenburg vom 18. Dezember 2008 (GVBl. I S. 318).

Entsprechend ihrer gesetzlichen Auskunftspflicht erteilen die Hochschulen die Angaben für die Statistiken aus ihren Verwaltungsunterlagen. Im Folgenden werden grundsätzlich die Zahlen der Studierenden im Wintersemester des jeweiligen Jahres betrachtet. Bei den Angaben zu den bestandenen Abschlussprüfungen werden die Ergebnisse eines Prüfungsjahres (Wintersemester und folgendes Sommersemester) dargestellt und bei den Angaben zum Hochschulpersonal handelt es sich um Stichtagsangaben vom 1. Dezember des jeweiligen Jahres.

Berlin

Die Hochschullandschaft Berlins hat sich in den vergangenen fast 20 Jahren verändert. Seit Wintersemester 1992/1993 wurden die ehemaligen Ostberliner Hochschulen mit in die Berliner Hochschulstatistik einbezogen. Damals gab es in Berlin 17 Hochschulen und einen Fachbereich der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. Seit dieser Zeit wurden mehrere Hochschulen in freier Trägerschaft staatlich anerkannt. Außerdem wurde die Charité-Universitätsmedizin im Jahr 2004 eine eigenständige Universität. Im Wintersemester 2009/2010 gab es in Berlin neun Universitäten, darunter fünf in freier Trägerschaft, vier Kunsthochschulen, einschließlich der Universität der Künste, 21 Fachhochschulen, darunter 16 in freier Trägerschaft und zwei Fachbereiche der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung mit Studienbetrieb.

Rund 140 000 Studierende

Im Wintersemester 2009/2010 waren an den Hochschulen Berlins 140 070 Studierende eingeschrieben. Die Zahl der Studierenden schwankte in den vergangenen Jahren und stieg seit 2007 jährlich an, erreichte jedoch nicht wieder die Höchstwerte der ersten Hälfte der 90er Jahre (Abbildung 1).

70 % der Studierenden waren im Wintersemester 2009/2010 an den Universitäten eingeschrieben, weitere 3 % an den Kunsthochschulen und 26 % an den Fachhochschulen. Der Anteil der Studierenden an den beiden Fachbereichen der Fachhochschule des Bundes lag unter 1 %. Der Anteil der Studierenden an den Universitäten ist seit Wintersemester 1992/1993 um 10 Prozentpunkte zurückgegangen, während sich der Anteil Studierender an den Fachhochschulen von 12 % auf 26 % mehr als verdoppelt hat. Auch absolut hat sich die Zahl der Studierenden an Fach-

Abb. 1 Studierende in Berlin in den Wintersemestern 1992/93 bis 2009/10

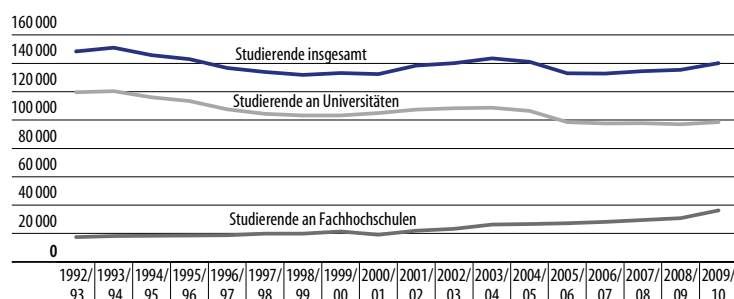


Abb. 2 Regionale Herkunft der Berliner Studierenden nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung 1993/94 bis 2009/10 (ausgewählte Jahre)

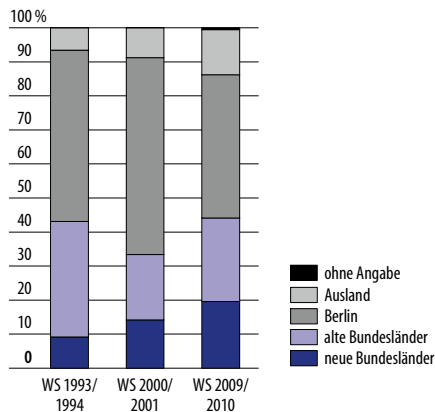
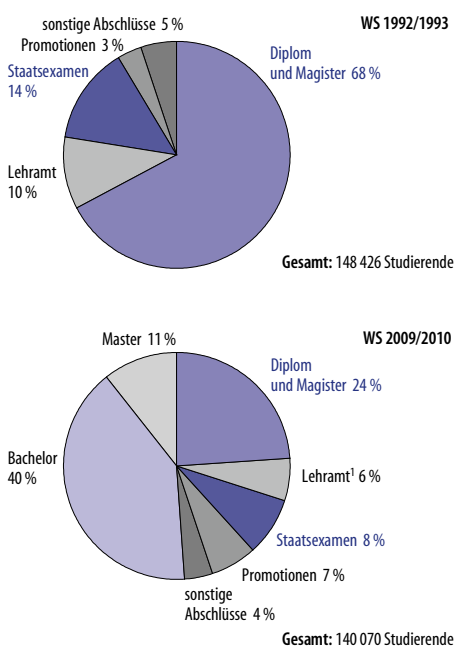


Abb. 3 Berliner Studierende nach angestrebten Abschlüssen im Wintersemester 1992/93 und 2009/10



1 einschließlich Lehramt-Bachelor und -Master

hochschulen seit Wintersemester 1992/1993 mehr als verdoppelt. Das zeigt die gestiegene Akzeptanz der Fachhochschulen in Berlin, welche eine stärker anwendungsbezogene Ausbildung bieten.

Innerhalb der Berliner Hochschullandschaft haben die Hochschulen in freier Trägerschaft eine steigende Bedeutung. So waren 16 % aller Studierenden an Fachhochschulen im Wintersemester 2009/2010 an einer Fachhochschule in freier Trägerschaft eingeschrieben, im Wintersemester 1992/1993 waren es gerade 5 %. Knapp 5 % der Studierenden an Universitäten waren im Wintersemester 2009/2010 an Universitäten in freier Trägerschaft eingeschrieben, 1992 war es 0,5 %.

Der Frauenanteil unter den Berliner Studierenden ist von 45 % im Wintersemester 1992/1993 auf 49 % im Wintersemester 1999/2000 gestiegen. Seitdem lag dieser immer zwischen 49 % und 51 %. Der Frauenanteil an den Fachhochschulen liegt zwar immer unter dem der Universitäten, ist aber seit 1992/1993 fast ständig angestiegen, von 32 % auf mittlerweile 45 %. Auch der Anteil Studentinnen an den Universitäten ist seit Wintersemester 1992/1993 zunächst von 45 % auf 53 % im Wintersemester 2002/2003 angestiegen, danach aber wieder leicht gefallen. Zurzeit sind 51 % aller Studierenden an Universitäten Frauen.

Im Wintersemester 2009/2010 waren 22 366 ausländische Studierende an den Berliner Hochschulen eingeschrieben. Der Anteil Studierender mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist seit Wintersemester 1992/1993 um 6 Prozentpunkte angestiegen und betrug 2009/2010 im Wintersemester 16 %.

Für die Darstellung der regionalen Herkunft der Studierenden wird das Merkmal „Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung“ herangezogen. Auch hierbei ist ein Wandel zu erkennen. Kamen im Wintersemester 1993/1994 noch sehr wenige Studierende aus den neuen Bundesländern (9 %), so waren es im Wintersemester 2009/2010 immerhin 20 %. In Personen ausgedrückt waren das 13 600 Studierende mehr. Demgegenüber ist der Anteil der Studierenden aus den alten Bundesländern um 9 Prozentpunkte zurückgegangen, das entspricht einem Rückgang von rund 17 000 Studierenden. Der Anteil der Studierenden aus Berlin betrug 2009/2010 im Wintersemester 42 % und ist gegenüber dem Wintersemester 1993/1994 um 8 Prozentpunkte bzw. rund 17 100 Studierende zurückgegangen (Abbildung 2).

Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen

Je nach Studiengang führt das Studium zu einem berufsqualifizierenden Abschluss, das kann z.B. ein Staatsexamen, ein Diplom oder eine Lehramtsprüfung sein. Seit Novellierung des Hochschulrahmengesetzes im Jahr 1998 besitzen die Hochschulen die Möglichkeit, die international anerkannten Bachelor- und Masterstudiengänge anzubieten. Inzwischen sind viele Studiengänge an den Berliner Hochschulen auf die international anerkannten Abschlüsse umgestellt worden. Seit einigen Jahren wird auch das Lehramtsstudium nur noch in gestufter Form angeboten. Abbildung 3 zeigt, dass inzwischen mehr als die Hälfte der Studierenden einen Bachelorabschluss als ersten akademischen Abschluss oder einen Masterabschluss anstreben, dagegen nur noch jeder Vierte ein Diplom oder einen Magisterabschluss.

Die Grafik verdeutlicht außerdem, dass es einen deutlichen Anstieg der Promotionsstudenten gibt, im Wintersemester 1992/1993 waren 5 163 Promotionsstudierende an den Berliner Universitäten eingeschrieben, im Wintersemester 2009/2010 waren es 9 247.

Anzahl der bestandenen Abschlussprüfungen gestiegen

Im Prüfungsjahr 2009 wurden an den Berliner Hochschulen insgesamt 22 979 Abschlussprüfungen bestanden. Die Anzahl der bestandenen Abschluss-

prüfungen ist seit dem Prüfungsjahr 1993 um mehr als 10 000 Abschlussprüfungen (+77 %) gestiegen. Es zeigt sich auch hier die gewachsene Bedeutung der Fachhochschulen, denn es wurden im Prüfungsjahr 1993 lediglich 19 % der bestandenen Abschlussprüfungen an Fachhochschulen abgelegt, aber fast ein Drittel im Prüfungsjahr 2009 (Abbildung 4).

Der Wandel in Richtung Bachelor- und Masterstudiengänge macht sich auch bei den Abschlussprüfungen bemerkbar. Waren im Prüfungsjahr 1993 das Diplom und das Staatsexamen die überwiegenden Abschlussarten, so sind in den letzten Jahren immer mehr Bachelor- und Masterabschlüsse erreicht worden. Nach den „Ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen“ der Kultusministerkonferenz ist in einem System mit gestuften Studienabschlüssen der Bachelorabschluss der Regelabschluss eines Hochschulstudiums. Die ersten Bachelorabschlüsse wurden in Berlin im Prüfungsjahr 2002 vergeben, die ersten Masterabschlüsse im Prüfungsjahr 2000. Im Prüfungsjahr 2009 waren nur noch 42 % aller bestandenen Abschlussprüfungen Diplom- oder Magisterprüfungen, aber bereits 23 % Bachelorprüfungen und 11 % Masterprüfungen.

Bei der gestiegenen Anzahl der Prüfungen insgesamt muss berücksichtigt werden, dass bei den neuen gestuften Studiengängen bereits nach der ersten Stufe die erste Prüfung abgelegt wird, die Masterprüfung zählt dann wieder als Hochschulprüfung. In den Fällen, wo die erste und zweite Stufe des Studiums durchlaufen werden, ist der gleiche Student also zwei Mal in der Prüfungsstatistik enthalten.

Weniger Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal

Im Jahr 2009 waren insgesamt 30 242 Personen hauptberuflich an den Berliner Hochschulen tätig, davon gehörten 13 404 Personen zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und 16 838 Personen zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal.

Während die Anzahl des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals seit 1992 relativ gleich geblieben ist, ist beim Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal seit 1992 ein fast ständiger Rückgang zu verzeichnen. Der Rückgang betrug im Jahr 2009 gegenüber 1992 mehr als ein Drittel (Abbildung 5).

Während Frauen beim Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal schon immer überrepräsentiert waren – der Anteil lag immer zwischen 72 % und 75 % –, lag der Frauenanteil beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal immer weit unter dem der Männer. Hierbei ist aber eine steigende Tendenz zu beobachten. Der Frauenanteil lag 2009 bei 39 %, 2000 dagegen bei 31 % und 1992 bei 28 %. Auffallend ist hierbei der steigende Anteil der Professorinnen von 11 % 1992 auf 28 % im Jahr 2009.

Eine weitere Tendenz ist der zunehmende Anteil von Teilzeitbeschäftigten. Beim hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal arbeitet inzwischen jeder Dritte in Teilzeit. Im Jahr 1992 waren es nur 18 %. 53 % aller in Teilzeit Beschäftigten sind in dieser Personalkategorie Frauen, 1992

Abb. 4 Bestandene Abschlussprüfungen in Berlin nach besuchter Hochschulart 1993 bis 2009

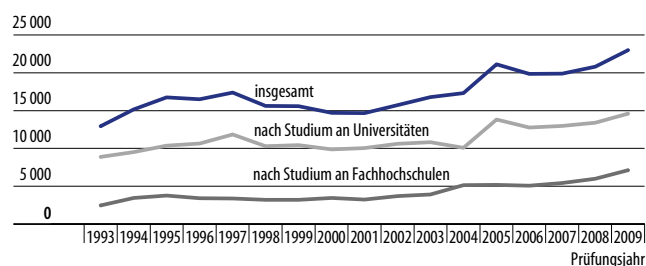
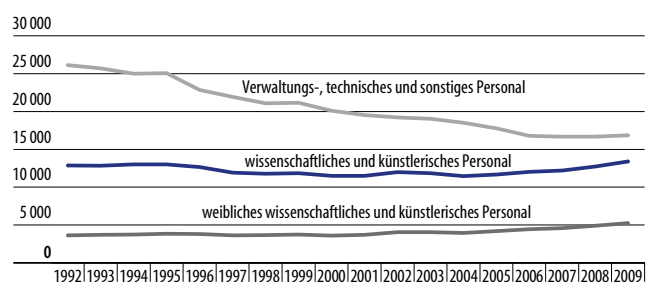


Abb. 5 Hauptberufliches Berliner Hochschulpersonal 1992 bis 2009 (jeweils am 1. Dezember)



waren es 39 %. Auch beim hauptberuflichen Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten gestiegen. Im Jahr 1992 waren 21 % teilzeitbeschäftigt und 29 % im Jahr 2009.

Brandenburg

Die Hochschulstruktur des Landes Brandenburg hat sich in den vergangenen fast 20 Jahren erheblich verändert. Auf der Grundlage des im Juni 1991 verabschiedeten Brandenburger Hochschulgesetzes wurden drei neue Universitäten und fünf Fachhochschulen gegründet; die seit 1954 existierende Hochschule für Film und Fernsehen blieb eine staatliche Hochschule. Zwei Verwaltungsfachhochschulen, sowie im Wintersemester 2009 drei staatlich anerkannte Fachhochschulen in freier Trägerschaft mit Studienbetrieb, vervollständigen die Brandenburger Hochschullandschaft.

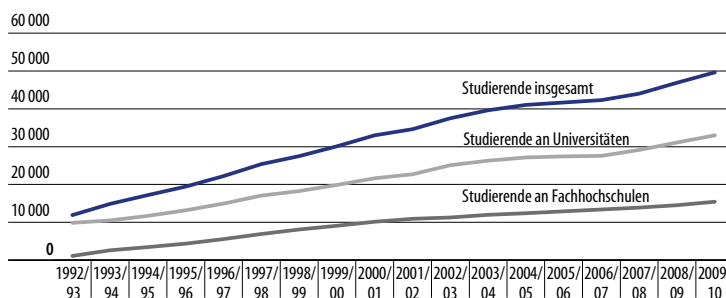
Auch das Studienangebot hat sich erheblich verändert. Inzwischen gibt es ein vielfältiges Angebot, nur wenige Studienrichtungen, wie z.B. Humanmedizin, einschließlich der Zahnmedizin, und Tiermedizin oder die Pharmazie, sind nicht im Angebot der Brandenburger Hochschulen enthalten.

Fast 50 000 Studierende

Im Wintersemester 2009/2010 waren an den Hochschulen des Landes Brandenburg insgesamt 49 633 Studierende als Haupt- oder Nebenhörer eingeschrieben. Das waren mehr als vier Mal so viele wie im Wintersemester 1992/1993. Die Zahl der Studierenden hat sich ausnahmslos in jedem Jahr erhöht.

Zwei Drittel der Studierenden waren im Wintersemester 2009/2010 an den drei Universitäten in Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus eingeschrieben. Dieser Anteil ist innerhalb der vergangenen Jahre zugunsten der Fachhochschulen zurückgegangen.

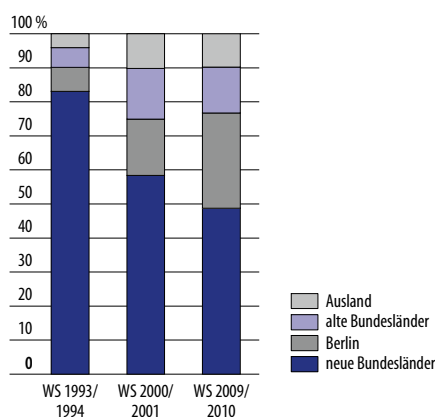
Abb. 6 Studierende in Brandenburg in den Wintersemestern 1992/93 bis 2009/10



Betrug der Anteil der Studierenden an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) im Wintersemester 1992/1993 gerade knapp 10 %, so waren es 31 % im Jahr 2009. Das zeigt auch die in Brandenburg gestiegene Akzeptanz der Fachhochschulen, die eine stärker anwendungsbezogene Ausbildung anbieten (Abbildung 6).

Der Anteil der Studentinnen ist innerhalb der vergangenen Jahre leicht zurückgegangen.

Abb. 7 Regionale Herkunft der Studierenden nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung 1993/94 bis 2009/10 (ausgewählte Jahre)

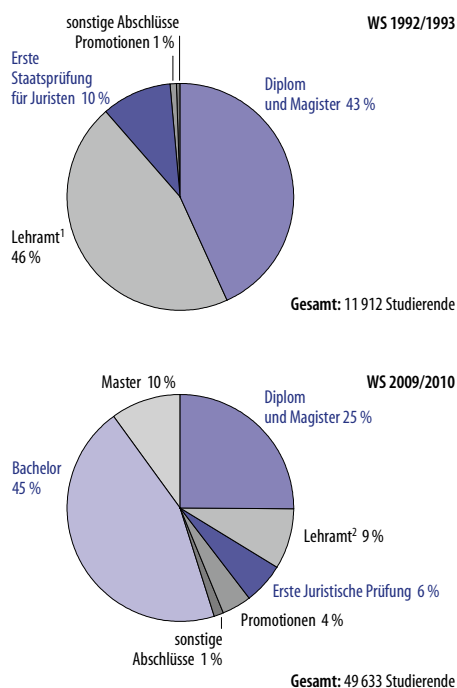


Waren im Wintersemester 1992/1993 noch 54 % aller Studierenden weiblich, so waren es im Wintersemester 2009/2010 nur noch 51 %. Der Frauenanteil an den Universitäten lag mit durchschnittlich 55 % immer über dem der Fachhochschulen (durchschnittlich 42 %).

Für ausländische Studierende werden die Brandenburger Hochschulen zunehmend attraktiver: So ist der Anteil ausländischer Studierender von 3 % im Wintersemester 1992/1993 auf 11 % im Wintersemester 2009/2010 gestiegen. Der Anteil ausländischer Studierender ist an der Europa-Universität (Viadrina) entsprechend ihrer internationalen Ausrichtung am höchsten. Im Wintersemester 2009/2010 betrug er 24 %, wobei 59 % aller ausländischen Studierenden der Europa-Universität die polnische Staatsangehörigkeit haben.

Für die Darstellung der regionalen Herkunft der Studierenden wurde das Merkmal „Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung“ herangezogen. Ähnlich wie in Berlin ist auch im Land Brandenburg seit Wintersemester 1993/1994 ein Wandel zu erkennen. Kamen damals noch sehr wenige Studierende aus den alten Bundesländern (6 %), so waren es im Wintersemester 2009/2010 immerhin 14 %. In Personen ausgedrückt waren das über 5 800 Studierende mehr. Auch der Anteil der Studierenden aus Berlin hat sich um 21 Prozentpunkte erhöht, das entspricht einem Zuwachs von über 12 800 Studierenden. Das ist umso beachtlicher, wenn man bedenkt, dass Berlin eine eigene, noch vielfältigere, Hochschullandschaft aufweist (Abbildung 7).

Abb. 8 Studierende nach angestrebten Abschlüssen in Brandenburg im Wintersemester 1992/93 und 2009/10



Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen

Der bundesweiten Entwicklung folgend sind inzwischen auch in Brandenburg die meisten Studiengänge an den Hochschulen auf die international anerkannten Abschlüsse Bachelor und Master umgestellt. Seit einigen Jahren wird auch das Lehramtsstudium nur noch in gestufter Form angeboten. Neben den neuen Abschlüssen streben auch in Brandenburg deutlich mehr Studierende eine Promotion an (Wintersemester 1992/1993: 106 und Wintersemester 2009/2010: 2 074). Die Abbildung 8 zeigt die Umgestaltung der Brandenburger Hochschullandschaft in Bezug auf die angestrebten Abschlüsse.

¹ einschließlich Ergänzungs- und Erweiterungsstudium

² einschließlich Lehramt-Bachelor und -Master

Ständig steigende Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen

Da die Anzahl der Studierenden in den vergangenen Jahren ständig gestiegen ist, stieg folglich auch die Anzahl der bestandenen Abschlussprüfungen. Wurden im Prüfungsjahr 1993 lediglich 683 Abschlussprüfungen nach dem Studium an brandenburgischen Hochschulen bestanden, so waren es im Prüfungsjahr 2009 mehr als zehn Mal so viele (7 088). Auch hier zeigt sich, dass die Fachhochschulen inzwischen in der Brandenburger Hochschullandschaft fest etabliert sind. War die Anzahl der bestandenen Abschlussprüfungen nach der Gründung der Fachhochschulen zunächst noch sehr gering, so wird inzwischen mehr als ein Drittel aller bestandenen Abschlussprüfungen nach dem Studium an Fachhochschulen bestanden (Abbildung 9).

Es gab auch bezüglich der bestandenen Prüfungen einen Wandel in Richtung Bachelor- und Masterabschlüsse. Waren in den ersten Prüfungsjahren die überwiegenden Abschlussarten das Diplom und das Lehramt, so sind inzwischen auch schon sehr viele Bachelor- und Masterprüfungen bestanden worden. Die ersten Bachelorprüfungen wurden in Brandenburg im Prüfungsjahr 2001 bestanden, die ersten Masterabschlüsse im Prüfungsjahr 2000. Im Prüfungsjahr 2009 waren nur noch 44 % aller bestandenen Abschlussprüfungen Diplom- oder Magisterprüfungen, aber bereits 26 % Bachelorprüfungen und 10 % Masterprüfungen.

Mehr Hochschulpersonal

Im Jahr 2009 waren insgesamt 5 592 Personen hauptberuflich an den Brandenburger Hochschulen tätig, davon gehörten 3 383 Personen zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und 2 209 Personen zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal.

Mit der Schaffung der neuen Hochschullandschaft wurde zunächst auch mehr hauptberufliches Hochschulpersonal eingestellt. Das betraf sowohl das wissenschaftliche und künstlerische Personal als auch das Verwaltungs-, technische und sonstige Personal. Diese Entwicklung wurde Ende der 90er Jahre unterbrochen. Erst seit 2001 beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und seit 2007 beim nichtwissenschaftlichen Personal waren wieder Zuwachsraten zu verzeichnen (Abbildung 10).

Während Frauen beim Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal schon immer überrepräsentiert waren – der Anteil im betrachteten Zeitraum bewegte sich zwischen 62 % und 67 % –, lag der Frauenanteil beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal immer unter dem der Männer. Hierbei ist aber eine leicht steigende Tendenz zu beobachten. Der Frauenanteil lag 2009 bei 35 %, 2006 dagegen bei 33 % und 1993 bei 29 %. Auffallend ist hierbei der steigende Anteil der Professorinnen von 12 % 1992 auf 21 % im Jahr 2009.

Abb. 9 Bestandene Abschlussprüfungen in Brandenburg nach besuchter Hochschulart 1993 bis 2009

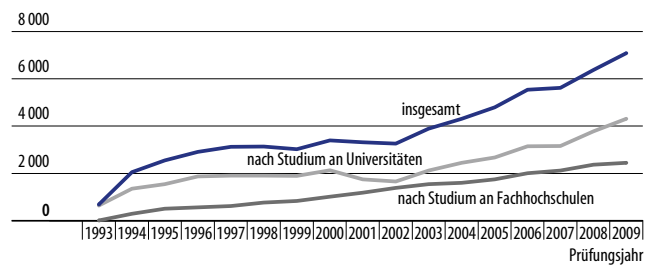
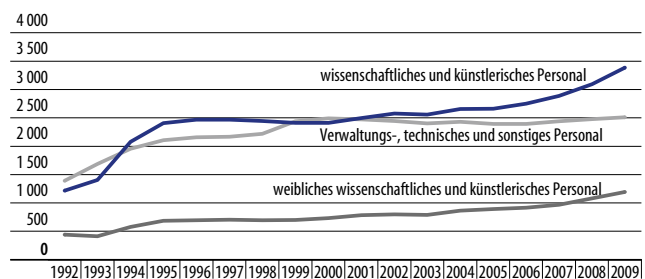


Abb. 10 Hauptberufliches Brandenburger Hochschulpersonal 1992 bis 2009 (jeweils am 1. Dezember)



Eine weitere Tendenz ist der zunehmende Anteil von Teilzeitbeschäftigten. Beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal arbeiten mittlerweile 40 % der hauptberuflich Tätigen in Teilzeit, im Jahr 1992 waren es nur 4 %. 47 % aller Teilzeitbeschäftigten sind beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal Frauen. Auch beim Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal arbeitet inzwischen mehr als jeder Fünfte in Teilzeit (22 %). Im Jahr 1992 waren es nur 7 %. Über 80 % aller Teilzeitbeschäftigten sind hier Frauen.

Autorin: Erika Eltfeld

1990–2010 **Berlin und Brandenburg****Mikrozensus**

Die soziale und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg von 1991 bis 2009

Diesem Beitrag liegen Ergebnisse aus dem Mikrozensus zugrunde. Seit 1991 liefert der Mikrozensus Informationen über die Lebensverhältnisse der Bevölkerung im wiedervereinigten Deutschland. Bis 2004 wurden 1 % der Haushalte im April jeden Jahres befragt, ab 2005 erfolgt dies gleichmäßig über das Kalenderjahr verteilt. Damit beziehen sich die hier präsentierten Daten bis zum Jahr 2004 auf eine Woche im April des Berichtsjahres, ab dem Berichtsjahr 2005 handelt es sich um Jahresdurchschnitte. Die Ergebnisse der Stichprobe werden auf die Bevölkerung hochgerechnet.

Entwicklung der Haushaltsstrukturen in Berlin und Brandenburg ähnlich

Im April 1991 lebten Einwohner Berlins in 1 754 600 Haushalten, im Schnitt bestand ein Haushalt aus 2,0 Personen. Bis 2009 ist die durchschnittliche Personenzahl pro Haushalt auf 1,7 Personen gefallen und die Zahl der Haushalte um 213 500 beziehungsweise 12,2 % gestiegen.

Die Entwicklung in Brandenburg verlief ähnlich, im Vergleich zu Berlin waren die Haushalte in Brandenburg 1991 jedoch größer und bestanden aus durchschnittlich 2,5 Personen. Bis 2009 ist die durchschnittliche Brandenburger Haushaltsgröße auf 2,0 gefallen, die Zahl der Haushalte nahm um 206 400 (+19,9 %) auf 1 245 300 zu.

Mehr Singles und weniger Mehrpersonenhaushalte

Die Entwicklung der Zahl der Haushalte und ihrer Größe entspricht einem bundesweiten Trend: Auch in Berlin und Brandenburg ist in den letzten Jahren

die Zahl der Einpersonenhaushalte weiter gestiegen, die der Mehrpersonenhaushalte dagegen gesunken.

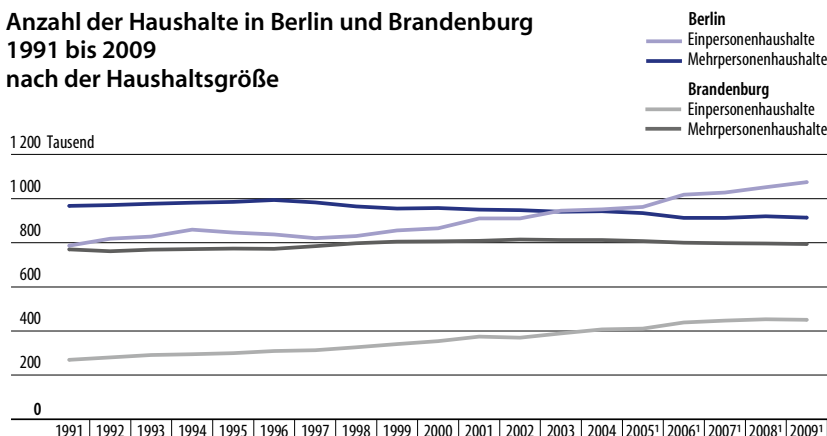
Im Jahr 1991 bestanden 787 000 oder 44,9 % der Berliner Haushalte nur aus einer Person, 2009 waren es 1 074 300 und mit 54,0 % mehr als die Hälfte. Das war ein Anstieg der Zahl der Haushalte dieses Typs um 36,5 %. Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass in Berlin die durchschnittliche Zahl und die Größe der Haushalte von der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beeinflusst werden. In Berlin hatten 2009 ein Viertel der Einwohner einen Migrationshintergrund, für Brandenburg ist dies wegen des geringen Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung nicht von Bedeutung. Im Jahr 2009 waren unter den 365 400 Berliner Haushalten mit Migrationshintergrund 53,0 % Mehrpersonenhaushalte. Auch bei diesen zeigte sich der allgemeine Trend: Der Anteil der Einpersonenhaushalte stieg von 41,5 % (2005) auf 47,0 % (2009). Zugleich nahm die Zahl der Mehrpersonenhaushalte in Berlin von 1991 bis 2009 um 53 800 oder 5,6 % ab. Dabei fiel insbesondere der Anteil der Haushalte mit mehr als zwei Personen, während der Anteil der Zwei-Personen-Haushalte mit ca. 30 % konstant blieb. Hatten die privaten Haushalte mit mehr als zwei Personen in Berlin 1991 noch einen Anteil von 25,4 % an allen Haushalten, lag er 2009 bei 16,4 %.

In Brandenburg ist die Zahl der Einpersonenhaushalte im Jahr 2009 mit 451 000 fast doppelt so hoch wie 1991 (269 400). Aber auch die Zahl der Mehrpersonenhaushalte ist in Brandenburg seit 1991 (769 500) um 3,2 % angestiegen. Der Anstieg wird durch die Zunahme der Zwei-Personen-Haushalte um 47,0 % verursacht; die Anzahl der Drei-Personen-Haushalte

ist relativ konstant geblieben, die Anzahl der Haushalte mit vier und mehr Personen ist stark gefallen (Abbildung 1).

2009 sind ein Fünftel der Singles in Berlin unter 30 Jahre alt, ein Drittel sind 60 Jahre und älter. Im Jahr 1991 waren beide Anteile sogar noch etwas höher. Der Anteil der Singles in den mittleren Altersgruppen ist am stärksten gestiegen, bei den 40 bis 50-Jährigen um fast 100 Prozent.

Abb. 1 **Anzahl der Haushalte in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2009 nach der Haushaltsgröße**



1 ab 2005 Jahresdurchschnitt, bis 2004 im April/Mai des jeweiligen Jahres

In Brandenburg sind 2009 nur 14,0 % der Singles unter 30 Jahre alt, 41,2 % jedoch 60 Jahre und älter. 1991 betrugen die Anteile 15 % bzw. 56,1 %. Auch hier erhöhte sich der Anteil der Singles in den mittleren Altersgruppen am stärksten, in der Altersgruppe der 40 bis unter 50-Jährigen vervierfachte er sich.

Weniger Familien mit Kindern und auch weniger Kinder

Bis zum Jahr 2004 erfasste der Mikrozensus nur Haushalte mit Kindern im Haushalt. Erst ab 2005 können Familien mit Kindern direkt ausgewiesen werden. Im April 1991 gab es in Berlin 412 300 Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren; 2009 waren es nur noch 308 200 und damit 25,2 % weniger. In Brandenburg war der Rückgang der Zahl der Familien mit minderjährigen Nachkommen und der Zahl der unter 18-jährigen Kinder dramatisch. Noch 1991 wohnten dort 369 700 dieser Familien; im Jahr 2009 waren es 39,3 % weniger. Der Grund liegt im rasanten Geburtenrückgang nach der Wende auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Überdies zogen aus Brandenburg vor allem junge Menschen und damit potenzielle Eltern auf der Suche nach Ausbildung und Arbeit fort.

Weniger Ehepaare, mehr Alleinerziehende und nicht verheiratete Partner

Auch die Familienformen haben sich in den 20 Jahren seit der Wiedervereinigung erheblich verändert: 1991 hatten in Berlin Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren an allen Familien mit minderjährigen Kindern einen Anteil von 71,3 %, 2009 von 52,3 %. Ihre Zahl hat in dieser Zeit um 132 700 abgenommen (–45,1 %). Dagegen nahm die Zahl der Alleinerziehenden und der nicht verheirateten Paare mit unter 18-jährigen Kindern seit 1991 zu, diese stagniert allerdings seit 2001 bei ca. 150 000: Ihr Anteil betrug 1991 noch 28,7 % an allen Familien mit Kindern, im Jahr 2009 lag der Anteil bei 47,7 %. Damit überwiegt bei den Familienformen mit minderjährigen Kindern immer noch die Ehe. Im Mikrozensus können mit dem neuen Familienkonzept seit 2005 auch Alleinerziehende identifiziert werden, ihr Anteil beträgt seitdem unverändert ein Drittel.

In Brandenburg hat sich eine ähnliche Entwicklung vollzogen. 1991 waren in 80 % der Familienformen mit Kindern unter 18 Jahren die Eltern miteinander verheiratet, 2009 nur noch in 56,6 %. Auch hier hat sich diese Zahl innerhalb von 20 Jahren mehr als halbiert (–168 500 bzw. –57,0 %). Die Zahl der Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden ist in Brandenburg von 74 100 (1991) auf 115 900 im Jahr 2001 angestiegen, um dann bis 2009 stetig auf 97 300 zu fallen. 1991 waren das ein Fünftel alle Lebensformen mit minderjährigen Kindern, 2009 betrug der

Anteil 43,4 %. Immer noch ist die Ehe damit die vorherrschende Familienform in Brandenburg. Ein Viertel der Familienformen mit minderjährigen Kindern sind Alleinerziehende – bei leicht steigender Tendenz (Abbildung 2).

Weniger Kinder und mehr Rentner

Die Zahl der Berliner Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren sank zwischen 1991 und 2009 um 26,0 %, von 648 500 auf 480 100. Die Zahl der Personen im Rentenalter stieg dagegen: im Jahr 1991 von 507 800 auf 676 100 im Jahr 2009. Das ist ein Anstieg um 33,4 %.

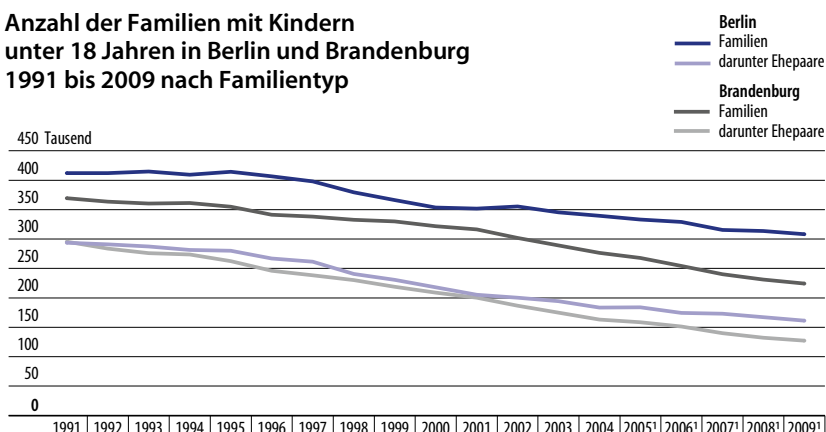
In Brandenburg verlief diese Entwicklung noch deutlicher, 1991 wohnten in Brandenburg 615 500 minderjährige Kinder und 299 800 Rentner, im Jahr 2009 hatte sich das Verhältnis umgekehrt: Es gab nur noch 322 000 Kinder (–47,7 %) und 548 100 Rentner (+82,8 %).

Weniger Menschen leben von der Erwerbstätigkeit

42,0 % der Berliner Bevölkerung leben überwiegend von ihren Einkünften aus einer Erwerbstätigkeit. Das sind 12,4 % weniger als 1991. Damals machte ihr Anteil noch 48,1 % aus. Der Unterhalt durch Eltern oder Ehepartner ist für 19,6 % (1991: 25,5 %) der Berlinerinnen und Berliner die Grundlage für die Lebensführung. Die kleiner gewordene Zahl der Kinder ist eine Ursache für diesen Rückgang. 805 300 oder 23,4 % der Bevölkerung der Stadt leben im Wesentlichen von ihrer Rente, 28,0 % mehr als 1991, wo der Anteil noch bei 18,4 % lag.

In Brandenburg leben 45,7 % der Bevölkerung überwiegend von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit; 1991 waren es noch 48,6 %. Die Anzahl der Brandenburgerinnen und Brandenburger, die überwiegend von ihrer Erwerbstätigkeit leben, ist seit 1991 um 7,7 % gefallen. Auch in Brandenburg ist der Anteil derjenigen, die hauptsächlich durch die Eltern oder den Ehepartner unterhalten werden, gesunken, und zwar von 25,6 % auf nur noch 16,9 %. Die absolute Zahl sank um mehr als ein Drittel und damit stärker als in Berlin. Hauptsächlich von Rente oder Pension lebten 1991 in Brandenburg 441 700 Personen, im Jahr 2009 aber 672 300. Das ist ein Anstieg um 52,2 %. Der Anteil von Rente und Pension als hauptsächlicher Quelle für den Lebensunterhalt stieg seit 1991 um 9,5 Prozentpunkte.

Abb. 2 Anzahl der Familien mit Kindern unter 18 Jahren in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2009 nach Familientyp



1 ab 2005 Jahresdurchschnitt, bis 2004 im April/Mai des jeweiligen Jahres

Mehr Personen sind auf staatliche Unterstützung angewiesen

Erheblich gestiegen ist die Bedeutung staatlicher Transferleistungen als wichtigste Quelle des Lebensunterhalts: Im Jahr 1991 mussten 115 900 Personen in Berlin ihr Leben überwiegend aus der Arbeitslosenunterstützung bestreiten, 65 200 Menschen lebten überwiegend von Sozialhilfe. 2009 waren 39 400 Personen überwiegend auf Arbeitslosengeld, 363 200

Personen auf Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“) und 24 200 Personen auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dies nicht Zahlen über Transferempfänger insgesamt sind, sondern nur die Personen gezählt werden, bei denen die Transferzahlungen die überwiegende Quelle des Lebensunterhaltes sind. Um 135,7 % hat damit die Zahl derer zugenommen, die vornehmlich von staatlicher Unterstützung leben – sie hat sich mehr als verdoppelt. 12,4 % der Berliner Einwohner leben überwiegend von diesen Transferleistungen, 1991 waren es 5,3 %.

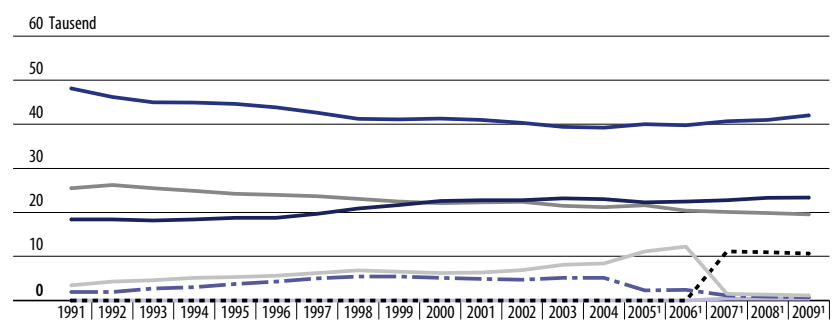
In Brandenburg ist ebenfalls ein Anstieg der Abhängigkeit von Transferleistungen zu beobachten. 120 200 Brandenburgerinnen und Brandenburger bezogen 1991 Arbeitslosenunterstützung als hauptsächliche Quelle ihres Lebensunterhaltes und 11 200 Sozialhilfe. Im Jahr 2009 betrug die Zahl der hauptsächlich von Arbeitslosengeld lebenden Brandenburger Einwohner 43 700, der von Leistungen nach dem SGB II abhängigen 169 400 und der hauptsächlich von Sozialhilfe lebenden 12 700. Damit ist die Anzahl der insgesamt von staatlichen Transferleistungen Abhängigen in Brandenburg seit 1991 um 71,8 % angestiegen. 2009 lebten 8,9 % der Brandenburger Bevölkerung von Transferleistungen, 1991 waren es 5,1 % (Abbildung 3).

Mittleres Haushaltsnettoeinkommen gestiegen

Das mittlere monatliche Haushaltsnettoeinkommen ist 2009 in Brandenburg höher als in Berlin. Das zeigt der Median, ein mittlerer Wert, unter dem und über dem jeweils die Nettoeinkommen der Hälfte der Haushalte liegen. Dabei hat jeder Brandenburger Haushalt im Jahr 2009 im Mittel ein Einkommen von 1 648 EUR gehabt, jeder Berliner Haushalt ein Einkommen von 1 541 EUR. Das mittlere Einkommen der Berliner Haushalte betrug 1991 umgerechnet noch 1 177 EUR, das der Brandenburger 905 EUR. Der Anstieg dürfte zu einem großen Teil auf den starken Einkommenszuwachs in den Neuen Bundesländern und in Berlin-Ost seit der Wende zurückzuführen sein. Nominell beträgt der Einkommenszuwachs für Berliner Haushalte 30,1 %, für Brandenburger Haushalte 82,1 % (Abbildung 4).

Abb. 3 Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2009

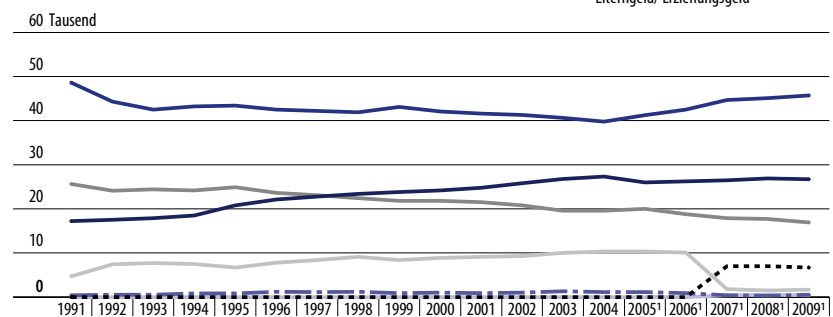
... Berlin



1 ab 2005 Jahresdurchschnitt, bis 2004 im April/Mai des jeweiligen Jahres
2 ab 2007 in Brandenburg nur ALG I

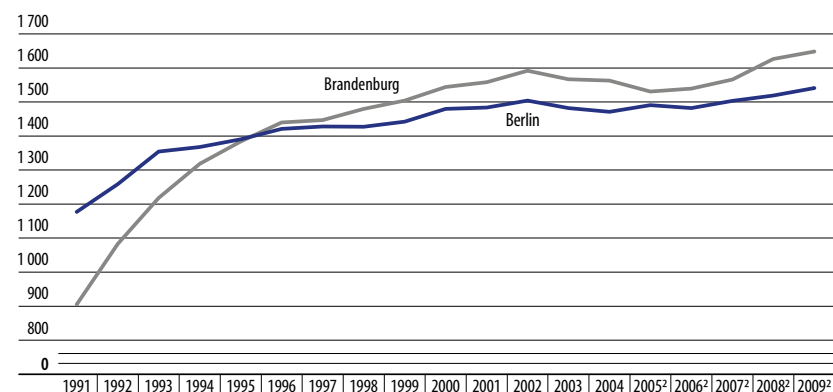
— Erwerbstätigkeit
— Arbeitslosengeld/-hilfe/ ALG I, II²
--- Leistung nach Hartz IV (ALG II, Sozialgeld)
— Rente, Pension
— Unterhalt der Eltern, Ehegatten
— Sozialhilfe/lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt³
— Elterngeld/Erziehungsgeld

... Brandenburg



1 ab 2005 Jahresdurchschnitt, bis 2004 im April/Mai des jeweiligen Jahres
2 ab 2007 in Brandenburg nur ALG I
3 Sozialhilfe in Brandenburg bis 2006 einschließlich Asylbewerberleistungen

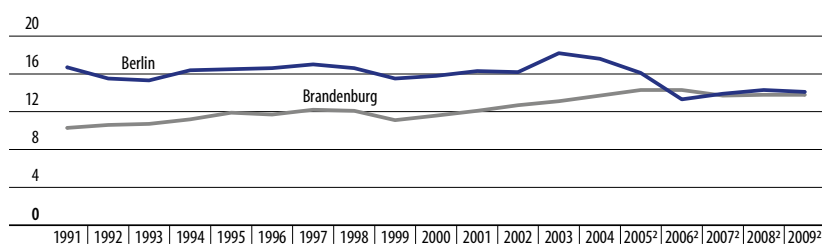
Abb. 4 Mittleres Haushaltsnettoeinkommen¹ der Privathaushalte in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2009



1 Der Wert wurde aus den gruppierten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen berechnet (Median).
2 ab 2005 Jahresdurchschnitt, bis 2004 im April/Mai des jeweiligen Jahres

Bei der Verteilung der Haushalte auf die Einkommensklassen ist zu erkennen, dass die oberen Klassen in Berlin stärker besetzt sind als in Brandenburg, die mittleren Klassen etwas schwächer. Das heißt, die soziale Ungleichheit, gemessen am Einkommen, ist in Berlin derzeit stärker ausgeprägt als in Brandenburg. Die stärkere Besetzung der unteren Einkommensklassen in Berlin ist durch den höheren Anteil von Einpersonenhaushalten mit verursacht.

Abb. 5 **Armutsgefährdungsquoten¹ nach dem jeweiligen Landesmaßstab in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2009**



¹ Berechnet nach dem mittleren Äquivalenzeinkommen auf Landesebene.

Siehe auch <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de>

² ab 2005 Jahresdurchschnitt, bis 2004 im April/Mai des jeweiligen Jahres

Armutsgefährdungsquoten in Berlin und Brandenburg

Die Armutsgefährdungsquote gibt an, welcher Prozentsatz der Bevölkerung ein monatliches Einkommen unterhalb von 60 % des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens einer Region hat. Diese Personen gelten als armutsgefährdet.

1991 waren in Berlin 16,7 % der Bevölkerung nach dem Landesmaßstab armutsgefährdet. Das Armutsrisiko der Berliner Bevölkerung ist bis 2009 auf 14,1 % gesunken. Eine Ursache liegt in der Erhöhung der Haushaltseinkommen im Ostteil der Stadt. In Brandenburg waren 1991 nach Brandenburger Maßstab nur 10,3 % der Bevölkerung einem Armutsrisiko ausgesetzt, zwanzig Jahre später aber 13,8 %. Der Anstieg spiegelt die Entwicklung zu größerer sozialer Ungleichheit nach der Wende wider (Abbildung 5).

Armutsgefährdungsschwellen in Berlin und Brandenburg

Die landesspezifische Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet den Einkommenswert, unterhalb dessen ein Armutsrisiko vorliegt. Sie wird aus dem mittleren Einkommen im jeweiligen Bundesland berechnet und unterscheidet sich damit für Berlin und Brandenburg. Die Armutsgefährdungsschwelle ist im Zuge der allgemeinen Einkommensentwicklung in beiden Ländern stetig angestiegen: 1991 lag sie in Berlin bei umgerechnet 514 EUR, in Brandenburg sogar nur bei 342 EUR für einen Einpersonenhaushalt. Im Jahr 2009 betrug sie in Berlin 742 EUR, in Brandenburg 749 EUR.

Ein Haushalt mit zwei Kindern unter 14 Jahren gilt damit in Berlin als armutsgefährdet, wenn sein Haushaltseinkommen unterhalb von 1 558 EUR monatlich liegt. Um diesen Wert zu ermitteln, wird die Armutsgefährdungsschwelle mit den Bedarfsgewichten der Haushaltsmitglieder (1 für die erste Person, 0,5 für jede weitere Person ab 14 Jahren, 0,3 für jede Person bis zum Alter von 13 Jahren) multipliziert und die Anteile dann addiert. Ein Berliner Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern über 13 Jahren gilt mit einem monatlichen Haushaltseinkommen ab 1 855 EUR als nicht armutsgefährdet. Für Brandenburg betragen die entsprechenden Werte 1 573 EUR für die vierköpfige Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren und 1 873 EUR, wenn beide Kinder 14 Jahre und älter sind.

Betrachtet man alle Indikatoren, zeigt sich erstens eine gleichsinnige Entwicklung in beiden Ländern und zweitens ist von einer Annäherung der Lebensverhältnisse in Berlin und Brandenburg innerhalb der letzten 20 Jahre auszugehen. Die großen Unterschiede zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung existieren nicht mehr. Dabei hat Brandenburg im Bezug auf die hier präsentierten Indikatoren eine weitaus dynamischere Veränderung erfahren. Nicht alle Entwicklungen können aber als erwünscht bezeichnet werden, z. B. die Alterung der Bevölkerung oder die wachsende Abhängigkeit von Transferleistungen in beiden Ländern. Positiv ist die Angleichung der Einkommen zu bewerten.

Autoren: Peter Kuchta,
Ricarda Nauenburg

1990–2010 **Berlin und Brandenburg**

Gesundheitswesen

Strukturwandel in der Krankenhauslandschaft

Berlin

Die Berliner Krankenhauslandschaft wurde in den letzten 20 Jahren einem bedeutenden Strukturwandel unterzogen. Dieser fing nach der Wiedervereinigung

Deutschlands und der Stadt Berlin aus dem damaligen West- und Ostteil an und vollzog sich hauptsächlich von 1991 bis 2003. Bereits zum Anfang war der schrittweise Abbau der bestehenden Überversorgung der Bevölkerung mit stationären Behandlungsangeboten das Ziel der Berliner Gesundheitspolitik. Entstanden war die Überversorgung hauptsächlich durch die Insellage und die damit verbundene Eigenversorgung im damaligen Westteil der Stadt sowie durch die Hauptstadtfunktion mit der Umlandversorgung im ehemaligen Ostteil von Berlin [vgl. 1]. Die Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft Berlins erfolgte sowohl auf dem Weg des physi-

schen Abbaus der Krankenhausversorgung durch Schließungen von einzelnen Krankenhäusern und Auflösung externer Betriebsstätten als auch durch Fusionen und Neueröffnungen von Krankenhäusern, durch Privatisierung der öffentlichen Krankenhäuser sowie durch Intensivierung der ambulanten und teilstationären Behandlung als Alternative zur vollstationären Behandlung in Krankenhäusern.

Im Jahr 1991 gab es im Land Berlin 104 Krankenhäuser. In der amtlichen Statistik sind das Einrichtungen, die gemäß § 107 Abs. 1 Sozialgesetzbuch V. Buch (SGB V)

- a) der Krankenhausbehandlung oder Geburtshilfe dienen;
- b) fachlich-medizinisch unter ständiger ärztlicher Leitung stehen;
- c) über ausreichende, ihrem Versorgungsauftrag entsprechende diagnostische und therapeutische Möglichkeiten verfügen;

d) nach wissenschaftlich anerkannten Methoden arbeiten;

e) mit Hilfe von jederzeit verfügbarem ärztlichem, Pflege-, Funktions- und medizinisch-technischem Personal darauf eingerichtet sind, vorwiegend durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistung Krankheiten der Patienten/-innen zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten, Krankheitsbeschwerden zu lindern oder Geburtshilfe zu leisten und

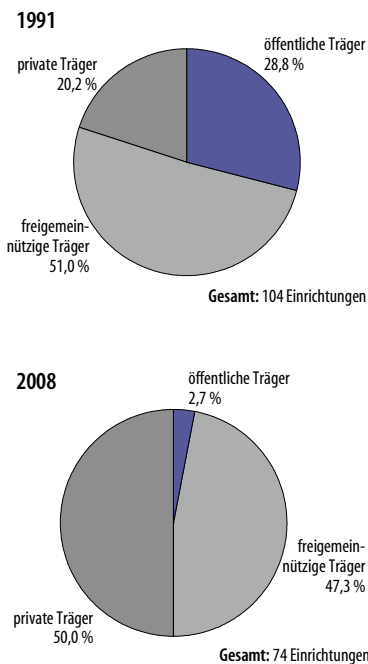
f) in denen die Patienten untergebracht und gepflegt werden können.

30 Krankenhäuser (28,8 % der Berliner Krankenhäuser) hatten einen öffentlichen Träger (Gebietskörperschaften, wie Bund, Land, Bezirk, Kreis, Gemeinde, oder Zusammenschlüsse solcher Körperschaften), 53 Krankenhäuser (51 %) einen gemeinnützigen Träger (Träger der kirchlichen oder freien Wohlfahrtspflege, Kirchengemeinden, Stiftungen oder Vereine) und 21 Krankenhäuser (20,2 %) einen privaten Träger.

Im Ergebnis der Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft wurde die Zahl der Krankenhäuser in Berlin bis 2008 insgesamt um 30 Krankenhäuser, das heißt um 28,8 %, reduziert. Im Jahr 2008 versorgten in Berlin 74 Krankenhäuser die Bevölkerung mit vollstationären Behandlungsangeboten. In der öffentlichen Hand sind nur noch 2 Krankenhäuser (2,7 % der Berliner Krankenhäuser) verblieben. Das sind die Charité-Universitätsmedizin Berlin und die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH. Mit 37 Krankenhäusern befand sich 2008 genau eine Hälfte (50 %) der Berliner Krankenhäuser in der privaten Hand. 35 Krankenhäuser (47,3 %) hatten 2008 einen freigemeinnützigen Träger. In Berlin gibt es neben Krankenhäusern auch zwei Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Diese sind jedoch nicht Gegenstand der vorliegenden Veröffentlichung (Abbildung 1).

Die gravierende Reduzierung der Anzahl der Krankenhäuser erfolgte im Jahr 1996 nach Inkrafttreten der zweiten Stufe der Pflegeversicherung. In diesem Jahr verringerte sich die Zahl der Berliner Krankenhäuser insgesamt um 29 Einrichtungen, in denen fast ausschließlich Leistungen im Sinne der Pflege-satzverordnung für Chronischkranke anfielen. In den Jahren von 1991 bis 1996 waren auch alle Krankenhäuser und Fachabteilungen für chronisch Kranke in die Erhebung nach der Krankenhausstatistikverordnung einbezogen. Genehmigungen für das Betreiben dieser Fachabteilung wurden bis 1995 ausschließlich für den Westteil der Stadt erteilt. Regelungen zur Langzeitpflege chronisch Kranker im Krankenhaus

Abb. 1 **Struktur der Krankenhäuser in Berlin 1991 und 2008 nach Krankenhausträgern**



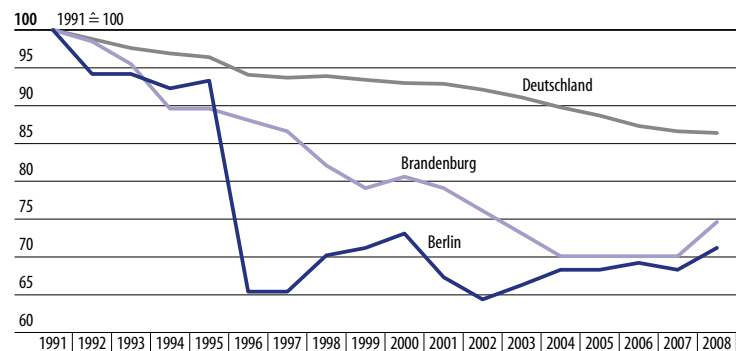
gab es in keinem anderen Bundesland [1, S. 30]. Damit vollzog sich ein starker Strukturwechsel durch Umwidmung der Betten aus dem stationären Bereich in den Pflegebereich. Betroffenen von der Umwidmung waren überwiegend private und freigemeinnützige Krankenhäuser mit bis zu 200 Betten. Nach Abbau sind 1996 nur 68 Krankenhäuser im Land Berlin übrig geblieben, das heißt 36 Krankenhäuser (–34,6 %) weniger als 1991.

1997 begann der Konzentrationsprozess der Universitäts- und Hochschulmedizin in Berlin. Die führenden Universitätskliniken, wie das Universitätsklinikum Rudolf-Virchow, Medizinische Fakultät der Humboldt Universität zu Berlin, im Westteil (1996: 1 316 aufgestellte vollstationäre Betten) und die Charité, das Universitätsklinikum der Humboldt Universität zu Berlin, im Ostteil von Berlin (1996: 1 133 aufgestellte vollstationäre Betten) fusionierten zu einem großen medizinischen Wissenschaftszentrum Charité der Humboldt Universität zu Berlin. 1998 wurden auch die dazugehörigen Kliniken zusammengelegt. Insgesamt verfügte die Charité 1998 über 2 351 aufgestellte vollstationäre Betten.

Weitere entscheidende Veränderungen in der Berliner Krankenhauslandschaft erfolgten im Jahr 2001. Von den 16 öffentlichen Krankenhäusern mit mehr als 12 000 Betten im Jahr 2000 sind nach erfolgreichen Zusammenführungen bzw. Verschmelzungen im Jahr 2001 lediglich fünf Krankenhäuser mit 10 200 Betten in der öffentlichen Hand geblieben. Das Krankenhaus Moabit wurde geschlossen. Zehn öffentliche Krankenhäuser fusionierten zur Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH, einem kommunalen Krankenhausunternehmen des Landes Berlin mit insgesamt 5 650 Betten. Im Jahr 2008 verfügte die Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH über 4 396 aufgestellte Betten. Das machte 22,7 % aller in den Berliner Krankenhäusern aufgestellten Betten aus. Die Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH ist der größte kommunale Klinikkonzern Deutschlands, der jeden dritten Patienten in Berlin versorgt (Abbildung 2).

Das ehemalige Berliner Klinikum Buch, in dem 2000 noch 1 089 Betten betrieben wurden, wurde 2001 privatisiert und deutlich verkleinert. Die finanziell und personell starke HELIOS Kliniken GmbH übernahm das Klinikum Buch zusammen mit den Charité-Kliniken Robert-Rössle-Klinik für Tumorerkrankungen und Franz-Volhard-Klinik für Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Im Ergebnis der Zusammenführung der drei erworbenen Kliniken in Berlin-Buch wurde 2001 das HELIOS Klinikum Berlin-Buch gegründet. Der Klinikkomplex verfügte 2002 noch über 2 894 Betten. Ein Jahr später wurden im HELIOS Klinikum Berlin-Buch 1 823 aufgestellte Betten (–63 %) abgebaut. Von 2002 bis 2008 wurde die Anzahl der aufgestellten Betten insgesamt um 1 933

Abb. 2 Entwicklung der Anzahl der Krankenhäuser in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2008



Betten (–67 %) reduziert. Im Jahr 2008 wurden nur noch verbliebene 961 Betten (5 % der aufgestellten Betten der Berliner Krankenhäuser) betrieben.

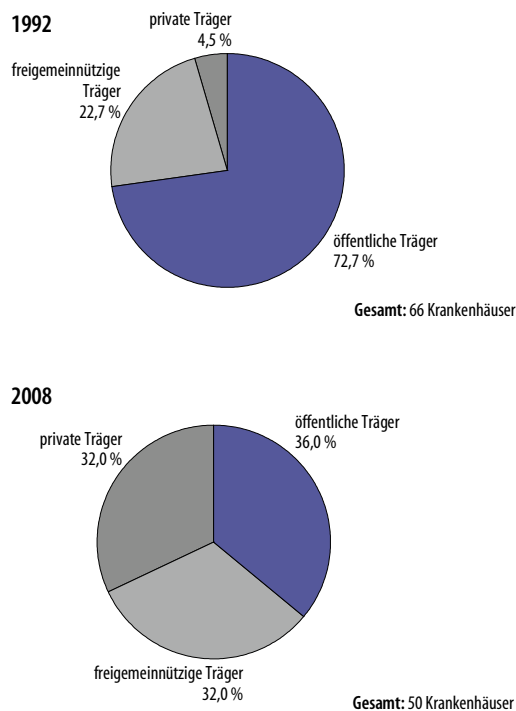
Die Globalisierung der universitären bzw. Hochschulmedizin wurde 2003 in Berlin durch die Verschmelzung der Charité der Humboldt Universität zu Berlin und des Universitätsklinikums Benjamin Franklin der Freien Universität Berlin zur Charité-Universitätsmedizin Berlin fortgesetzt. In der neuen Charité wurden 2003 rund 3 300 Betten vereinigt. Im Jahr 2008 wurden in der Charité-Universitätsmedizin Berlin insgesamt 3 095 vollstationäre Betten betrieben, das heißt 15,9 % aller aufgestellten Betten in Berliner Krankenhäusern. Die Universitätsmedizin ist nicht nur für die Berliner Patienten zuständig, sondern wirkt als Träger der medizinischen Maximalversorgung weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Im Zeitraum vom 2004 bis 2008 gab es keine nennenswerten Veränderungen in der Krankenhauslandschaft Berlins. Für diesen Zeitraum waren einige Schließungen und/oder Neueröffnungen von kleinen privaten Kliniken bzw. Krankenhäusern charakteristisch. So wurde u. a. Anfang Mai 2008 die Vivantes Komfortklinik GmbH als konsolidiertes Tochterunternehmen der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH neu eröffnet. Mit der Errichtung der Komfortklinik konnte der Bereich der Privatpatientenversorgung erweitert werden.

Land Brandenburg

Im Flächenland Brandenburg standen seit der Neubildung des Landes die Sicherung der bestehenden Versorgungsstrukturen (Grund-, Regel- und Schwerpunktversorgung) in den von der Krankenhausplanung des Landes Brandenburg 1992 festgelegten Versorgungsgebieten und die gezielte Förderung des Ausbaus der bislang unterentwickelten Versorgungsangebote im Vordergrund der Gesundheitspolitik. Die Versorgungsgebiete decken sich mit den Planungsregionen für andere Planungs- und Politikbereiche, wie sie im Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung vom 13. Mai 1993 festgelegt wurden [2]. Das Ziel seit 1990 ist, eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und gleichwertige medizinische Versorgung in allen Versorgungsregionen des Landes zu gewährleisten.

Abb. 3 **Krankenhäuser in Brandenburg 1992 und 2008 nach Krankenhausträgern**



Die Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft verlief im Land Brandenburg planvoll und unter Berücksichtigung der künftigen demografischen Entwicklung im Land und in der Region Berlin-Brandenburg, der wechselseitigen Wanderungsbewegung zwischen den beiden benachbarten Ländern, den Besonderheiten eines Flächenlandes, des tatsächlichen Inanspruchnahmeverhaltens der Patienten bei der Wahl eines Krankenhauses und des veränderten Bedarfs an Behandlungsmethoden infolge der Entwicklungen der einzelnen medizinischen Fachgebiete.

Die Gestaltung der künftigen Struktur der Brandenburger Krankenhauslandschaft wurde von Anfang an in konsequenter, wechselseitiger sowie enger Abstimmung der Brandenburger Krankenhauspläne mit den Krankenhausplänen des Landes Berlin durchgeführt.

Die Abstimmungen zielen künftig auf eine gemeinsame Politik für die Krankenhausplanung zur länderübergreifenden wechselseitigen Krankenhausversorgung in der Gesamt-Metropolregion Berlin-Brandenburg. Bei den gemeinsamen Planungen werden länderübergreifende Versorgungsschwerpunkte erarbeitet. So wurde u. a. zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg vereinbart, dass sämt-

liche Leistungsangebote der metropolentypischen Mitversorgung durch Berlin, einschließlich der Kapazitäten der Hochleistungsmedizin und der einzelnen Spezialdisziplinen, sowie die Inanspruchnahme von Krankenhausleistungen in Berliner Krankenhäusern auch den Brandenburgerinnen und Brandenburgern zur Verfügung stehen. Dagegen sind stationäre Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen hauptsächlich im Land Brandenburg vorzuhalten. Diese Einrichtungen werden von Berlinerinnen und Berlinern vorrangig in großem Maß genutzt [vgl. 3, S. 1592ff.].

Das Land Brandenburg ist in fünf Versorgungsgebiete eingeteilt; diese sollen im Wesentlichen den gesamten Bedarf an Krankenhausleistungen für die Bevölkerung decken. Ausnahmen bilden überregionale oder länderübergreifende Versorgungsleistungen von Fachkrankenhäusern mit größerem Einzugsgebiet oder Hochschulkliniken und Transplantationszentren im Land Berlin, denen eine Mitversorgung für die Brandenburger Bevölkerung zugedacht ist. Die Krankenhäuser im Land Brandenburg wurden in Versorgungsstufen eingeordnet, wobei in jedem Versorgungsgebiet neben einem Krankenhaus der Schwerpunktversorgung¹ Krankenhäuser der Grund-² und Regelversorgung³ sowie Fachkrankenhäuser⁴ vertreten sind [3, S. 1600f.]. In einigen Versorgungsgebieten finden sich auch Regelversorgungskrankenhäuser, die besonders leistungsstark sind. Sie werden in die Sonderstufe „Qualifizierte Regelversorgung“ eingeordnet.

Im Jahr 1991 (Stand: 31.12.) gab es im Land Brandenburg 67 Krankenhäuser. Im Jahr 1992 befanden sich im Land Brandenburg 48 Krankenhäuser in der öffentlichen Hand. Das waren fast drei Viertel (72,7 %) aller Brandenburger Krankenhäuser. 15 Krankenhäuser (22,7 %) waren freigemeinnützig und nur 3 Krankenhäuser (4,5 %) hatten einen privaten Träger.

Insgesamt sank die Zahl der Krankenhäuser in den Jahren 1991 bis 2008 um ein Viertel (–25,4 %). Im Jahr 2008 waren nur noch 50 eigenständige Krankenhäuser zu verzeichnen.

Von den im Jahr 2008 betriebenen 50 Krankenhausbetrieben befanden sich nur noch 18 Brandenburger Krankenhäuser (36 %) in der öffentlichen Trägerschaft, das heißt nur noch die Hälfte der öffentlichen Krankenhäuser von 1992; 16 Krankenhäuser (32 %) waren freigemeinnützig und 16 Krankenhäuser (32 %) wurden von einem privaten Träger betrieben. Insbesondere in den vergangenen 5 Jahren kam es in der Krankenhauslandschaft Brandenburgs zu einer deutlichen Zunahme der Zahl der privaten Krankenhäuser. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass einzelne von kommunalen Gebietskörperschaften betriebene Krankenhäuser an private Betreiber veräußert wurden und auch das Land sich aus der

1 Die Krankenhäuser der Schwerpunktversorgung dienen neben der Grundversorgung für den regionalen Bereich der Versorgung in Fachgebieten mit geringerem Fallzahlauftreten sowie der Versorgung von schweren und komplexen Krankheitsfällen, die in den Krankenhäusern der anderen Versorgungsstufen im Versorgungsgebiet nicht angemessen behandelt werden können.

2 Krankenhäuser der Grundversorgung sollen in jeder Region wohnortnah die Versorgung für

die am häufigsten auftretenden Krankheiten absichern. Sie sollen in der Regel die Fachabteilungen Innere Medizin und Chirurgie vorhalten.

3 Die Regelversorgungskrankenhäuser dienen der spezialisierten Versorgung innerhalb einer Teilregion der Versorgungsgebiete. Ihr Leistungsangebot reicht über die Grundversorgung hinaus und kann sich in hohem Maße der Behandlung von speziellen Krankheitsbildern und einem Angebot spezialisierter Behandlungsformen zuwenden.

4 Fachkrankenhäuser sind auf ein bis drei Fachgebiete spezialisiert und haben in der Regel einen das Versorgungsgebiet übergreifenden, teilweise landesweiten Versorgungsauftrag. Sie sind Zentren der spezialisierten Behandlung für die jeweiligen Fachdisziplinen und sollen insbesondere auch die schweren und schwersten Krankheitsbilder ihres Disziplinenpektrums behandeln.

Trägerschaft seiner 4 Landeskliniken für Neurologie und Psychiatrie zurückgezogen hat. Ein freigemeinnütziger Träger hat ebenfalls seine Krankenhäuser an einen privaten Betreiber veräußert (Abbildung 3).

Im Einzelnen kam es seit 1991 zu einschneidenden Strukturänderungen in der Brandenburger Krankenhauslandschaft. Der Löwenanteil der Veränderungen geschah auf dem Weg einer Fusionierung bzw. Zusammenführung der Krankenhäuser. Lediglich drei Krankenhäuser waren physisch aufgelöst. Dagegen waren vier Krankenhäuser in den jeweiligen Krankenhausplan des Landes Brandenburg neu aufgenommen. „Neue Krankenhausstandorte wurden in Brandenburg nicht eröffnet, sondern nur Krankenhausersatzbauten bei gleichzeitiger Verringerung der Bettenzahlen durchgeführt“ [3, S. 1594].

Im Jahr 1994 wurden das Evangelische Krankenhaus Ludwigsfelde mit dem Evangelischen Krankenhaus Teltow zum Evangelischen Krankenhaus Ludwigsfelde-Teltow gGmbH sowie das Evangelische Krankenhaus Lutherstift Frankfurt (Oder) mit dem Evangelischen Krankenhaus Seelow zusammengeführt. Die Ostprignitz-Klinik rechnete beide Standorte Pritzwalk und Wittstock und das Kreiskrankenhaus Prignitz mit den beiden Standorten Perleberg und Wittenberge als eine Einrichtung ab.

1995 wurde das Herzzentrum Cottbus eröffnet. 1996 fusionierte die Landesklinik Neuruppin mit dem Ruppiner Klinikum zu den Ruppiner Kliniken. Per 31. Dezember 1997 wurde die Prießnitz-Klinik Mahlow geschlossen.

Der Zweite Krankenhausplan des Landes Brandenburg sah eine Reduzierung auf 52 selbstständige Krankenhäuser vor. Die Umsetzung des Krankenhausplanes führte zu folgenden Veränderungen in der Brandenburger Krankenhauslandschaft: Im Jahr 1998 wurden die Krankenhäuser in Jüterbog und Treuenbrietzen zum Johanniter-Krankenhaus im Fläming gGmbH zusammengeführt. Das Herzzentrum Brandenburg in Berlin-Buch wurde an das Ev. Freikirchliche Krankenhaus und Herzzentrum Brandenburg in Bernau verlagert. Die Ost-Prignitz-Klinik und die KMG Stadt Krankenhaus Kyritz GmbH wurden unter der Bezeichnung KMG Kliniken GmbH vereint und heute als KMG Kliniken AG geführt. Das Humaine Klinikum Bad Saarow und das Kreiskrankenhaus Fürstenwalde fusionierten zum Humaine Klinikum Bad Saarow/Fürstenwalde. Die Landesklinik Beelitz wurde mit der Verlagerung der Fachabteilung Innere Medizin (Lungen- und Bronchialheilkunde) an das Johanniter-Krankenhaus im Fläming gGmbH ab 4. Quartal aufgelöst. Das Neurologische Fachkrankenhaus für Bewegungsstörungen/Parkinson in Beelitz ging ab November 1998 in Betrieb.

Bis Ende 2001 fusionierten die Krankenhäuser in Strausberg und Wriezen zur Krankenhaus Märkisch-Oderland GmbH sowie das Waldkrankenhaus des Paritätischen gGmbH in Gransee und die Krankenhaus Templin gGmbH zur Paritätischen Krankenhausverbund Nordbrandenburg gemeinnützige GmbH.

Die Vorgabe des Zweiten Krankenhausplanes des Landes Brandenburg [4] wurde somit bis Ende 2001 erreicht. Zum 1. Januar 2002 gab es nur 51 eigenständige Krankenhausbetriebe im Land Brandenburg, die an 62 Standorten 16 058 Betten betrieben.

Seit dem 1. Januar 2003 wurden weitere Strukturänderungen vorgenommen. So fusionierten z. B. die Havellandklinik Nauen und das Paracelsus-Krankenhaus Rathenow zur Havelland Kliniken GmbH. Die Spreewaldklinik Lübben und das Achenbach-Kreiskrankenhaus Königs Wusterhausen schlossen sich zur Klinikum Dahme-Spreewald GmbH zusammen. Die Kreiskrankenhäuser Elsterwerda und Herzberg und die Kreiskrankenhaus Finsterwalde GmbH wurden zur Elbe-Elster Klinikum GmbH zusammengelegt. Die Standorte Wittenberge, Klettwitz und Fürstenwalde wurden durch Konzentration am Hauptstandort bzw. durch Verlagerung der Kapazitäten geschlossen. Im Jahr 2007 wurden die Brandenburg Klinik Bernau-Waldfrieden GmbH BKB & Co. KG, die Kliniken Beelitz GmbH und die MEDIAN Klinik Grünheide als drei Fachkrankenhäuser für neurologische Frührehabilitation in den Dritten Krankenhausplan des Landes Brandenburg [3] aufgenommen. Für drei ausschließlich geriatrische Leistungen erbringende Krankenhäuser wurde die Versorgungstufe geändert; diese Krankenhäuser werden nun nicht mehr als Grundversorgungskrankenhäuser, sondern als Fachkrankenhäuser eingestuft.

Der Dritte Krankenhausplan sieht eine Beibehaltung der 50 Krankenhäuser im Land Brandenburg vor und legt für das Land weiterhin fünf Versorgungsgebiete zugrunde.

Zur Versorgung der Bevölkerung der Gesamtregion Berlin-Brandenburg mit voll- und teilstationären Behandlungsangeboten trugen auch Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen des Landes Brandenburg bei. Im Jahr 2008 waren es 27 Einrichtungen. Diese Einrichtungen liegen grundsätzlich isoliert und nicht in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Krankenhäusern. Die Zahl der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen des Landes Brandenburg hat sich seit 1991 mehr als verdreifacht. Während 1991 im Land Brandenburg nur acht Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen betrieben wurden, erhöhte sich die Zahl dieser Einrichtungen bis 2008 um 19 Einrichtungen. Allein im Zeitraum 1991 bis 1994 wurden im Land Brandenburg 13 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen neu erbaut. Bis 1995 hat sich die Zahl der neuen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen um vier weitere Kliniken erhöht. 1997 konnte das Land Brandenburg mit 29 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen die höchste Zahl dieser Einrichtungen seit 1990 aufweisen. Näher kann hier auf die Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen des Landes Brandenburg nicht eingegangen werden.

Betten

Berlin

Die Zahl der Berliner Krankenhausbetten wurde während der Umstrukturierung der Berliner Krankenhauslandschaft von 1991 bis 2008 um mehr als halbiert (-51,4 %). Während im Jahr 1991 in den Berliner Krankenhäusern noch 39 895 aufgestellte Betten voll- und teilstationär betrieben wurden, ging deren Zahl bis zum Jahr 2008 auf 19 407 Betten zurück. Im gesamten Deutschland wurden in diesem Zeitraum lediglich 24,4 % der Krankenhausbetten abgebaut (Abbildung 4).

Abb. 4 Entwicklung der Anzahl der vollstationär aufgestellten Betten in Krankenhäusern in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2008

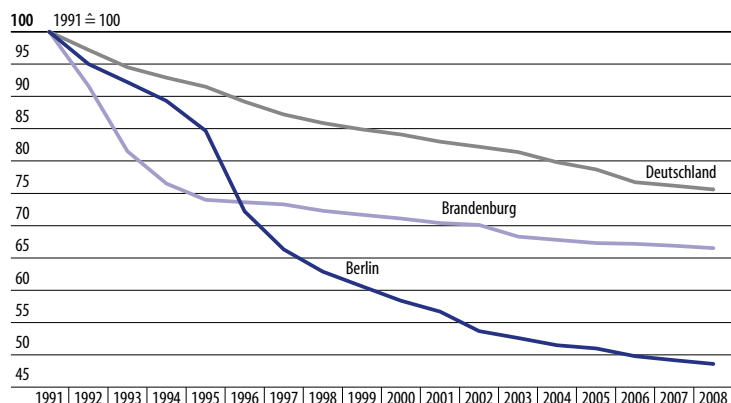


Abb. 5 Vollstationär aufgestellte Betten im Jahresdurchschnitt in Krankenhäusern in Berlin 1991 und 2008 nach Krankenhausträgern

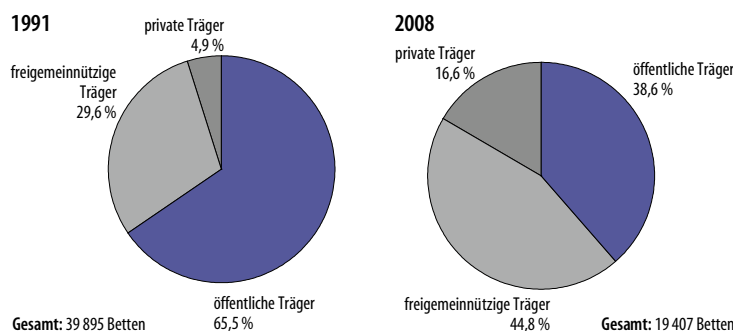
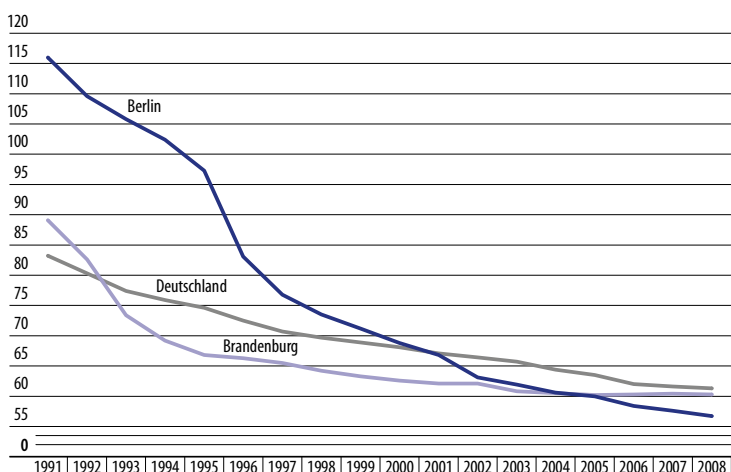


Abb. 6 Anzahl der vollstationär aufgestellten Betten im Jahresdurchschnitt in Krankenhäusern je 10 000 Einwohner in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2008



Der gravierende Abbau der Anzahl der Krankenhausbetten erfolgte im Jahr 1996 nach Inkrafttreten der zweiten Stufe der Pflegeversicherung. In den Jahren 1991 bis 1996 waren alle Krankenhäuser und Fachabteilungen für Chronischkranke in die Erhebung nach der Krankenhausstatistikverordnung einbezogen. Chronischkranke beeinflussten maßgeblich die überdurchschnittlich hohe Verweildauer der

Patienten in den Berliner Krankenhäusern. Durch die wohnortnahe ambulante und teilstationäre Behandlung und Versorgung allgemein- und geronto-psychiatrischer Erkrankten sowie von Abhängigkeitserkrankten Einwohnern ging die Zahl der hospitalisierten Chronischkranken stark zurück. Betteneinsparung erfolgte im Zuge der Ausgliederung von Krankenhausbetten für Chronischkranke (ohne akute Erkrankung). Allein 1996 wurden durch Umwidmung von Betten für chronisch Kranke rund 45 % (–4 962 Betten) der gesamten Betteneinsparung (–11 072 Betten) im stationären Bereich seit 1991 erbracht. Die gesetzliche Regelung zur Langzeitpflege von Chronischkranken in den Berliner Krankenhäusern war in keinem anderen Bundesland erforderlich.

Weit mehr als ein Drittel (38,6 %) aller Betten der Berliner Krankenhäuser war 2008 in zwei Krankenhäusern der öffentlichen Hand aufgestellt. Die Charité-Universitätsmedizin Berlin und die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH waren jahresdurchschnittlich insgesamt mit 7 491 Betten ausgestattet. Die Zahl der Betten in den öffentlichen Krankenhäusern wurde von 1991 bis 2008 um das 3,5-fache reduziert. Im Jahr 1991 betrieben die öffentlichen Krankenhäuser immerhin noch 26 132 aufgestellte Betten. Deren Anteil an der Gesamtzahl der Berliner Krankenhausbetten betrug 65,5 %. Bis 2008 schrumpfte dieser Anteil um das 1,7-fache zugunsten der Bettenanteile der freigemeinnützigen und privaten Krankenhäuser.

Der Löwenanteil von 44,8 % der Berliner Krankenhausbetten wurde 2008 von den Krankenhäusern mit freigemeinnützigen Trägern betrieben. Dieser Anteil ist gegenüber 1991 (29,6 %) um das 1,5-fache angestiegen. Jedoch ist die Zahl der aufgestellten Betten insgesamt von 11 804 im Jahr 1991 um das 1,4-fache im Jahr 2008 gesunken. 2008 wurden in den Berliner

freigemeinnützigen Krankenhäusern 8 697 Betten aufgestellt (Abbildung 5).

Der Anteil der Betten in Berliner privaten Krankenhäusern nahm von 4,9 % im Jahr 1991 bis zu 16,6 % im Jahr 2008 zu. 2008 wurden in den privaten Kliniken bzw. Krankenhäusern 3 219 Betten aufgestellt. Gegenüber 1991 ist die Bettenzahl um das 1,6-fache angestiegen.

Der Versorgungsgrad der Berliner Bevölkerung mit vollstationären Behandlungsangeboten – berechnet als Anzahl der aufgestellten Betten im Jahresdurchschnitt je 10 000 Einwohnern – hat sich von 1991 bis 2008 mehr als halbiert (–51,1 %). Während im Jahr 1991 pro 10 000 Berliner Einwohner noch 116 Krankenhausbetten zur Verfügung standen, lag der Versorgungsgrad der Berliner Bevölkerung im Jahr 2008 lediglich bei 56,7 Betten. Im Jahr 1991 überstieg der Versorgungsgrad der Berliner Bevölkerung um 32,8 Betten den jahresdurchschnittlichen Versorgungsgrad von 83,2 Betten der gesamten deutschen Bevölkerung. Im Zeitraum vom 1991 bis 2000 lag der Versorgungsgrad der Berliner Bevölkerung jährlich jeweils über der Zahl der bundesweit aufgestellten Betten im Jahresdurchschnitt je 10 000 Einwohner. Im Jahr 2001 kehrte sich die Relation um. Seit 2001 kann in Berlin jährlich jeweils nur ein geringerer Versorgungsgrad der Bevölkerung als im Jahresdurchschnitt im gesamten Deutschland ausgewiesen werden. Im Jahr 2008 lag der Versorgungsgrad der Berliner Bevölkerung um 4,6 aufgestellte Betten unter der Zahl der bundesweit aufgestellten Betten im Jahresdurchschnitt je 10 000 Einwohner (Abbildung 6).

Dagegen stiegen gleichzeitig die durchschnittlichen bereinigten jährlichen Kosten (ohne Aufwendungen für den Ausbildungsfonds) der Berliner Krankenhäuser je aufgestelltes Bett im gesamten Zeitraum von 1991 bis 2008 jährlich ununterbrochen an. Während 1991 je aufgestelltes Bett in den Berliner Krankenhäusern im Durchschnitt noch 57 175 EUR ausgegeben wurden, erreichten die durchschnittlichen bereinigten Kosten der Krankenhäuser je aufgestelltes Bett im Jahr 2008 den Wert von 144 306 EUR. Die Kosten eines Berliner Krankenhausbettes sind somit von 1991 bis 2008 im Durchschnitt um das 2,5-Fache angestiegen (Abbildung 7).

Im gesamten Zeitraum 1991 bis 2008 lagen die Kosten je Krankenhausbett im Land Berlin jährlich ausnahmslos über den bundesdurchschnittlichen Kosten je Krankenhausbett. Ein Berliner Krankenhausbett kostete schon im Jahr 1991 im Durchschnitt 951 EUR mehr als ein bundesdurchschnittliches Bett. Im Jahr 2008 ist es bereits 20 602 EUR teurer als ein durchschnittliches Krankenhausbett im gesamten Deutschland geworden (Abbildung 8).

Abb. 7 Entwicklung der Anzahl der vollstationär aufgestellten Betten im Jahresdurchschnitt und durchschnittliche bereinigte Kosten der Krankenhäuser je aufgestelltes Bett in Berlin 1991 bis 2008

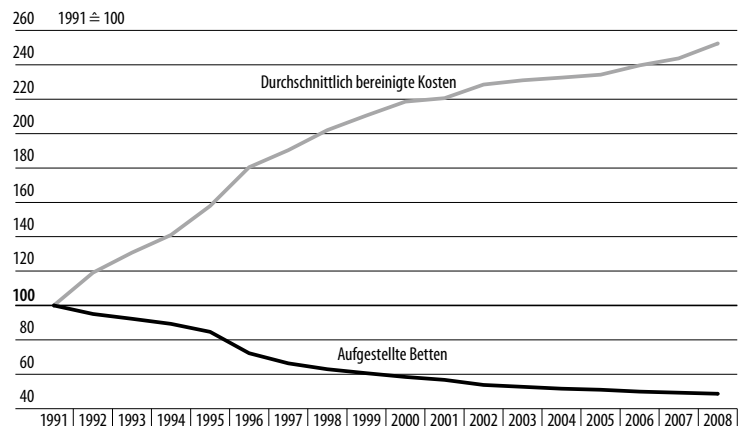
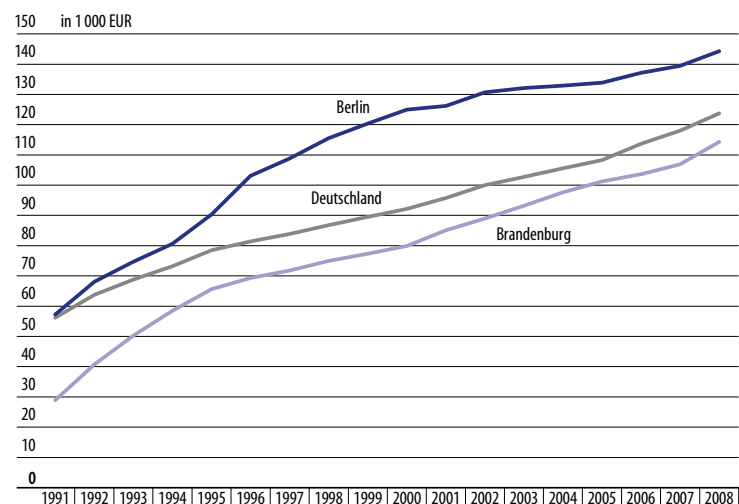


Abb. 8 Durchschnittliche bereinigte Kosten¹ der Krankenhäuser je aufgestelltes Bett in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2008



¹ bereinigte Kosten der Krankenhäuser ohne Aufwendungen für den Ausbildungsfonds

Brandenburg

In den Brandenburger Krankenhäusern wurde von 1991 bis 2008 ein gutes Drittel (–33,5 %) der aufgestellten Krankenhausbetten abgebaut. Der Bettenabbau verlief auch wie im Land Berlin intensiver als im gesamten Deutschland (Bettenabbau von 24,4 %). Während im Jahr 1991 in den Brandenburger Krankenhäusern noch 22 918 aufgestellte Betten vollstationär betrieben wurden, ging deren Zahl bis zum Jahr 2008 um 7 676 Betten auf 15 242 Betten zurück.

Der eigentliche Bettenabbau erfolgte anfänglich in den ersten 5 Jahren von 1991 bis 1995. In diesem Zeitraum wurden 5 951 aufgestellte Betten abgebaut, das heißt ein gutes Viertel der Krankenhausbetten (–26 %). Die Folgejahre sind jeweils durch eine geringe jahresdurchschnittliche Reduzierung der Bettenzahl in den Brandenburger Krankenhäusern gekennzeichnet.

Hinsichtlich der Bettenzahlen befindet sich im Jahr 2008 weiterhin mehr als die Hälfte (53,9 %) der in Brandenburg aufgestellten Krankenhausbetten in öffentlicher Trägerschaft. So wurden in 18 öffentlichen Krankenhäusern Brandenburgs 8 215 Betten

Abb. 9 Vollstationär aufgestellte Betten im Jahresdurchschnitt in Krankenhäusern Brandenburgs 1993 und 2008 nach Krankenhausträgern

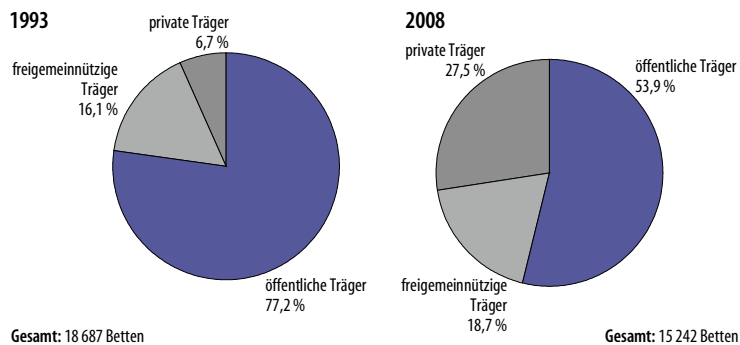
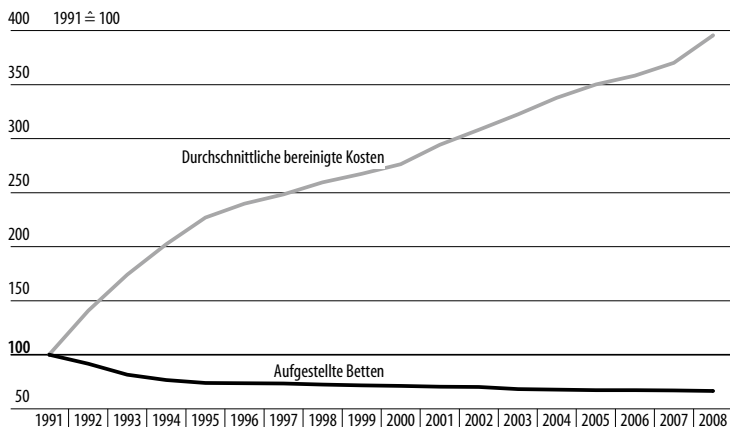


Abb. 10 Entwicklung der Anzahl der aufgestellten Betten sowie durchschnittliche bereinigte Kosten¹ der Krankenhäuser je aufgestelltes Bett in Brandenburg 1991 bis 2008



¹ bereinigte Kosten der Krankenhäuser ohne Aufwendungen für den Ausbildungsfonds

zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung aufgestellt. Der Anteil der Betten in den öffentlichen Krankenhäusern ist gegenüber 1993 (–77,2 %) um das 1,4-fache zurückgegangen. Insgesamt wurde die Zahl der Betten in öffentlichen Krankenhäusern von 14 422 Betten in 1993 um 43 % bzw. um 6 207 Betten reduziert (Abbildung 9).

27,5 % aller Krankenhausbetten Brandenburgs wurden 2008 von 16 privaten Krankenhäusern betrieben. In diesen Häusern wurden 2008 jahresdurchschnittlich 4 184 Krankenhausbetten aufgestellt. Die Bettenzahl in den privaten Krankenhäusern nahm gegenüber 1993 (1 258 Betten) um das 3,3-fache bzw. um 2 926 Betten zu. Deren Anteil ist gegenüber lediglich 6,7 % im Jahr 1993 um das 4-fache angestiegen.

2 843 Krankenhausbetten (18,7 %) wurden 2008 von 16 freigemeinnützigen Krankenhäusern betrieben. Die Bettenzahl ist 2008 gegenüber 1993 leicht um 164 Betten (–5,5 %) gesunken. Dagegen hat der Anteil der freigemeinnützigen Betten gegenüber 1993 (16,1 %) geringfügig um 2,6 Prozentpunkte zugenommen.

Der Versorgungsgrad der Brandenburger Bevölkerung mit vollstationären Behandlungsangeboten wurde von 1991 bis 2008 nicht so rapide abgebaut

wie in Berlin. Während im Jahr 1991 pro 10 000 Brandenburger Einwohner noch 89,1 aufgestellte Krankenhausbetten zur Verfügung standen, lag der Versorgungsgrad der Brandenburger Bevölkerung im Jahr 2008 nur bei 60,3 Betten.

Ausschließlich in den Jahren 1991 (89,1 Betten) und 1992 (82,6 Betten) überstieg der Versorgungsgrad der Brandenburger Bevölkerung den jeweiligen jahresdurchschnittlichen Versorgungsgrad von 83,2 Betten (1991) und 80,3 Betten (1992) der gesamten deutschen Bevölkerung. Von 1993 an konnte im Land Brandenburg jährlich jeweils ein geringerer Versorgungsgrad der Bevölkerung als im Jahresdurchschnitt im gesamten Deutschland ausgewiesen werden. In den letzten drei Jahren näherte sich der Versorgungsgrad der Brandenburger Bevölkerung mit Krankenhausbetten an das sukzessiv abnehmende bundesweite durchschnittliche Versorgungsangebot. Von 2006 bis 2008 lag er jährlich über dem Versorgungsgrad der Berliner Bevölkerung. Im Jahr 2008 lag der Versorgungsgrad im Land Brandenburg nur um ein aufgestelltes Bett unter der Zahl der bundesweit aufgestellten Betten im Jahresdurchschnitt je 10 000 Einwohner (61,3 Betten),

aber um 3,6 Betten über dem Versorgungsgrad der Berliner Bevölkerung.

Im Ergebnis der engen Abstimmung zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg konnte in beiden Ländern ab 2000 nahezu der gleiche Versorgungsgrad der Bevölkerung verzeichnet werden. Dabei darf jedoch der enorme Unterschied in den strukturellen Gegebenheiten der beiden Länder nicht unbeachtet bleiben. Mit etwa gleichem Versorgungsgrad von 60 Betten je 10 000 Einwohner muss im Land Brandenburg eine Fläche von 29 500 km² versorgt werden gegenüber nur 891 km² in Berlin.

Gleichzeitig mit dem Bettenabbau in den Brandenburger Krankenhäusern stiegen aber die durchschnittlichen Kosten je aufgestelltes Bett im gesamten Zeitraum von 1991 bis 2008 jährlich an. Während 1991 je aufgestelltes Bett in den Brandenburger Krankenhäusern im Durchschnitt noch 28 885 EUR ausgegeben wurden, erhöhten sich die durchschnittlichen bereinigten Kosten der Krankenhäuser je aufgestelltes Bett im Jahr 2008 auf 114 276 EUR. Die Kosten eines Brandenburger Krankenhausbettes sind von 1991 bis 2008 im Durchschnitt um das 4-fache angestiegen. Der Anstieg der Kosten je Bett verlief somit im Land Brandenburg schneller als im Land Berlin (Anstieg um das 2,5-fache) und in der gesamten Bundesrepublik

Deutschland (Anstieg um das 2,2-fache). Die Kosten je Bett lagen jedoch im Land Brandenburg im gesamten Zeitraum 1991 bis 2008 immer noch jährlich ausnahmslos unter den Berliner Kosten und den bundesdurchschnittlichen Kosten je Krankenhausbett (Abbildung 10).

Behandlungsfälle

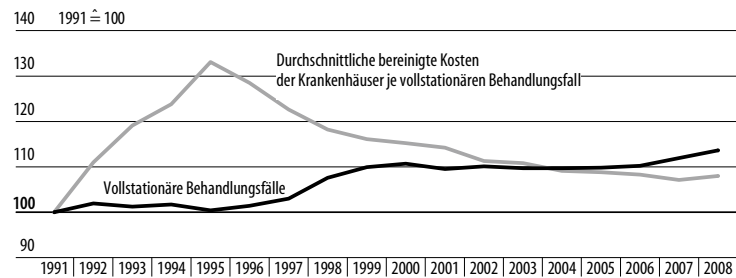
Berlin

Die Zahl der vollstationären Behandlungsfälle in den Berliner Krankenhäusern stieg von 630 084 im Jahr 1991 auf 716 081 im Jahr 2008, das heißt um 13,6 %, an. Bundesdurchschnittlich hat die Zahl der Behandlungsfälle im Zeitraum 1991 bis 2008 um 20,2 % zugenommen.

Gleichzeitig erhöhten sich die durchschnittlichen Kosten je vollstationären Behandlungsfall von 3 620 EUR im Jahr 1991 um 8 % auf 3 911 EUR im Jahr 2008. Die höchsten jährlichen Fallkosten von 4 818 EUR wurden in den Berliner Krankenhäusern im Jahr 1995 registriert. In den darauffolgenden Jahren sind die Fallkosten zwar kontinuierlich zurückgegangen, trotzdem ist die Behandlung in den Berliner Krankenhäusern teurer als im Bundesdurchschnitt geblieben. Die Fallkosten der Berliner Krankenhäuser lagen von 1991 bis 2008 ausnahmslos jährlich über den bundesdurchschnittlichen Fallkosten (Abbildung 11).

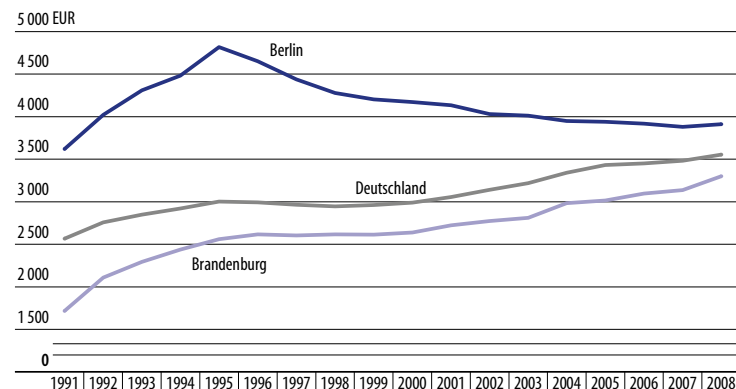
In der Zahl der Behandlungsfälle in den Berliner Krankenhäusern sind auch Fälle enthalten, in denen Patienten ihren Wohnsitz außerhalb Berlins haben. Die Zahl der Behandlungsfälle der Patienten mit einem Wohnsitz außerhalb Berlins ist von 1993 bis 2008 um etwa das 1,4-fache (ca. +44 %) gestiegen. Der Anteil dieser Behandlungsfälle an allen vollstationären Behandlungsfällen in den Berliner Krankenhäusern erhöhte sich bis 2008 auf ca. 14,3 %. 2008 wurden in den Berliner Krankenhäusern 102 944 Patienten behandelt, die einen Wohnort außerhalb Brandenburgs haben. Ein Großteil von den Patienten kommt aus dem Nachbarland Brandenburg. Der Anteil der Behandlungsfälle der Patienten mit dem Wohnort im Land Brandenburg an Behandlungsfällen in den Berliner Krankenhäusern nahm von 1993 bis 2008 zu und betrug 2008 ca. 10,8 %. 2008 wurden in den Berliner Krankenhäusern 77 887 Patienten behandelt, die einen Wohnort im Land Brandenburg hatten (Abbildung 12). Die weiteren Ergebnisse zu

Abb. 11 Entwicklung der Anzahl der vollstationären Behandlungsfälle sowie durchschnittliche bereinigte Kosten¹ der Krankenhäuser je vollstationären Behandlungsfall in Berlin 1991 bis 2008



¹ bereinigte Kosten der Krankenhäuser ohne Aufwendungen für den Ausbildungsfonds

Abb. 12 Durchschnittliche bereinigte Kosten¹ der Krankenhäuser je vollstationären Behandlungsfall in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2008



¹ bereinigte Kosten der Krankenhäuser ohne Aufwendungen für den Ausbildungsfonds

den Behandlungsfällen in den Berliner Krankenhäusern und in Gliederung nach dem Wohnort der Patienten sind in der Diagnosestatistik enthalten.

Brandenburg

In den Krankenhäusern des Landes Brandenburg stieg die Zahl der vollstationären Behandlungsfälle von 385 886 im Jahr 1991 auf 527 795 im Jahr 2008, das heißt um +36,8 %, an. Der Zuwachs der Behandlungsfälle im Land Brandenburg war somit deutlich stärker als im Durchschnitt in Deutschland und im Land Berlin.

Gleichzeitig wird die Behandlung der Patienten in den Krankenhäusern im Land Brandenburg immer teurer. Die durchschnittlichen bereinigten Kosten der Brandenburger Krankenhäuser je vollstationären Behandlungsfall erhöhten sich seit 1991 nur mit Ausnahme von 1997 und 1999 jährlich kontinuierlich. Die Fallkosten sind von 1 716 EUR im Jahr 1991 bis auf 3 300 EUR im Jahr 2008 gestiegen. Somit haben sie sich fast verdoppelt (Anstieg um das 1,9-fache bzw. um +92,3 %).

Nichtsdestotrotz bleibt die Behandlung der Patienten in den Brandenburger Krankenhäusern immer noch kostengünstiger als in den Berliner Krankenhäusern und durchschnittlich im gesamten Deutschland. So lagen die durchschnittlichen Fall-

Abb. 13 Entwicklung der Anzahl der vollstationären Behandlungsfälle sowie durchschnittliche bereinigte Kosten¹ der Krankenhäuser je vollstationären Behandlungsfall in Brandenburg 1991 bis 2008

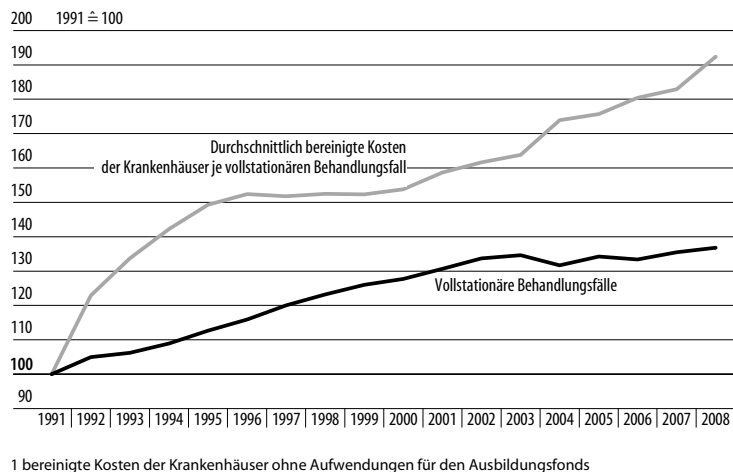


Abb. 14 Durchschnittliche Verweildauer der vollstationär behandelten Patienten in Krankenhäusern¹ in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2008

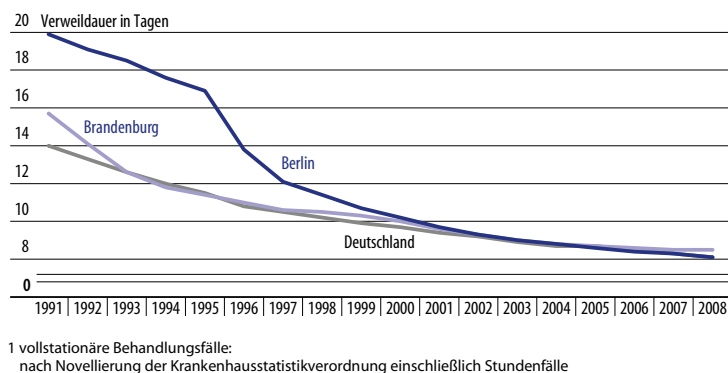
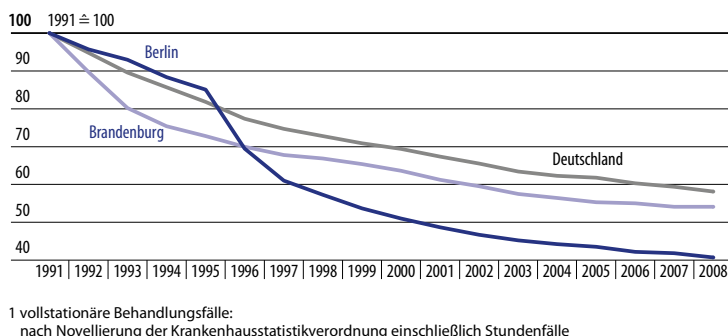


Abb. 15 Entwicklung der durchschnittlichen Verweildauer der vollstationär behandelten Patienten in Krankenhäusern¹ in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2008



kosten der Brandenburger Krankenhäuser im Jahr 2008 um 611 EUR unter den Fallkosten der Berliner Krankenhäuser und um 254 EUR unter den bundesdurchschnittlichen Fallkosten (Abbildung 13).

Von 1991 bis 2001 hatten die Brandenburger Patienten jährlich einen kürzeren Krankenhausaufenthalt als die Berliner Patienten. In den Jahren 2002 bis 2004 hatten Patienten der beiden Bundesländer die gleiche durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Krankenhäusern. Von 2005 bis 2008 lagen die Branden-

Durchschnittliche Verweildauer

Berlin

Die durchschnittliche Verweildauer der Patienten in den Berliner Krankenhäusern hat sich von 1991 bis 2008 mehr als halbiert (Reduzierung um das 2,5-fache bzw. um –59,3 %). Während im Jahr 1991 ein Patient in einem Berliner Krankenhaus wegen einer Krankheit im Durchschnitt 19,9 Tage verweilte, verkürzte sich sein Krankenhausaufenthalt im Jahr 2008 bis auf 8,1 Tage.

Im Zeitraum 1991 bis 2004 dauerte ein Aufenthalt eines Patienten in den Berliner Krankenhäusern jährlich im Durchschnitt länger als in Deutschland. In den Jahren 2005 und 2006 verweilten die Berliner Patienten kürzer in Krankenhäusern als durchschnittlich im gesamten Bundesgebiet. In den letzten Jahren, 2007 (8,3 Tage) und 2008 (8,1 Tage), hat sich die Verweildauer der Patienten in den Berliner Krankenhäusern an die bundesweite Verweildauer angeglichen (Abbildung 14).

Brandenburg

In den Krankenhäusern im Land Brandenburg verkürzte sich die durchschnittliche Verweildauer der Patienten von 15,7 Tagen im Jahr 1991 bis auf 8,5 Tage im Jahr 2008 fast um die Hälfte (–45,9 %). Die Brandenburger Patienten hatten somit 2008 im Durchschnitt einen um 7,2 Tage kürzeren Krankenhausaufenthalt als im Jahr 1991.

Nur im Jahr 1993 dauerte ein durchschnittlicher Aufenthalt eines Patienten in den Brandenburger Krankenhäusern genauso lange wie in Deutschland. In den Jahren 1994 und 1995 verweilten die Patienten in den Brandenburger Krankenhäusern geringfügig kürzer als bundesweit. In allen anderen Jahren von 1996 bis 2008 überstieg die durchschnittliche Verweildauer der Brandenburger Patienten die Verweildauer der Krankenhauspatienten im gesamten Bundesgebiet.

burger Patienten im Durchschnitt jährlich länger in Krankenhäusern als die Berliner Patienten. Im Jahr 2008 verweilten die Patienten in Krankenhäusern im Land Brandenburg 0,4 Tage länger als in den Krankenhäusern im Land Berlin und in Deutschland (Abbildung 15).

Personal

Berlin

Von 1991 bis 2008 wurde in den Berliner Krankenhäusern das gesamte ärztliche und nichtärztliche Personal, gemessen in Vollkräften im Jahresdurchschnitt, um das 1,6-fache reduziert. Es wurden insgesamt 21 306 Vollkräfte, das heißt 37 % des Gesamtpersonals, abgebaut. Während 1991 in den Krankenhäusern noch 57 596 ärztliche und nichtärztliche Vollkräfte tätig waren, sank ihre Zahl bis 2008 auf 36 290 Vollkräfte. Bundesweit sank die Zahl des Gesamtpersonals in Vollkraft von 1991 bis 2008 relativ weniger um nur 8,9 %.

Der Personalabbau betraf in erster Linie das nichtärztliche Personal im Pflegedienst. Von 1991 bis 2008 wurde das Pflegepersonal in den Berliner Krankenhäusern um das 1,6-fache (–36,7 %) reduziert. 1991 waren noch 19 644 Vollkräfte im Pflegedienst der Berliner Krankenhäuser tätig, bis 2008 wurde deren Zahl um 7 219 Vollkräfte auf 12 425 verringert. Der Abbau des nichtärztlichen Personals im Pflegedienst war insbesondere auf die Ausgliederung der Krankenhäuser und Fachabteilungen zur Behandlung Chronischkranker aus dem stationären Bereich zurückzuführen. Bundesweit wurden im Durchschnitt nur 7,9 % des nichtärztlichen Personals im Pflegedienst abgebaut.

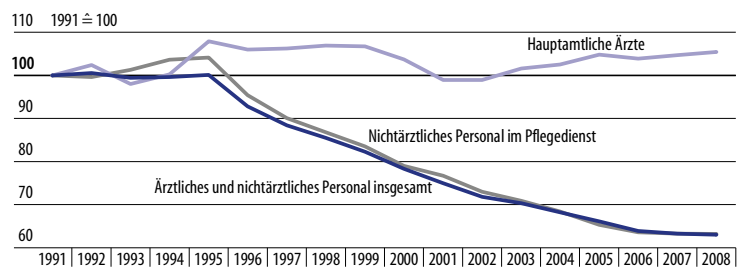
Dagegen ist die Zahl des ärztlichen Personals⁵ in den Krankenhäusern Berlins von 1991 bis 2008 nur mit wenigen Ausnahmen in den Jahren 1993, 1996, 2001 und 2002 jährlich leicht angestiegen. Das entspricht voll dem bundesweiten Trend. Im Jahr 2008 waren in den Berliner Krankenhäusern 6 798 Ärzte vollbeschäftigt. Das sind im Vergleich zu 1991 (6 447 Ärzte) durchschnittlich 5,4 % mehr Ärzte in Vollbeschäftigung (Abbildung 16).

Brandenburg

Von 1991 bis 2008 wurden im Land Brandenburg 20,8 % des gesamten ärztlichen und nichtärztlichen Personals der Krankenhäuser abgebaut. Im Jahr 1991 waren in den Brandenburger Krankenhäusern 25 762 Vollkräfte des Gesamtpersonals tätig, bis zum Jahr 2008 wurde deren Zahl auf 20 407 Vollkräfte reduziert.

Abb. 16

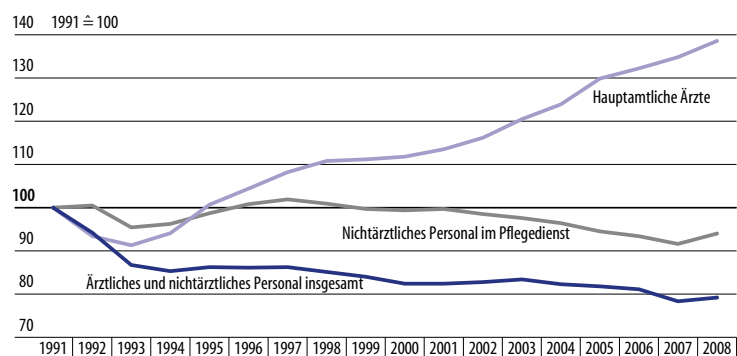
Entwicklung des Personals der Krankenhäuser¹ in Berlin 1991 bis 2008



¹ Vollkräfte im Jahresdurchschnitt

Abb. 17

Entwicklung des Personals der Krankenhäuser¹ in Brandenburg 1991 bis 2008



¹ Vollkräfte im Jahresdurchschnitt

Wie auch in Berlin betraf der Personalabbau überwiegend das nichtärztliche Personal im Pflegedienst der Brandenburger Krankenhäuser. Der Abbau war jedoch nicht so intensiv wie in Berlin. Während 1991 in den Brandenburger Krankenhäusern 9 234 Pflegevollkräfte tätig waren, ging deren Zahl bis 2008 auf 8 682 Vollkräfte zurück (–552 Vollkräfte).

Die Zahl der Ärzte im Volldienst in den Krankenhäusern ist nur mit Ausnahme von 1992 und 1993 jährlich angestiegen. Im Jahr 2008 waren in den Brandenburger Krankenhäusern insgesamt 3 460 Ärzte vollbeschäftigt. Gegenüber 1991 ist deren Zahl um 38,6 % angestiegen. Der Zuwachs der Ärzteschaft in den Brandenburger Krankenhäusern übertraf somit das bundesdurchschnittliche Ergebnis (Deutschland: +34,6 %) um 4 Prozentpunkte (Abbildung 17).

Berufe des Gesundheitswesens⁶

Berlin

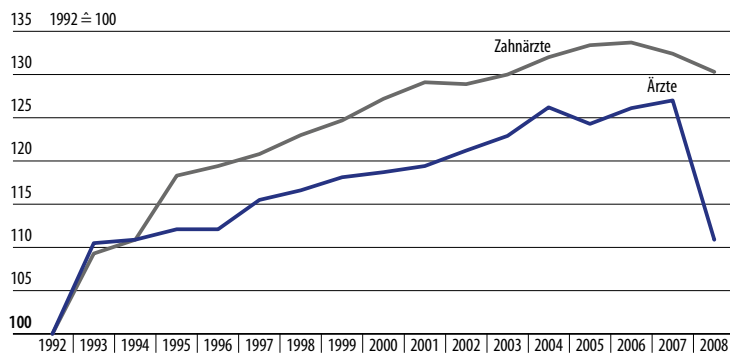
Der Einigungsvertrag regelte den Ausbau der Ambulanzen und Polikliniken der ehemaligen DDR zu Gesundheitlich-Sozialen Zentren. Damit wurden Ärzte in Ärztehäusern und Polikliniken im Ostteil der Stadt den niedergelassenen Ärzten gleichgestellt [1, S. 31].

Die Zahl der niedergelassen bzw. ambulant tätigen Ärzte in Berlin erhöhte sich von 5 505 im Jahr 1991 um 10,4 % auf 6 079 im Jahr 2008. Der Versorgungsgrad der Berliner Bevölkerung mit niedergelassenen tätigen Ärzten, gemessen als Anzahl der niedergelassenen täti-

⁵ Hauptamtliche Ärzte, einschließlich Ärzte im Praktikum

⁶ Die amtliche Statistik für Berufe des Gesundheitswesens wurde 2003 eingestellt.

Abb. 18 Entwicklung der Anzahl der niedergelassen tätigen Ärzte und Zahnärzte in eigener Praxis in Berlin 1992 bis 2008



Quellen: Bundesärztekammer und Bundeszahnärztekammer

Abb. 19 Anzahl der niedergelassen tätigen Ärzte je 10 000 Einwohner in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2008

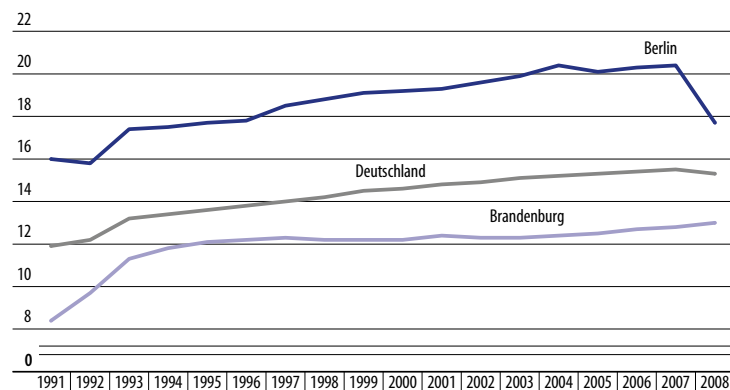
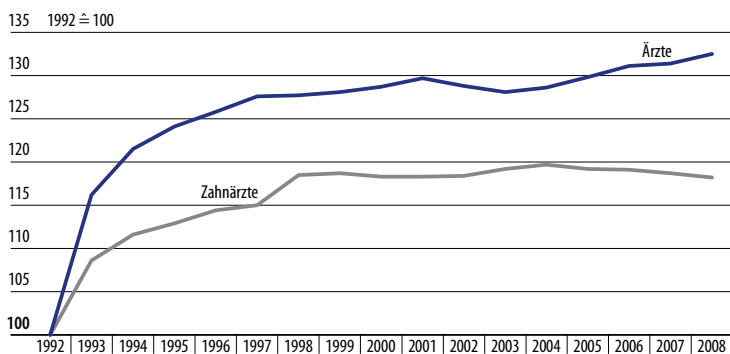


Abb. 20 Entwicklung der Anzahl der niedergelassen tätigen Ärzte und Zahnärzte in eigener Praxis in Brandenburg 1992 bis 2008



Quellen: Bundesärztekammer und Bundeszahnärztekammer

Bevölkerung. 2008 waren in Berlin im Durchschnitt 2,4 Ärzte mehr je 10 000 Einwohner niedergelassen tätig als bundesweit (15,3) (Abbildung 18).

Auch der Versorgungsgrad der Berliner Bevölkerung mit zahnärztlichen Leistungen der niedergelassenen Fachzahnärzte in eigener Praxis nahm von 6,9 Zahnärzten je 10 000 Einwohner im Jahr 1992 um 31,6 % auf 9,1 Zahnärzte je 10 000 Einwohner im Jahr 2008 zu.

Der Versorgungsgrad der Berliner Bevölkerung mit niedergelassenen Fachzahnärzten in eigener Zahnarztpraxis überstieg ebenso von 1991 bis 2008 jährlich ausnahmslos den durchschnittlichen Versorgungsgrad der deutschen Bevölkerung. Somit war die Berliner Bevölkerung auch mit niedergelassenen Fachzahnärzten je 10 000 Einwohner besser versorgt als die Bevölkerung Deutschlands im Durchschnitt. 2008 waren in Berlin 2,4 Fachzahnärzte mehr je 10 000 Einwohner in eigener Zahnarztpraxis niedergelassen tätig als bundesweit (6,7) (Abbildung 19).

Brandenburg

Im Land Brandenburg stieg die Zahl der niedergelassenen tätigen Ärzte von 1991 bis 2008 um das 1,5-fache (+53 %) an. Während 1991 noch 2 140 Ärzte niedergelassen tätig waren, erhöhte sich ihre Anzahl bis 2008 auf 3 275 Ärzte. Der Versorgungsgrad der Brandenburger Bevölkerung mit niedergelassenen Ärzten nahm von 8,4 Ärzten je 10 000 Einwohnern im Jahr 1991 um das 1,5-fache (+54,3 %) zu und erreichte 2008 den Wert von 13 Ärzten je 10 000 Einwohner.

Im Unterschied zu Berlin lag der Versorgungsgrad der Brandenburger Bevölkerung mit niedergelassenen Ärzten im gesamten Zeitraum 1991 bis 2008 jährlich ausnahmslos unter dem durchschnittlichen Versorgungsgrad der deutschen Bevölkerung. 2008 wa-

gen Ärzte je 10 000 Einwohner, ist somit von 16 Ärzten im Jahr 1991 um 10,9 % auf 17,7 Ärzte angestiegen.

Im gesamten Zeitraum 1991 bis 2008 war die Berliner Bevölkerung besser mit niedergelassenen Ärzten je 10 000 Einwohner versorgt als die Bevölkerung im Durchschnitt bundesweit. So lag der Versorgungsgrad der Berliner Bevölkerung mit niedergelassenen Ärzten jährlich ausnahmslos über dem durchschnittlichen Versorgungsgrad der deutschen

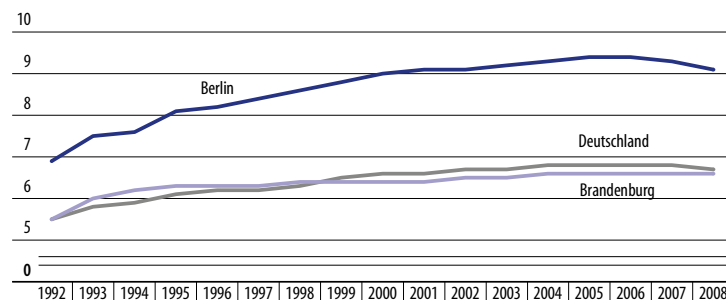
Bevölkerung. 2008 waren im Land Brandenburg im Durchschnitt 2,3 Ärzte weniger je 10 000 Einwohner niedergelassen tätig als bundesweit (15,3 Ärzte) (Abbildung 20).

Der Versorgungsgrad der Brandenburger Bevölkerung mit zahnärztlichen Leistungen der niedergelassenen Fachzahnärzte in eigener Praxis stieg von 5,5 Zahnärzten je 10 000 Einwohner im Jahr 1992 um 19,2 % auf 6,6 Zahnärzte je 10 000 Einwohner im Jahr 2008 (Abbildung 21).

Der Versorgungsgrad im Land Brandenburg nähert sich dem durchschnittlichen Versorgungsgrad der deutschen Bevölkerung mit niedergelassenen Fachzahnärzten in eigener Zahnarztpraxis je 10 000 Einwohner an. 2008 waren im Land Brandenburg nur 0,1 Fachzahnärzte weniger in eigener Zahnarztpraxis tätig als bundesweit (6,7 Ärzte).

Autorin: *Nina Goppold*

Abb. 21 **Anzahl der niedergelassenen Fachzahnärzte in eigener Praxis je 10 000 Einwohner in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1992 bis 2008**



Quellennachweis

- | | |
|---|--|
| <p>[1] Statistische Monatsschrift Nr. 1–6 2000 „Zehn Jahre Berliner Einheit – Daten und Analysen zum Vereinigungsprozess“, S. 30ff.</p> <p>[2] Gesetz zur Einführung der Regionalplanung und der Braunkohlen- und Sanierungsplanung im Land Brandenburg (Reg Bk PlG) vom 13. Mai 1993 (GVBl. I S. 170).</p> | <p>[3] Dritter Krankenhausplan des Landes Brandenburg, Beschluss der Landesregierung vom 10. Juni 2008 (ABl. S. 1589).</p> <p>[4] Zweiter Krankenhausplan des Landes Brandenburg – Erste Fortschreibung, Beschluss der Landesregierung vom 17. Dezember 2002 (ABl. S. 66).</p> |
|---|--|

1990–2010 **Berlin und Brandenburg**

Öffentliche Sozialleistungen

Sozialhilfe, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungs- und dem Pflegeversicherungsgesetz, Wohngeld, Jugendhilfe

Sozialhilfe

Die Leistungen zur Sozialhilfe wurden seit 1961 nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) als Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt.

Im Sozialhilferecht gab es in den zurückliegenden 20 Jahren eine Reihe von Änderungen, z. B. die Inkraftsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes 1993, die Einführung der sozialen Pflegeversicherung 1995/1996, das Gesetz über die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2003 und das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenkassen 2004.

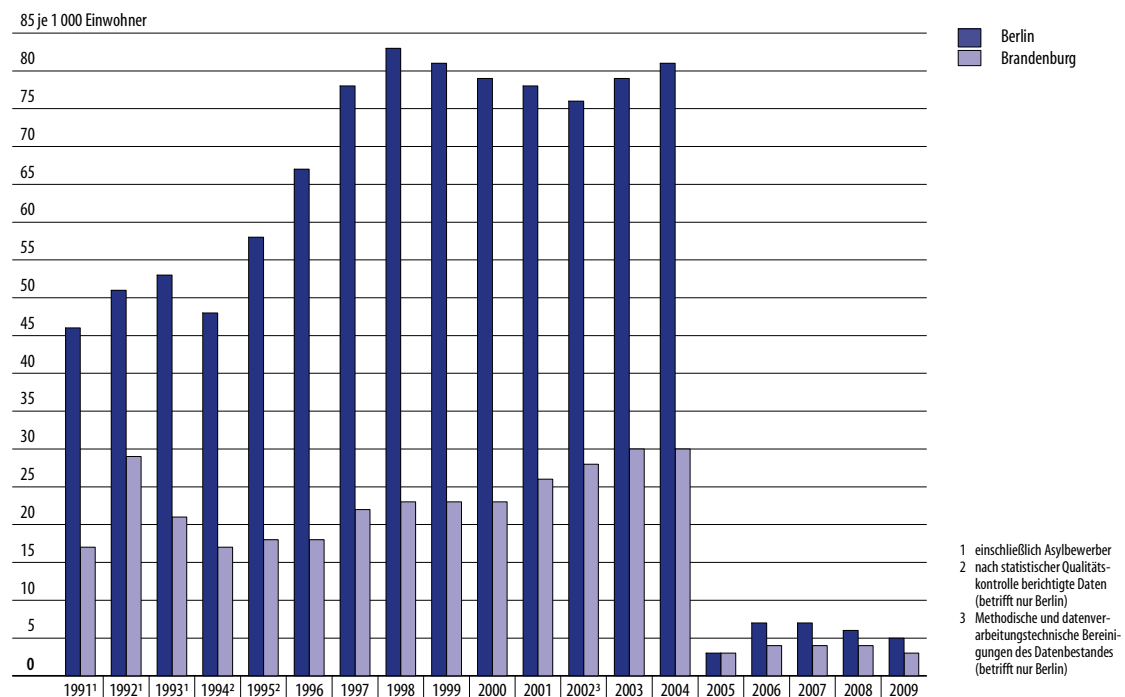
Die gravierendste Veränderung war die Neugestaltung des Sozialhilferechts zum 1. Januar 2005 durch die Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe und der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt im Sozialgesetzbuch II (SGB II) sowie die Integration des BSHG und des Gesetzes über die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als SGB XII im Sozialgesetzbuch. Die Hilfearten wurden wie folgt festgeschrieben:

- Hilfe zum Lebensunterhalt (Drittes Kapitel),

- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Viertes Kapitel),
- Hilfen zur Gesundheit (Fünftes Kapitel),
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Sechstes Kapitel),
- Hilfe zur Pflege (Siebentes Kapitel),
- Hilfe in anderen Lebenslagen (Achstes Kapitel),
- Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Neuntes Kapitel).

Durch die rechtlichen Neuregelungen 2005 gingen alle erwerbsfähigen Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen in den Rechtskreis des SGB II über. Seither erhalten nur noch nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln oder andere Sozialleistungen decken können, wie z. B. vorübergehend Erwerbsunfähige, langzeitkranke Personen, Vorruhestandsrentner mit niedriger Rente und hilfebedürftige Kinder mit selbst nicht hilfebedürftigen Eltern, Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Der Rückgang der Empfängerzahlen

Abb. 1 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2009



dieser Sozialleistung betrug 2005 gegenüber 2004 in ganz Deutschland rund 97 %.

Bis 2004 wurde laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen vor allem Personen in Altenheimen gewährt, die ohne Pflegeleistungen dort lebten und deren Einkommen für die anfallenden Kosten nicht ausreichte. Die Hilfe zum Lebensunterhalt bei Empfängern von Hilfe in besonderen Lebenslagen wurde nicht gesondert als Hilfeart erfasst.

Seit 2005 erhalten Hilfebedürftige in Einrichtungen den gewährten laufenden Lebensunterhalt einschließlich der einmaligen Leistungen, das sind der Barbetrag und Leistungen für Kleidung, als Hilfe zum Lebensunterhalt. Damit ist der enorme Anstieg der Empfängerzahlen in Einrichtungen begründet.

1991 waren in Berlin 158 610 Personen auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen, 46 je 1 000 Einwohner, und bis 2004 stieg ihre Zahl um 74 % auf 275 691 Personen bzw. 81 je 1 000 Einwohner. Am Jahresende 2009 bekamen insgesamt 17 928 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt, davon 11 458 in Einrichtungen und 6 470 außerhalb von Einrichtungen. Das entspricht einer Quote von 5 je 1 000 Einwohner.

Am Jahresende 1991 erhielten in Brandenburg 43 865 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt, 17 je 1 000 Einwohner. Bis zum Jahr 2004 stieg ihre Zahl um 78 % auf 78 181 Personen, das entspricht 30 je 1 000 Einwohner.

Am Jahresende 2005 gab es in Brandenburg aufgrund der sozialhilferechtlichen Änderungen nur noch 8 867 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Während Ende 2004 nahezu alle Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen lebten, waren es 2005 nur noch 16 %. Am Jahresende 2009 erhielten insgesamt 8 664 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt, 6 326 in Einrichtungen und 2 338 außerhalb von Einrichtungen. Das entspricht einer Quote von 3 je 1 000 Einwohner (Abbildung 1).

2009 bezogen bundesweit rund 4 Personen von 1 000 Einwohnern laufende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung haben Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und volljährige, dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen. Seit dem ersten Erhebungsstichtag 2003 hat sich die Zahl der Grundsicherungsempfänger in Deutschland um 74 % erhöht.

Am Jahresende 2009 erhielten in Berlin insgesamt 57 502 Personen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. 26 684 Grundsicherungsempfänger oder 46 % befanden sich im Alter von 18 bis unter 65 Jahren und erhielten diese Leistung aufgrund einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung. 30 818 Personen oder 54 % waren 65 Jahre und älter.

Seit der Einführung 2003 stieg die Zahl der Empfänger von Grundsicherung in Brandenburg von 11 872 auf 19 370 im Jahr 2009. Als Grundsicherung im Alter erhielten 6 624 Personen und wegen Erwerbsminderung 12 746 Personen diese Hilfe (Abbildung 2).

Die bis 2004 unter dem Oberbegriff „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ bekannten Hilfen werden seit 2005 als Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII gewährt. Unterschiedliche Gesetzeslagen im Laufe der Jahre sind Ursache für Schwankungen

in den Empfängerzahlen. Die Einführung der Pflegeversicherung bewirkte ab den Jahren 1995 und 1996 einen Rückgang der Empfängerzahlen von Hilfe zur Pflege. Das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenkassen begründete 2004 den Anspruch auf Krankenbehandlung gemäß § 264 SGB V und führte damit zu einem Absinken der Zahl der Empfänger von Krankenhilfe.

Am Jahresende 2009 lebten in Berlin 53 111 Personen, die Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII erhielten. Die beiden wichtigsten Hilfearten innerhalb dieser besonderen Sozialhilfeleistungen sind dabei die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen mit 22 900 Empfängern (43 %) und die Hilfe zur Pflege mit 25 775 Empfängern (49 %). Darüber hinaus erhielten zusammen 5 835 Empfänger (ca. 11 %) Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten sowie Hilfen in anderen Lebenslagen. Die unmittelbar vom Sozialamt gewährten Hilfen zur Gesundheit erhielten weniger als 1 % aller Hilfeempfänger.

Am Jahresende 2009 erhielten in Brandenburg 30 668 Empfänger Hilfen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII. 22 766 Personen, fast drei Viertel der Empfänger bezogen Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Hilfe zur Pflege erhielten 6 769 Personen, das sind 22 % der Leistungsbezieher. Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten

Abb. 2 Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Berlin und Brandenburg 2003 bis 2009

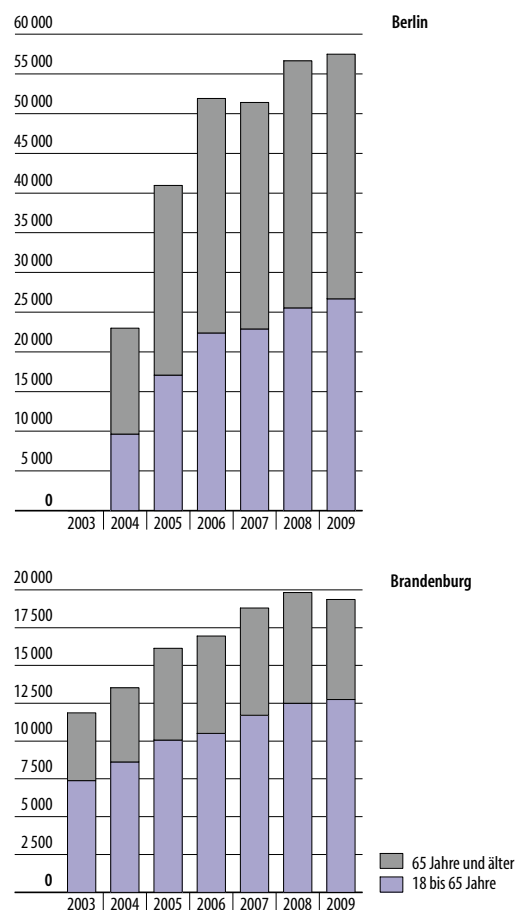
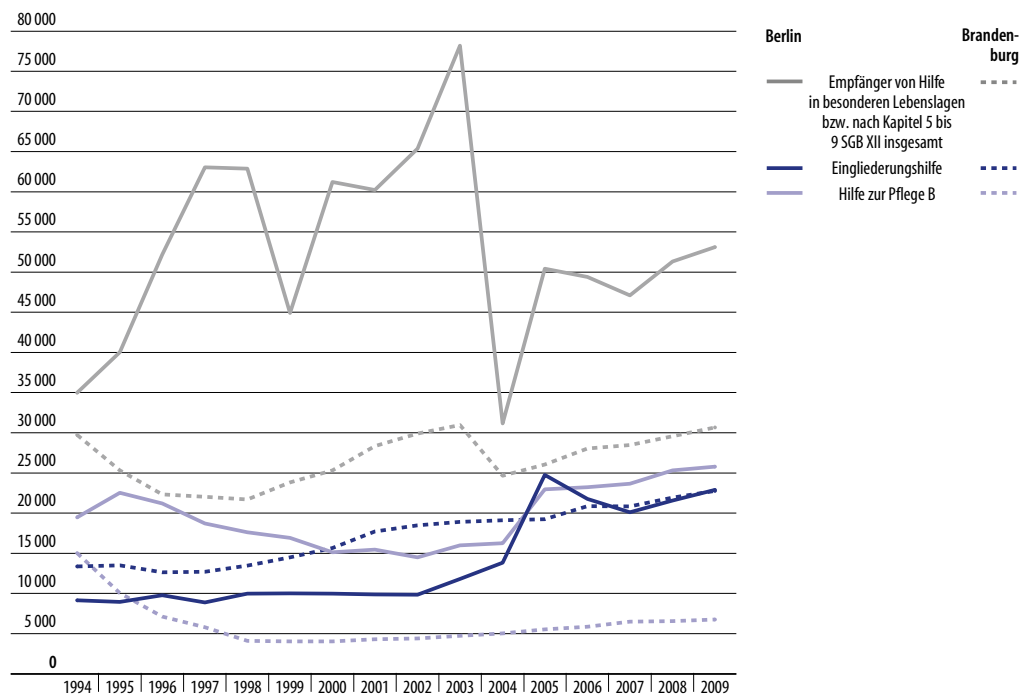


Abb. 3 Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen bzw. nach Kapitel 5 bis 9 SGB XII in Berlin und Brandenburg 1994 bis 2009



rigkeiten und Hilfe in anderen Lebenslagen wurden zusammen knapp 5 % der Leistungsberechtigten gewährt. Hilfen zur Gesundheit erhielten weniger als 1 % der Hilfeempfänger (Abbildung 3).

Die unterschiedliche Gesetzeslage im Laufe der Jahre beeinflusste auch die Struktur der Sozialhilfeausgaben. Die Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt stiegen parallel mit den Empfängerzahlen bis zum Ende des Jahres 2004 und sind seit 2005 durch den Einfluss von Hartz IV drastisch gesunken. Die Einführung der Pflegeversicherung 1995/1996 führte zu einem deutlichen Absinken der Ausgaben für die Hilfe zur Pflege. Seit 2005 sind die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im SGB XII enthalten.

In Berlin lagen die Bruttoausgaben für alle Hilfen nach dem SGB XII im Jahr 2009 bei 1 403,8 Mill. EUR. Davon entfallen 42 % auf die Eingliederungshilfe, je 23 % auf die Grundsicherung und die Hilfe zur Pflege, 5 % auf die Hilfen zur Gesundheit mit Erstattungen an die Krankenkassen, 4 % auf die Hilfe zum Lebensunterhalt und 3 % auf Hilfen nach Kapitel 8 und 9.

Im Jahr 2009 wurden in Brandenburg 510,8 Mill. EUR brutto für Leistungen der Sozialhilfe nach dem SGB XII ausgegeben. Der größte Teil mit 66 % entfiel auf die Eingliederungshilfe, 17 % auf die Grundsicherung, 8 % auf die Hilfe zur Pflege. Auf die Hilfe zum Lebensunterhalt entfielen 6 %, auf die Hilfen zur Gesundheit einschließlich Erstattungen an die Krankenkassen 2 % und für Hilfen nach Kapitel 8 und 9 wurde nur 1 % aufgewendet.

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Seit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) im November 1993 erhalten in Deutschland lebende Asylbewerber und abgelehnte Bewerber, die zur Ausreise verpflichtet sind, sowie geduldete

Ausländer anstelle von Sozialhilfe Asylbewerberleistungen in Form von Regelleistungen oder besonderen Leistungen. Die Regelleistungen decken den täglichen Bedarf der Leistungsberechtigten, wie Ernährung, Unterkunft, Heizung und Kleidung. Besondere Leistungen werden bei Krankheit, Schwangerschaft, Geburt und der Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten gewährt. Die Zahl der Empfänger von Asylbewerberleistungen ist von 1994 bis zum Ende der neunziger Jahre gestiegen und danach kontinuierlich gesunken.

In Berlin sank die Zahl der Empfänger von Asylbewerberregelleistungen seit 1994 um 58 % und somit erhielten Ende 2009 nur noch 10 528 Personen Regelleistungen. Rund 59 % der Empfänger waren männlich. Reichlich die Hälfte der Leistungsempfänger war jünger als 25 Jahre. Das Durchschnittsalter aller Hilfebezieher betrug 26,1 Jahre. Die meisten Bezieher von Regelleistungen stammten mit einem Anteil von 39 % aus Asien und 30 % aus Europa. Die Asylbewerber lebten in insgesamt 6 143 Haushalten. Mit einem Anteil von 55 % bildeten die alleinstehenden Männer die größte Gruppe, gefolgt von alleinstehenden Frauen mit 16 %.

Die Bruttoausgaben haben sich von Jahr zu Jahr verringert. Im Jahr 2009 sind es mit 70,9 Mill. EUR weniger als ein Viertel der 1994 ausgegebenen Summe.

Die Zahl der seit 1994 in Brandenburg lebenden Regelleistungsempfänger erreichte 1999 mit 10 156 Empfängern ihren Höchststand. Am Jahresende 2009 erhielten noch 2 906 Personen Regelleistungen, das sind nur noch 37 % gegenüber 1994. Fast zwei Drittel der Empfänger waren Männer. 40 % der Leistungsempfänger waren jünger als 25 Jahre. Das Durchschnittsalter aller Hilfebezieher betrug 27,9 Jahre. Mit einem Anteil von 45 % stammten die meisten Bezieher von Regelleistungen aus Asien, gefolgt mit 28 % aus Afrika und 20 % aus Europa. Insgesamt lebten die

Asylbewerber in 2 221 Haushalten, davon waren 65 % alleinstehende Männer und fast 20 % alleinstehende Frauen.

Im Jahr 2009 betrugen die Bruttoausgaben 15 Mill. EUR und haben sich parallel zu den Empfängerzahlen auf 37 % des Niveaus von 1994 verringert.

Wohngeld

Wohngeld ist ein von Bund und Ländern je zur Hälfte getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Dieser wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten gewährt, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können.

Mieter erhalten das Wohngeld als Mietzuschuss, selbst nutzende Eigentümer erhalten Lastenzuschuss. Die Höhe des jeweiligen Zuschusses ist dabei von verschiedenen Faktoren, wie Haushaltsgröße, Familieneinkommen und zuschussfähige Miete bzw. Belastung abhängig und wird im Einzelfall aus Wohngeldtabellen abgelesen. Von 1992 bis 2004 wurde das Wohngeld in zwei verschiedenen Formen gewährt: das allgemeine Wohngeld (bis 2001 auch als spitz berechnetes oder Tabellenwohngeld bezeichnet) und der besondere Mietzuschuss (bis 2001 auch als pauschaliertes Wohngeld bezeichnet) für Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsofferfürsorge.

Seit Inkrafttreten des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) und den damit verbundenen Änderungen wohngeldrechtlicher Bestimmungen zum 1. Januar 2005 entfiel für Empfänger staatlicher Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Asylbewerberleistungen) das Wohngeld. Die angemessenen Unterkunftskosten der Empfänger dieser Transferleistungen werden seitdem im Rahmen der jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt.

Ende 2009 bezogen 38 129 Haushalte in Berlin Wohngeld, dies waren 2 % aller Privathaushalte. Durch die Gesetzesänderung 2005 hat sich der Kreis der Wohngeldberechtigten von 196 439 im Jahr 1992 auf 38 129 Haushalte im Jahr 2009 deutlich reduziert.

Ähnlich verhält es sich im Land Brandenburg. Hier reduzierten sich die statistisch erfassten Wohngeldhaushalte von 338 392 auf 36 702. Das waren im Jahr 2009 fast 3 % aller privaten Brandenburger Haushalte (Abbildung 4).

In den Jahren 1992 bis 2009 wurden insgesamt in Berlin rund 1,9 Mrd. EUR für Wohngeld aufgewendet. Die jährlich aufgewendeten Mittel schwankten zwischen 199,6 Mill. EUR (2004) und 25,8 Mill. EUR (2008).

Die starke Erhöhung der Empfängerhaushalte bzw. der Wohngeldausgaben in den Jahren 2001 bis 2004 begründet sich hauptsächlich mit der im Jahr 2006 abgeschlossenen Umsetzung der §§ 10a und 10b des Wohngeldgesetzes. Für diesen Zeitraum ergaben sich Wohngeld-Nachzahlungen, da die Einkommen der Heimbewohner mit Anspruch auf Hilfe in besonderen Lebenslagen (Sozialhilfe) für die Jahre 2001 bis 2004 neu festzusetzen waren.

Die Gesamtausgaben für das Wohngeld beliefen sich in den Jahren 1997 bis 2009 in Brandenburg auf insgesamt 1,1 Mrd. EUR und schwankten jährlich zwischen 137,2 Mill. EUR 2004 und 28 Mill. EUR 2008.

Abb. 4 Empfänger von Wohngeld in Berlin und Brandenburg 1992 bis 2009 (ausgewählte Jahre)

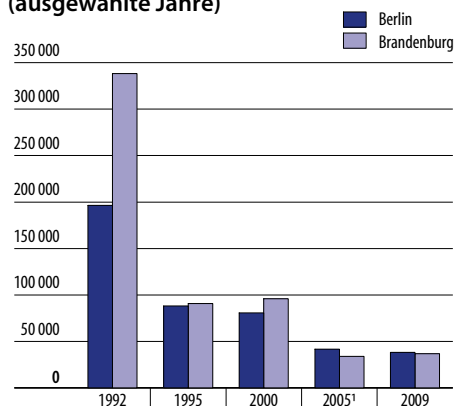
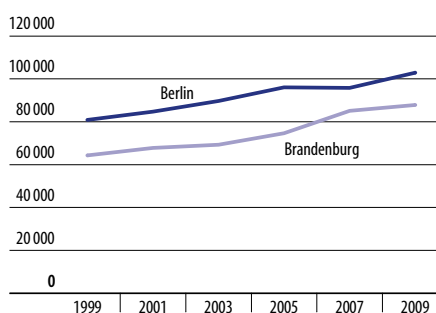


Abb. 5 Anzahl der Leistungsempfänger nach dem Pflegeversicherungsgesetz in Berlin und Brandenburg 1999 bis 2009



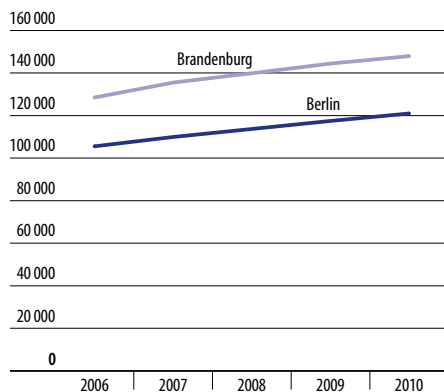
Das gezahlte durchschnittliche Wohngeld je Haushalt stieg in Berlin von 66 EUR im Jahr 1992 auf 117 EUR im Jahr 2009 und im Land Brandenburg von 62 EUR auf 104 EUR.

Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz

Pflegebedürftigkeit kann in allen Lebensabschnitten eintreten. Das Risiko der Pflegebedürftigkeit bleibt in den ersten sechs Lebensjahrzehnten konstant niedrig und steigt danach deutlich an. Mit den Daten der Pflegestatistik, die bundesweit seit 1999 in zweijährigem Rhythmus erhoben wird, steht umfangreiches Datenmaterial bereit, das über den Stand und die Entwicklung des Pflegebereiches Auskunft gibt. Für die Pflegestatistik ist ausschließlich der Leistungsbezug des SGB XI relevant.

Am 15. Dezember 2009 waren in Berlin 102 860 Menschen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes pflegebedürftig. Damit ist in Berlin eine Zunahme der Leistungsempfänger seit Einführung der Statistik 1999 um 27 % zu verzeichnen. Im Jahr 2009 erhielten insgesamt 3 % der Berliner Bevölkerung Leistungen von den Pflegekassen. 1999 lag die Quote noch bei 2,4 %. Drei von vier Pflegebedürftigen wurden 2009 zu Hause versorgt. Davon erhielten 64 % ausschließlich Hilfe von ihren Angehörigen. Jeder vierte Berliner Pflegebedürftige wurde in einer stationären Pflegeeinrichtung (Pflegeheim) betreut und versorgt (Abbildung 5).

Abb. 6 **Anzahl der Kinder in Tagesbetreuung in Berlin und Brandenburg 2006 bis 2010**



87 862 Brandenburger Personen erhielten am Jahresende 2009 Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz. Seit 1999 erhöhte sich die Anzahl der Leistungsempfänger um fast 37 %. In den letzten zehn Jahren stieg der Anteil der Pflegebedürftigen an der Brandenburger Bevölkerung von 2,5 % auf 3,5 %. 70 % der Pflegebedürftigen wurden 2009 zu Hause betreut. Davon erhielten 62 % ausschließlich Pflegegeld, das bedeutet, sie wurden allein durch Angehörige versorgt. Fast jeder dritte Pflegebedürftige wurde in einem Brandenburger Pflegeheim betreut und versorgt.

Jugendhilfe

Die Kinder- und Jugendhilfestatistiken umfassen ein breites Spektrum der im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) geregelten Aufgaben der Jugendämter.

Insgesamt betrachtet nahmen Einzel- und Gruppenhilfe im Zeitraum 1994 bis 2004 deutlich zu. Seit 2005 stagnieren sie auf niedrigerem Niveau mit unterschiedlichem Verlauf einzelner Hilfearten.

Im Jahr 2009 wurden in Berlin z.B. 3 074 Familien durch sozialpädagogische Familienhilfe unterstützt. Das waren 2 257 Familien bzw. 276 % mehr als im Jahr 1994. Im Land Brandenburg ist ein ähnlicher Trend zu verzeichnen. Der Anstieg im Zeitraum von 1994 bis 2009 beträgt hier 251 %.

Durch das Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (KICK) wurden 2006 erstmals Angaben zu den betreuten Kindern in Einrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege und den Kindertagespflegepersonen erhoben.

Nachdem in den Jahren 1994 bis 2006 die Anzahl der Einrichtungen in Berlin und Brandenburg rückläufig war, konnte ab dem Jahr 2006 ein stetiger Zuwachs registriert werden. Die positive Entwicklung spiegelt sich auch in der Anzahl der Plätze, beim Personal und der Kinderzahl wider.

Insgesamt wurden zum Stichtag 2010 in den Berliner Einrichtungen 125 933 Kinder betreut, was einen Zuwachs von 15 % gegenüber dem Jahr 2006 bedeutet. 2010 wurden in Brandenburg 152 745 Kinder betreut, deren Zahl um 16 % gegenüber 2006 zunahm (Abbildung 6).

Die jährlichen Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen erhöhten sich in Berlin von 603 Mill. EUR im Jahr 1994 auf 1 461 Mill. EUR 2009. Im gleichen Zeitraum sanken die Ausgaben für Einrichtungen der Jugendhilfe von 795 Mill. EUR auf 56 Mill. EUR. Aufgrund von Umstrukturierungen im Jahr 2006 im Bereich der Kindertagesbetreuung steht dem Ausgabenrückgang von „Einrichtungen“ ein ähnlich hoher Ausgabenzuwachs bei den „Einzel- und Gruppenhilfen“ gegenüber.

Im Land Brandenburg wurden im Jahr 2009 rund 295 Mill. EUR für Einzel- und Gruppenhilfen ausgegeben. Gegenüber 1994 entspricht das einer Steigerung um 44 %. Die Ausgabenstruktur für Einrichtungen der Jugendhilfe veränderte sich in den letzten Jahren nur geringfügig von 706 Mill. EUR 1994 auf 648 Mill. EUR (auf 91,9 % oder um –8,1 %) 2009.

Autorinnen: Gudrun Heinemann,
Annett Kusche,
Christel-Beate Seifert

Nachwort

Mit dem 2. Heft des Jahres 2011 endet – nach fünf Heften (darunter ein Doppelheft) – die Serie „20 Jahre Berlin und Brandenburg“. Die sich unter <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/einzelseiten/ZwanzigJahreBBB.asp> zum Download befindlichen Dateien mit den „Langen Reihen“ werden aufgrund der Resonanz alljährlich fortgeschrieben.

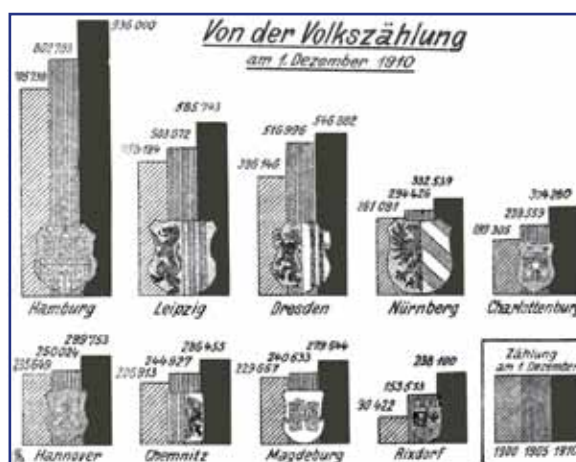
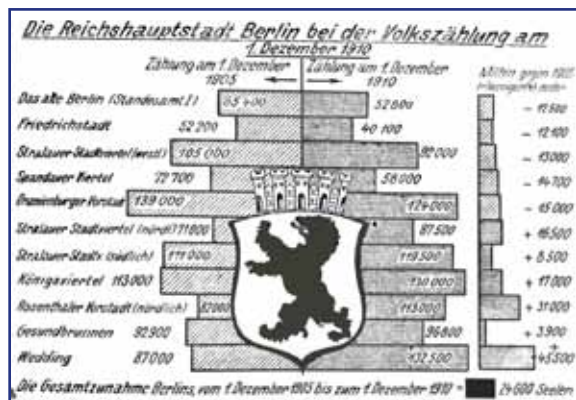
Historisches 1. Dezember 1910

Ergebnisse der Volkszählung

In den Ausgaben 5+6/2010 und 1/2011 der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg war einiges über die Organisation der Volks- und Viehzählungen vor 100 Jahren zu erfahren. Bereits Mitte Dezember, zweieinhalb Wochen nach dem Stichtag der Zählung im Jahr 1910, lagen erste Ergebnisse vor¹. Offiziell veröffentlicht wurden die *vorläufigen Ergebnisse im I. Vierteljahresheft 1911 zur Statistik des Deutschen Reiches*, die *endgültigen Ergebnisse* erschienen im *II. Vierteljahresheft 1912*.

Die wichtigsten Erkenntnisse, die uns heute ebenfalls bekannt vorkommen, lauteten: *In den letzten fünf Jahren hat die städtische Bevölkerung viel stärker zugenommen als in der vorangegangenen Zählperiode*. Neben Dresden mit einem Zuwachs von „nur“ 30 000 Einwohnern in fünf Jahren fiel Berlin mit einem Plus von 24 600 Personen im gleichen Zeitraum negativ auf. Aber: *Den relativ stärksten Bevölkerungszuwachs weisen die Vororte Berlins auf, deren Einwohnerzahl lawinenartig anwächst*. Die selbständigen Vororte wuchsen wohl schon immer sehr stark. Logisch war dann, dass am 1. Oktober 1920 sieben umliegende selbstständige Städte sowie 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke aus den Landkreisen Niederbarnim, Teltow und Osthavelland in die Stadt Groß-Berlin eingemeindet wurden².

Sehenswert sind die schön gestalteten und mit dem jeweiligen Stadtwappen versehenen Grafiken. Das alles dann über fünf oder zehn Jahre verglichen und in klassischem schwarz-weiß und unterschiedlicher Schraffur. Die Säulendiagramme werden heute für ähnliche Darstellungen auch gern verwendet. Es ging damals ohne Computer und Datenfernübertragung sehr schnell und reibungslos. Oder vielleicht gerade deshalb?



Man praktizierte das „Volkszählen“ ja seit 1875 alle fünf Jahre – eine Routinesache, die Zählung war zudem dezentral organisiert. Die Hauptarbeit fand in den örtlichen Zählkommissionen unter der Verantwortung eines leitenden städtischen Beamten statt, die inhaltlichen Vorbereitungen demgegenüber in der Zentrale, dem *Kaiserlichen Statistischen Amte*.

Autor: Jürgen Hübner

¹ Spremberger Stadtanzeiger vom 15. 12. und 17. 12. 1910

² Aus: http://de.wikipedia.org/wiki/Berliner_Bezirke, vom 15. 03. 2011



Kiezatlas – Virtueller Stadtplan

Was ist der „kiezatlas“?

In Berlin werden mit Hilfe von Kiezatlas unter anderem Angebote der Jugendhilfe in ihrem sozial-räumlichen Zusammenhang sichtbar gemacht. Dieser Aspekt ist vor allem für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der unterschiedlichen Dienste und Einrichtungen von Interesse, kann es doch dazu dienen, die Angebote transparenter zu machen, sie besser aufeinander abzustimmen und zu vernetzen. Ressourcen können aufgezeigt, sozial-räumliche Zusammenhänge können visualisiert werden. Der Kiezatlas stellt somit ein mächtiges Werkzeug für die sozial-räumliche Betrachtung von Infrastrukturdaten dar.

Eine weitere Zielgruppe stellen selbstverständlich die potenziellen und tatsächlichen Nutzer/-innen der Angebote, die breite Öffentlichkeit, dar.

Auf den Karten der Kiezatlasseiten werden Einrichtungen und Angebote unterschiedlicher Art geographisch „verankert“ sowie weitere Informationen zur Einrichtung angezeigt (Anschrift, Ansprechpartner/-innen, Öffnungszeiten, Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Internet- und E-Mail-Adressen, Angebote, Programme, Fotos, Logos, Sozialstrukturdaten etc.).

Im Unterschied zu einer herkömmlichen (statischen) Karte bietet der Kiezatlas im Internet zusätzliche Möglichkeiten:

- Er kann interaktiv abgefragt werden, der/die Nutzer/-in entscheidet, welche Auswahl der gesamten Informationsmenge er/sie auf der Karte sehen will (dabei sind nach Kategorien gefilterte Abfragen möglich, die auch wahlweise miteinander kombinierbar sind).
- Die „Treffer“ auf der Karte können als „Türöffner“ zu einer unbegrenzten Zahl weitergehender Informationen fungieren (von der Website einer Einrichtung über einen Stadtplanlink zum öffentlichen Personennahverkehr bis zur Ansicht in „Google Map“ oder „OpenStreetMap“).

Ein Herzstück sind die Lebensweltlich orientierten Planungsraum = LOR-Daten, die der Verband für sozial-kulturelle Arbeit in Kooperation vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg für das Projekt Kiezatlas erhält und für das System aufbereitet:

<http://www.kiezatlas.de/sozialraumdaten>

Wie funktioniert dieses Werkzeug in der Praxis?

In Berlin sind es vor allem eine Reihe von bezirklichen Jugendämtern, die den Kiezatlas im Zuge des Ausbaus ihrer Sozialraumorientierung als Anbieter/-innen nutzen.

Am Anfang muss mit ihnen die Frage geklärt werden, welche Einrichtungstypen, nach welchen Kategorien geordnet, auf welchem geografischen Hintergrund erfasst und abgebildet werden sollen.

Dann müssen die entsprechenden Karten hergestellt werden (in Berlin kann dazu von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung kostenlos bereitgestelltes Kartenmaterial als Ausgangsbasis benutzt werden). Grunddaten, wie Kategorienstruktur, Karten und Flächenmarkierungen werden nach Wunsch der Anbieter/-innen eingerichtet.

Als nächstes werden die Daten der Einrichtungen, die auf der jeweiligen Karte dargestellt werden sollen, erfasst. Jede Einrichtung (also jeder Eintrag) erhält einen passwortgeschützten Zugang zu ihrem Datensatz, mit dem sich Informationen eigenständig ergänzen und aktualisieren lassen und unterschiedlichen Kategorien zugeordnet werden können.

Die Aktualisierung der einrichtungsbezogenen Daten soll in der Regel von den dargestellten Einrichtungen (als „Datenbesitzer/-innen“) selbst vorgenommen werden. Die Anbieter/-innen werden in die Technik eingewiesen und erhalten laiensichere Handbücher. Sie können nunmehr die „Platzierung“ der Einrichtungen auf der Karte und die Ersteingabe der Basisdaten vornehmen. Als „Kiez-Administrator/-innen“ können sie diese Informationen jederzeit aktualisieren und/oder ergänzen.

Erfahrungen zeigen, dass es unabdingbar ist, in jedem Kiezatlas-Teilprojekt eine/n Ansprechpartner/-in zu haben, die/der für die Datenpflege verantwortlich ist, und für die Einrichtungen aus den jeweiligen Bezirken oder Sozialräumen als Ansprechpartner/-in zur Verfügung steht. Auf diese Weise können die Daten gepflegt und aktualisiert und somit stets auf dem neuesten Stand gebracht werden.

Entstehungsgeschichte und Weiterentwicklung:

In Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg (Jugendamt) von Berlin hatte der Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. im Rahmen einer Qualifizierungsreihe zur Sozialraumorientierung 2003 eine internetgestützte Datenbank zur sozialen und kulturellen Infrastruktur des Sozialraums Schöneberg-Nord aufgebaut. Neben einer textbasierten Abfrage konnten die Daten auf einer grafischen Karte auch visuell abgerufen werden.

Damit dieses Angebot der grafischen Darstellung auch in anderen Sozialräumen kostengünstig realisiert werden konnte, wurde die Kiezatlas-Idee mit Hilfe der Open-Source-Software DeepaMehta weiter ausgebaut.

Seither steht die Nutzung des Kiezatlas allen kostenlos zur Verfügung, die Daten auf einem kartografischen Hintergrund zeigen wollen. Beliebig viele Kategorien lassen sich einrichten, erweitern und pflegen.

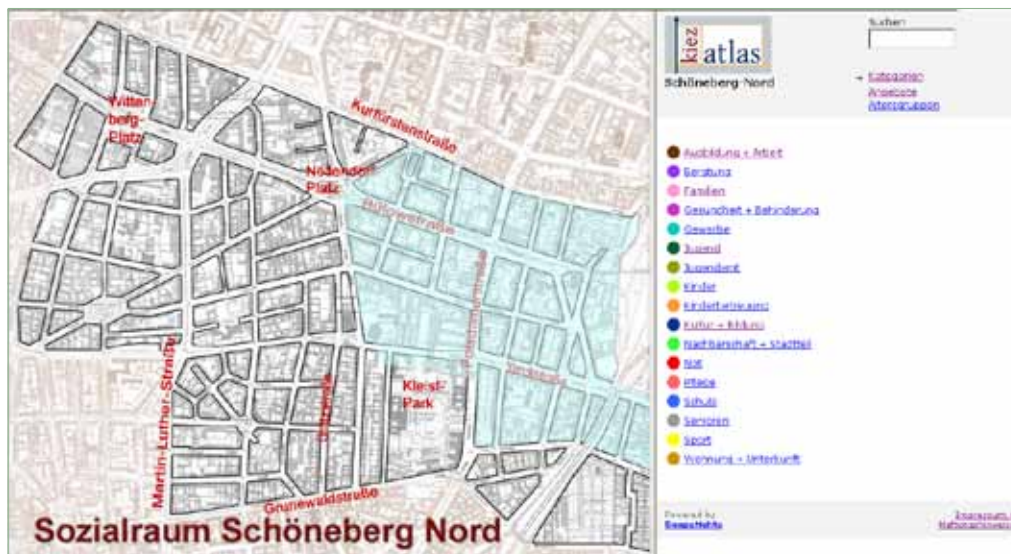
Ein Beispiel für die Einbeziehung des Kiezatlas in die Jugendarbeit:

Kiezatlas kann durch die Einbeziehung von Jugendlichen im Sozialraum eine weitere Dimension als Tool für eine neue Art von Stadteilerkundung bekommen.

Unter diesem Gesichtspunkt wurde in Schöneberg-Nord ein „Kiezatlas-Taschengeld-Projekt“ durchgeführt. Jugendliche aus dem Kiez wurden dafür gewonnen, den örtlichen Gewerbetreibenden zu einem Internetauftritt im Kiezatlas zu verhelfen und sich dabei selbst ein kleines Taschengeld zu verdienen.

Weitere Beispiele für die Nutzungsmöglichkeiten von Kiezatlas in der praktischen Jugendarbeit sind die Projekte „GoAreas“, <http://www.kiezatlas.de/browse/goareas>, oder Kinderstadtpläne wie in Berlin Tempelhof-Schöneberg und Kaarst/NRW: www.kidsatlas.de. Zurzeit wird ein erstes Kiezatlas-Projekt in Nordrhein-Westfalen aufgebaut.

▮ Virtueller Stadtplan



Hier können Sie die lebensweltlich orientierten Räume für Berlin finden.
Jeder Wohnadresse ist eine LOR-Nummer zugeordnet.

Bitte geben Sie den Namen der Straße ein, die gesucht werden soll:

(Bitte ohne Hausnummer. Tip: Wenn Sie nur einen Teil angeben, finden Sie auch Ergebnisse mit abweichenden Schreibweisen.)

BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR
im „Lebensweltlich orientierten Planungsraum“ (LOR)
Nr. 07010103 Barbarossaplatz
Bezirk: Tempelhof-Schöneberg

Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit und Altersverteilung

1. Tabelle Migrationshintergrund * (Datenstand Juni 2010)

Migrationshintergrund (MHG)	Absolute Zahl	Prozentwert	Berliner Durchschnitt
Ausländische Staatsangehörigkeit	2100	20,9%	14,1%
Deutsche mit MHG	1399	13,9%	11,8%
Deutsche ohne MHG	6545	65,2%	74,1%
Gesamtzahl der Bewohner	10044		

<http://www.kiezatlas.de/sozialraumdaten>

Weitere Informationen unter:
www.kiezatlas.de

Kontakt: Reinhilde Godulla,
GskA
gemeinnützige Gesellschaft
für sozial-kulturelle Arbeit mbH
– Projekt Network
Axel-Springer-Str. 40/41
10969 Berlin
Tel: 030 253 99 72
E-Mail: info@kiezatlas.de

Musterfragebogen Zensus 2011

Stand: 7.10.2010

Gebäude- und Wohnungszählung zum 9. Mai 2011
Bitte innerhalb von 2 Wochen nach Erhalt im Rückumschlag zurücksenden oder online ausfüllen.

Rücksendeschrift Landesamt
Anschrift des Auskunftspflichtigen

Sparen Sie Portol! Diesen Fragebogen können Sie auch im Internet ausfüllen. Wir haben für Sie unter www.zensus2011.de bereits alles vorbereitet.

Ihre Fragebogennummer: 2701000001076 Ihr Aktivierungscode: zWkVccGprwa

online

Zweck der Erhebung
Mit dieser Erhebung werden Daten zur Struktur des Gebäude- und Wohnungsbestandes erhoben. Dazu werden die Gebäude- und Wohnungseigentümer/-innen, Verwalter/-innen oder sonstige Verfügungs- und Nutzungsberechtigte eines Gebäudes oder einer Wohnung schriftlich befragt. Die Befragung ist Teil des Zensus 2011.

Allgemeine Angaben

Objektschritt
Musterstraße 7
12345 Beispielhausen
Gebäude-ID: 12345678 4 01

Alle Fragen in diesem Fragebogen beziehen sich auf diese Anschrift.

1. Gibt es unter der Objektschritt **mindestens ein** Gebäude mit Wohnraum oder eine bewohnte Unterkunft?
Ja ☐ Weiter mit Frage 2.
Nein ☐ Ende der Befragung. Senden Sie den Bogen bitte zurück.

2. Sind Sie für das/die Gebäude oder Wohnung/-en unter der Objektschritt **auskunftspflichtig**, weil Sie z.B. dort **Eigentümer/Eigentümerin** sind?
Ja ☐ Weiter mit Frage 4.
Nein ☐ Weiter mit Frage 3. Senden Sie den Bogen dann zurück.

3. Angaben zum/zur neuen Eigentümer/-in (ggf. Verwalter/-in):
Vorname:
Name/Firma:
Straße, Hausnummer:
PLZ, Ort, Staat:

4. Befinden sich unter der Objektschritt weitere Gebäude mit Wohnraum (z.B. Hinterhaus) in Ihrem Eigentum, für die Sie keinen Fragebogen erhalten haben?
Ja ☐ Fordern Sie für jedes weitere Gebäude einen Fragebogen an. Jetzt weiter mit Frage G1 auf Seite 2.
Nein ☐ Weiter mit Frage G1 auf Seite 2.

Unter welcher Telefonnummer können wir Sie tagsüber für eventuelle Rückfragen erreichen?

Rechtliche Hinweise entnehmen Sie bitte unserem Anschreiben, das Bestandteil dieses Fragebogens ist.

Ihr direkter Kontakt zum Zensus in allen Fragen:
Kontakt-Telefonnr. der StLA
www.zensus2011.de

Belegkennzeichen als Barcode für die IT-Verarbeitung vorgesehen

Seite 1

Stand: 7.10.2010

Haushaltbefragung auf Stichprobenbasis zum Zensus 2011
Stichtag: 9. Mai 2011

Platzhalter für Etikett/ Fragebogen-Nr.
Platzhalter für Barcode/ Fragebogen-Nr. 2701000001076

Zweck der Erhebung
Die Haushaltbefragung dient einerseits der Qualitätssicherung der registriert unterstützten Einwohnerzahl. Andererseits dient die Haushaltbefragung auch der Erhebung von Zensusmerkmalen, die nicht aus Verwaltungsregistern gewonnen werden können.

Es besteht Auskunftspflicht, mit Ausnahme zu Frage 8. Die Beantwortung der Frage 8 ist freiwillig.

Den Fragebogen können Sie auch im Internet ausfüllen. Wir haben für Sie unter www.zensus2011.de bereits alles vorbereitet.

Ihre Fragebogennummer: 2701000001076 Ihr Aktivierungscode: zWkVccGprwa

Für jede Person des Haushalts ist je ein Fragebogen auszufüllen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Rechtliche Hinweise entnehmen Sie den Seiten 9 und 10 dieses Fragebogens.

online

Gehen Sie wie folgt vor:

- Beantworten Sie die Fragen der Reihe nach.
- Kreuzen Sie bitte, sofern nicht anders angegeben, für jede Frage nur eine Antwort an.
Ja ☒ X Nein ☐
- Überspringen Sie Fragen nur dann, wenn hinter dem von Ihnen angekreuzten Kästchen der Hinweis „Weiter mit Frage ...“ steht.
Ja ☒ X Weiter mit Frage ...
- Zahlen tragen Sie bitte rechtsbündig ein.
Anzahl der Personen
- Text tragen Sie bitte in Druckbuchstaben ein.
Vorname/-n:
Nachname:
- Falls Sie eine Antwort korrigieren müssen, nehmen Sie die Korrektur deutlich sichtbar vor.
Ja ☒ X Nein ☐

Persönliche Angaben

- Vorname/-n:
Nachname:
- Straße, Hausnummer:
PLZ, Ort:
- Telefonnummer:
- Welches Geschlecht haben Sie?
Männlich ☐
Weiblich ☐
- Wann wurden Sie geboren?
Tag Monat Jahr

Haushaltbefragung zum Zensus 2011

Belegkennzeichen als Barcode für die IT-Verarbeitung vorgesehen

Seite 1

Stand: 7.10.2010

Erhebung über die Bevölkerung an Anschriften mit Wohnheimen/ Gemeinschaftsunterkünften
Stichtag: 9. Mai 2011

Platzhalter für Etikett/ Fragebogen-Nr.
Platzhalter für Barcode/ Fragebogen-Nr. 2701000001076

Zweck der Erhebung
Im Rahmen des Zensus 2011 werden zum Zweck der Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl aktuelle Angaben zu allen Personen, die an Anschriften mit Wohnheimen/ Gemeinschaftsunterkünften wohnen, erhoben.

Den Fragebogen können Sie auch im Internet ausfüllen. Wir haben für Sie unter www.zensus2011.de bereits alles vorbereitet.

Ihre Fragebogennummer: 2701000001076 Ihr Aktivierungscode: zWkVccGprwa

Für jede Person ist je ein Fragebogen auszufüllen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Rechtliche Hinweise entnehmen Sie der beigefügten Unterlage, die Bestandteil dieses Fragebogens ist.

online

Gehen Sie wie folgt vor:

- Beantworten Sie die Fragen der Reihe nach.
- Kreuzen Sie bitte für jede Frage nur eine Antwort an.
Ja ☒ X Nein ☐
- Überspringen Sie Fragen nur dann, wenn hinter dem von Ihnen angekreuzten Kästchen der Hinweis „Weiter mit Frage ...“ steht.
Ja ☒ X Weiter mit Frage ...
- Zahlen tragen Sie bitte mit führenden Nullen ein.
Geburtsdatum
- Text tragen Sie bitte in Druckbuchstaben ein.
Vorname/-n:
Nachname:
- Falls Sie eine Antwort korrigieren müssen, nehmen Sie die Korrektur deutlich sichtbar vor.
Ja ☒ X Nein ☐

Persönliche Angaben

- Vorname/-n:
Nachname:
Geburtsname: (falls abweichend)
- Welches Geschlecht haben Sie?
Männlich ☐
Weiblich ☐
- Wann wurden Sie geboren?
Tag Monat Jahr

Wohnheim/ Gemeinschaftsunterkünfte

Belegkennzeichen als Barcode für die IT-Verarbeitung vorgesehen

Seite 1

Stand: 19.11.2010

Kombinierter Fragebogen zur Erhebung über die Bevölkerung an Anschriften mit Wohnheimen/ Gemeinschaftsunterkünften und zur Haushaltbefragung auf Stichprobenbasis
Stichtag: 9. Mai 2011

Platzhalter für Etikett/ Fragebogen-Nr.
Platzhalter für Barcode/ Fragebogen-Nr. 2701000001076

Zweck der Erhebung
Dieser Fragebogen dient zwei rechtlich unabhängigen Erhebungen. Zum einen handelt es sich um die „Erhebung über die Bevölkerung an Anschriften mit Wohnheimen/ Gemeinschaftsunterkünften“, für die zum Zweck der Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl Angaben erhoben werden, die der Existenzfeststellung sowie als Basis für die Bevölkerungsforschung dienen. Zum anderen handelt es sich um die „Haushaltbefragung auf Stichprobenbasis“, die bei der kombinierten Befragung der Erhebung von Zensusmerkmalen dient, die nicht aus Verwaltungsregistern gewonnen werden können. Da Sie an einer Anschrift mit Wohnheimen/ Gemeinschaftsunterkünften wohnen und gleichzeitig für die Teilnahme an der Haushaltbefragung nach § 7 Zensusgesetz 2011 ausgewählt sind, füllen Sie bitte diesen kombinierten Fragebogen aus. Für die Erhebung in Wohnheimen/ Gemeinschaftsunterkünften nach § 8 Zensusgesetz 2011 werden die Fragen 1 bis 11 gestellt. Diese dienen teilweise auch der Haushaltbefragung auf Stichprobenbasis (siehe im Einzelnen die Ausführungen in den rechtlichen Hinweisen). Die Fragen 12 bis 50 betreffen ausschließlich die Haushaltbefragung auf Stichprobenbasis. Es besteht Auskunftspflicht mit Ausnahme zu Frage 15. Die Beantwortung der Frage 15 ist freiwillig.

Den Fragebogen können Sie auch im Internet ausfüllen. Wir haben für Sie unter www.zensus2011.de bereits alles vorbereitet.

Ihre Fragebogennummer: 2701000001076 Ihr Aktivierungscode: zWkVccGprwa

Für jede Person ist je ein Fragebogen auszufüllen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Rechtliche Hinweise entnehmen Sie den Seiten 9 bis 11 dieses Fragebogens.

online

Gehen Sie wie folgt vor:

- Beantworten Sie die Fragen der Reihe nach.
- Kreuzen Sie bitte, sofern nicht anders angegeben, für jede Frage nur eine Antwort an.
Ja ☒ X Nein ☐
- Überspringen Sie Fragen nur dann, wenn hinter dem von Ihnen angekreuzten Kästchen der Hinweis „Weiter mit Frage ...“ steht.
Ja ☒ X Weiter mit Frage ...
- Zahlen tragen Sie bitte rechtsbündig ein.
Anzahl der Personen
- Text tragen Sie bitte in Druckbuchstaben ein.
Vorname/-n:
Nachname:
- Falls Sie eine Antwort korrigieren müssen, nehmen Sie die Korrektur deutlich sichtbar vor.
Ja ☒ X Nein ☐

Fragen zur Erhebung über die Bevölkerung an Anschriften mit Wohnheimen/ Gemeinschaftsunterkünften

Persönliche Angaben

- Vorname/-n:
Nachname:
Geburtsname: (falls abweichend)
- Welches Geschlecht haben Sie?
Männlich ☐
Weiblich ☐
- Wann wurden Sie geboren?
Tag Monat Jahr

Wohnheim/ Gemeinschaftsunterkünfte

Belegkennzeichen als Barcode für die IT-Verarbeitung vorgesehen

Seite 1